blätter des iz3w

nr. 36/37 juli august 74

Hrsg: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w)
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel 0761/71101

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, F. Bammel, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, G. Erhard, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, E.-L. Iskenius, S. Lindemann, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, A. Sommerfeld, B. Stein, M. Weicker, W. Witzel. Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstr. 9a. Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899. Jahresabonnement bei 10 Nummern im In- und Ausland DM 18,- öS 135,- Sfr. 20,- Luftpostgebühren auf Anfrage.
Einzelpreis dieser Doppelnummer DM 2,80/öS 21,-/Sfr. 3,10

SOLIDARITÄT

Strafverfolgung politischer Gesinnung

Vom 25.1. bis 11.2.74 fand in Dortmund ein politischer Gesinnungsprozeß statt. Die Staatsanwaltschaft hatte ein Flugblatt zu den Bundestagswahlen von 1972 zum Anlaß genommen, den dafür presserechtlich verantwortlichen kommunistischen Studenten Bernd Dewe strafrechtlich zu verfolgen. In dem Flugblatt war behauptet worden, daß der Staat der BRD ein Werkzeug der Klassenherrschaft ist, dessen formaldemokratische Institutionen dem Monopolkapital gleichzeitig seine Profite erzielen und seine Diktatur über das Volk verschleiern helfen. Weiterhin war zur Bekämpfung dieses bürgerlichen Staatsapparates aufgerufen worden. Die Staatsschutzkammer des Landgerichts verurteilte Bernd Dewe, der im übrigen nicht unmittelbar an Abfassung und Verteilung des Flugblattes beteiligt gewesen war, zu 2 Monaten Gefängnis (auf 2 Jahre Bewährung) und 300,-- DM Geldstrafe wegen "Verächtlichmachung des Staates". Damit trug das Gericht seinen Teil dazu bei, die Behauptungen des beanstandeten Flugblattes zu bestätigen. Der Prozeß gegen Bernd Dewe steht in einer Reihe mit anderen Prozessen wegen desselben Delikts.

Gummiparagraphen gegen politische "Abweichler" haben in Deutschland eine ehrwürdige Tradition und sind in der Praxis seit jeher mit Vorliebe gegen Linke angewendet worden. Heute lautet der § 90a Absatz I des Strafgesetzbuches:

> (1) Wer öffentlich in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften, Tonträgern, Abbildungen oder Darstellungen
>
> 1. die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht oder
> 2. die Farben, die Flagge, das Wappen oder die Hymne der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder verunglimpft,
>
> wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

Im halbfeudalen Nachtwächterstaat vor 1918, dessen ideologischer Inbegriff nicht die Verfassung, sondern seine Majestät der Kaiser war, stand neben handfesten Tatbeständen des Hoch- und Landesverrats immerhin erst die Beleidigung von landesherrlichen Personen, noch nicht die Beschimpfung von Institutionen oder Symbolen unter Strafe.

Verglichen mit den heutigen §§ 90a und 90b StGB waren die Majestätsbeleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuches von 1872 Vorbilder an Rechtssicherheit und politischer Zurückhaltung. In § 94 und § 95 hieß es damals:

> Wer einer Thätlichkeit gegen den Kaiser, gegen seinen Landesherrn oder während seines Aufenthaltes in einem Bundesstaate einer Thätlichkeit gegen den Landesherrn dieses Staates sich schuldig macht, wird mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft... bestraft.
>
> Wer den Kaiser, seinen Landesherrn oder während seines Aufenthaltes in einem Bundesstaate dessen Landesherrn beleidigt, wird mit Gefängniß... oder mit Festungshaft ... bestraft.

Nachdem diese Gesetze nach 1918 hinfällig geworden waren, schuf sich das nun auch politisch vollends an die Macht gelangte Bürgertum ein neues juristisches Werkzeug zur Bekämpfung seiner bewußten und aktiven Klassengegner. 1922 und 1930 wurden unter maßgeblicher Mitwirkung der schon damals reichlich verkommenen SPD besondere "Republikschutzgesetze" erlassen, nach denen bestraft werden konnte, "wer die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht" (§ 8 des Gesetzes von 1930). Die reaktionäre Klassenjustiz der Weimarer Republik wandte diese Gesetze fast nur gegen Mitglieder der Arbeiterbewegung an. "Allein vom Januar 1924 bis zum August 1925 wurden 6349 Kommunisten und mit der KPD sympathisierende Arbeiter zu insgesamt 4672 Jahren Freiheitsstrafe und 267 000,-- RM Geldstrafe verurteilt." (Aus der unten angezeigten Broschüre, S. 5) Später machten sich die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die selbst entschiedenste Gegner der "verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform" waren, das "Republikschutzgesetz" gegen demokratische und sozialistische Antifaschisten zunutze. Um es ganz ihren Zwecken anzupassen, brauchten sie nur noch den Hinweis auf die republikanische Verfassung zu streichen und statt dessen auf "Reich", "Volk" oder "Führer" abzustellen. Die Notverordnung "zur Erhaltung des inneren Friedens" des Generals von Schleicher vom Dezember 1932 fügte neben einem neuen Majestätsbeleidigungsparagraphen 94 (damals war es der Reichspräsident, der nicht "öffentlich be-

schimpft" werden durfte, einige Jahre später dann der Führer, gegenwärtig wieder der Bundespräsident (§ 90 StGB)) den § 134a ins Strafgesetzbuch ein:

> Wer öffentlich das Reich oder eines der Länder, ihre Verfassung, ihre Farben oder Flaggen oder die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht, wird... bestraft.

Nach der ersten Notverordnung Hitlers "zum Schutz des Staates und des deutschen Volkes" vom Februar 1933 waren dann schon Veröffentlichungen verboten, wenn "in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht" wurden. Darüber hinaus sind während des Dritten Reichs die Abschnitte des Strafrechts über Hoch- und Landesverrat so erweitert und ausgelegt worden, daß selbst der harmloseste Antifaschist als Krimineller verfolgt werden konnte. Den Tatbestand des Landesverrats beschrieb u.a. der § 90f StGB:

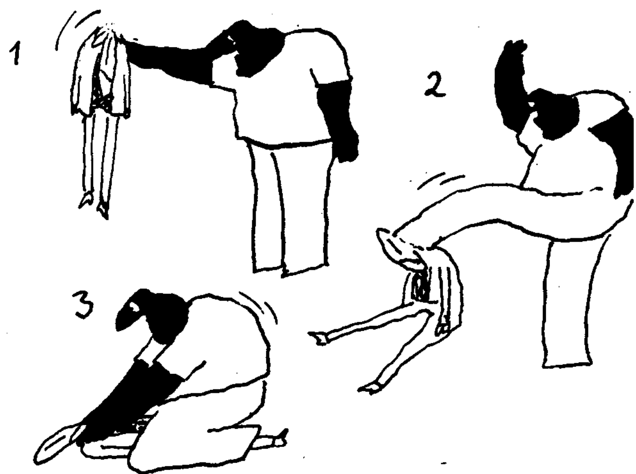
> Wer öffentlich oder als Deutscher im Ausland durch eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art eine schwere Gefahr für das Ansehen des deutschen Volkes herbeiführt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Gegen wen solche Gesetze vor allem gerichtet waren, darüber gibt z.B. der "Leipziger Kommentar" zum Strafrecht aus dem Jahre 1944 unmißverständlich Aufschluß. Hatten die Richter Bernd Dewes ihn vielleicht noch im Kopf, als sie ihr Urteil fällten?

> Alle von den Kommunisten in Deutschland verfolgten Ziele und Bestrebungen sind hochverräterischer Art, da die KPD von jeher darauf ausgegangen ist, einen Umsturz der in Deutschland herrschenden politischen Zustände, jetzt insbesondere den gewaltsamen Sturz der nationalsozialistischen Staatsform... herbeizuführen. Nach ständiger Rechtssprechung des Volksgerichtshofs ist auch die Betätigung der durch Gesetz vom 14.7.1933 verbotenen SPD seitdem als hochverräterisch anzusehen.

Laut "Leipziger Kommentar" galt dasselbe z.B. für die RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), die IAH (Internationale Arbeiterhilfe Deutschlands), aber auch den Deutschen Freidenkerverband und die Bündische Jugend. Jedes Mitglied dieser Organisationen wurde mit der Todesstrafe bedroht.

In der BRD kam, wie so manches Bewährte aus der glorreichen Vergangenheit, die strafrechtliche Verfolgung politisch Andersdenkender erst nach einer Schamfrist wieder in Mode. Als es dem Kapital gelang, den westdeutschen Staat immer fester in den Griff zu bekommen, wurden 1951 erneut "Staats-



schutzgesetze" von CDU und SPD gemeinsam beschlossen. (Damals §§ 95-97 StGB) Von nun an war es wieder möglich, auch gewaltlose Formen des Widerstandes der ausgebeuteten Klasse (Aufklärungsarbeit etc.), die unter keinen herkömmlichen Straftatbestand fallen, legal zu unterdrücken. Nach dem KPD-Verbot von 1956 kam es zu einer Welle von politischen Gesinnungsprozessen, um auch die radikale außerparlamentarische Opposition mundtot zu machen.



Die jüngsten Prozesse dieser Art müssen alle fortschrittlichen politischen Kräfte in der BRD hellwach machen. Was heute erst vereinzelte Kommunisten trifft, kann morgen, wenn das Kapital sich aufgrund der von ihm selbst heraufbeschworenen Überakkumulationskrise ernsthaft bedroht fühlt, schon wieder jeden Sozialisten und schließlich auch Demokraten treffen, der am Staat der BRD Kritik übt. Deshalb bedarf es der Solidarität aller Linken mit Bernd Dewe!
Die Rote Hilfe Ostwestfalen hat eine Broschüre herausgegeben, die den Prozeß und seine historischen, ökonomischen und politischen Hintergründe dokumentiert. Außerdem wurde von ihr ein Konto für Spenden eingerichtet, mit denen die hohen Prozeßkosten (ca. 4000,-- DM) gedeckt werden sollen.

Bestellungen der Broschüre an:

Rote Hilfe Ostwestfalen
Bielefeld
Stapenhorststr. 7

Spendenkonto:
Herford Volksbank Nr. 8257

Red.

CHRONIK DER ABHÄNGIGEN WELT

MITTE MAI BIS MITTE JULI

Afrika

17.5.74
Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen lädt Vertreter verschiedener Befreiungsbewegungen, darunter auch palästinensischer Gruppen, zur UN-Konferenz über Bevölkerungsfragen im August und zur Welternährungskonferenz im November ein; ein Stimmrecht soll diesen Organisationen jedoch nicht eingeräumt werden. (Reuter, FR)

7.-18.6.74
In der somalischen Hauptstadt Mogadischu beraten auf einer Ministerratstagung der "Organisation für Afrikanische Einheit" (OAU) Staats- und Regierungschefs aus 42 afrikanischen Ländern über die Lage im Nahen Osten und Möglichkeiten für eine Verstärkung der Beziehung zu den arabischen Ländern. Wie dort mitgeteilt wird, lehnen die erdölproduzierenden Länder eine Herabsetzung der Erdölpreise für die afrikanischen Entwicklungsländer ab, erklären sich jedoch zur Errichtung einer besonderen Entwicklungsbank bereit, über die zu günstigen Bedingungen 200 Mio Dollar für Kredite bereitgestellt werden sollen.

In einer Erklärung fordert die Konferenz Portugal zur Anerkennung des Rechtes auf Unabhängigkeit der bisherigen portugiesischen Kolonien auf; sie begrüßt die Verhandlungen der Befreiungsbewegungen von Guinea-Bissau und Mozambique mit Portugal und betont zugleich die Notwendigkeit der Fortführung des bewaffneten Kampfes in Mozambique und Angola bis zur Erlangung der Unabhängigkeit.

Der neugewählte Vorsitzende Siad Barre betont in seiner Antrittsrede die Notwendigkeit, durch Schaffung supranationaler Einrichtungen einer zunehmenden neokolonialistischen Ausbeutung entgegenzuwirken, und empfiehlt die Schaffung einer gemeinsamen Streitmacht, um die weißen Minderheitsregimes im südlichen Afrika zu bekämpfen. (ddp, ap, Reuter, NZZ)

8.6.74
Die Sowjetunion kündigt eine zweijährige Materialhilfe für die afrikanischen Befreiungsbewegungen an. Sie soll Lastwagen, Personenautos, Krankenwagen, Medikamente, medizinisches Gerät, Bekleidung und Hausrat umfassen und über die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) verteilt werden. (ddp, SZ)

9.6.74
Gleichzeitig Einsparungen und eine erhöhte Wirkung der französischen Truppenpräsenz in Afrika sollen sog. "compagnies tournantes" (rotierende Einheiten) erbringen: Bei einer Verdünnung der in Afrika fest stationierten Truppenkontingente sollen in Frankreich stationierte Interventionstruppen periodisch jeweils für 4 Monate nach Afrika verlegt werden. Dadurch soll vor allem die Häufigkeit der Afrikaaufenthalte der aktiven Armeekader erhöht werden.

Insgesamt haben die französischen Überseegarnisonen einen Bestand von ca. 20 000 Mann, die sich auf Schwarzafrika, den Indischen Ozean, die Antillen und den Pazifik verteilen. Größere Kontingente sind in Afrika stationiert in Tschad (ca. 2 000 Mann), Gabun, Senegal und Djibouti, der letzten französischen 'Besitzung' auf dem afrikanischen Kontinent. (NZZ)

Äthiopien

30.6.-10.7.74
Nachdem die äthiopische Armee (in Abstimmung mit Polizei und Miliz) sich bereits in den beiden Vormonaten Mai und April in Äthiopien als die politisch dominierende Kraft durchzusetzen vermocht hatte (vgl. iz-Chronik, Heft 35), hat das Militär nun auch unüberhörbar Anspruch auf eine starke personelle Repräsentation in einer, wie von ihr gefordert wird, neu zu bildenden äthiopischen Regierung angemeldet. Es unterstrich diesen Anspruch am 30.6. mit einem putsch-ähnlichen Manöver, in dessen Verlauf Angehörige der Streitkräfte die Radiostationen des Landes besetzten und in einer zunächst mißverständlichen Erklärung der Öffentlichkeit mitteilten, daß das Militär mit Unterstützung durch die Polizei und die Miliz die Macht in Äthiopien übernommen hätte. Wenig später wurde diese Erklärung dann insoweit präzisiert, als von besagter Seite hinzugefügt wurde, die Streitkräfte ständen loyal hinter Kaiser Haile Selassie und beabsichtigten den amtierenden Ministerpräsident Ma-

konnen in seinen Reformbemühungen zu unterstützen. Um solches allerdings sicherzustellen, forderten sie eine Besetzung der 6 wichtigsten Ministerposten mit Angehörigen des Militärs.

Begründet wurde diese Form der Machtergreifung (der sich in den folgenden Tagen kein nennenswerter bewaffneter Widerstand in den Weg stellte) mit dem Ziel, restaurativen Tendenzen in Regierung und Verwaltung entgegenzutreten, die nach Aussage der Militärs die von Regierung und Kaiser nach den Unruhen im März und April zugesagten Reformen zu gefährden drohten (tatsächlich auch war zum Beispiel die von Makonnen angekündigte Landreform durch ein Votum des Ministerrates inzwischen auf eine Verteilungsformel gebracht, die eine spürbare Veränderung der Bodenbesitzverhältnisse kaum noch realistisch erwarten ließ).(NZZ, 9.6.74)

Die vorweg genannte Begründung stellte sich in der nachfolgenden Zeit insoweit als glaubwürdig heraus, als die Streitkräfte unmittelbar nach jenem Quasi-Putsch vom 30.6. begannen, die gegen die alte äthiopische Herrschaftselite schon im April - allerdings zunächst sehr zögernd - eingeleitete Verhaftungswelle spürbar zu forcieren, wobei jetzt auch vor den engsten Beratern des Kaisers und vor Spitzenfunktionären der Kirche nicht mehr länger Halt gemacht wurde. So wurde beispielsweise der Präsident des sog. Kronrats und Intimus des Kaisers, Ras Asrate Kossa, inhaftiert. Ein gleiches Schicksal widerfuhr dem Chef der koptischen Kirchenverwaltung Ermias Kebede.

Wie die im Rahmen dieser Verhaftungsaktionen ebenfalls erfolgte Festnahme von einigen hohen Offizieren der Armee und der Polizei zeigt, schien mit dem Putsch auch eine wichtige Machtentscheidung im Militär selbst gefallen zu sein; und zwar eine Machtentscheidung zugunsten des gemäßigt reformwilligen niederen und mittleren Offizierskorps. Dies findet sich dann 10 Tage nach dem Putsch bestätigt, als die für den "Putsch" verantwortlich zeichnenden Militärs als sog. "Koordinationskomitee der Streitkräfte" sich erstmals der Öffentlichkeit vorstellten: Dabei war zu erfahren, daß das genannte Komitee sich aus Angehörigen der Armee, Polizei und Miliz zusammensetzt, die vorwiegend Hauptmann-Majorsränge innehaben.

Mittlerweile hat das Koordinationskomitee der Streitkräfte auch eine Art politisches Programm vorgelegt: Neben einer, wie es heißt, "Modernisierung der Verwaltung, einer Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung sowie die (bislang immer noch nicht erfolgte) Inangriffnahme der seit Monaten von der Makonnen-Regierung versprochenen Landreform wird insbesondere eine politische Entmachtung des äthiopischen Kaisers gefordert - dies vermittels der Schaffung einer konstitutionellen Monarchie.

Mit dem zuletzt genannten Programmpunkt wird freilich nicht schon eine demokratische Verfassung angestrebt. Das wird aus einer Erklärung der Militärs deutlich, in der es heißt, "man strebe eine wohlwollende Diktatur im allgemeinen Interesse der Gesellschaft an", denn in Anbetracht des Analphabetismus in Äthiopien (93 %) sei "Freiheit ohne Selbstbeschränkung bedeutungslos". Ganz in diesem Sinne hat das Koordinationskomitee inzwischen bereits eine scharfe Warnung an Studenten und Arbeiter ergehen lassen,



in der für den Fall einer Wiederaufnahme der im Moment in Äthiopien ruhenden Streiks und Demonstrationen mit harten Konsequenzen gedroht wird.

Der mit der Einbuße seiner politischen Macht bedrohte Kaiser Haile Selassie zeigt nun auch gegenüber den jetzt zur Macht gelangten Militärs die vom Beginn der Systemkrise im März dieses Jahres an immer wieder erfolgreich geübte politische Flexibilität: Er hat in die von den Militärs geforderte Errichtung einer konstitutionellen Monarchie offiziell eingewilligt und darüber hinaus seine langjährigen politischen Berater, soweit sie der Verhaftungswelle zum Opfer gefallen sind, öffentlich der Korruption beschuldigt. (dpa, AP, Reuter, NZ, SZ)

<u>Guinea-Conakry</u>

2.7.74
Die Sowjetunion unterhält, wie in Brüssel bekannt wurde, seit dem vergangenen Jahr einen Luftwaffenstütz-

punkt auf dem Militärflughafen von Conakry.

Mali

16.6.74
Der neuen Verfassung Malis, die die Rückkehr zu einer zivilen Regierung ermöglichen soll und die Bildung einer gewählten Nationalversammlung sowie die Schaffung einer malischen Einheitspartei vorsieht, sollen 99 % der stimmberechtigten Bevölkerung zugestimmt haben. Das herrschende "Militärkomitee der nationalen Befreiung"



behält sich allerdings das Recht vor, für weitere fünf Jahre die Politik des Landes "zu definieren und zu führen". Die Offiziere, sämtlich Absolventen französischer Militärschulen, hatten bereits 1968 eine neue Verfassung und Neuwahlen versprochen.

In dem westafrikanischen Sahelland sind ca. zweieinhalb Mill. Menschen von der Hungersnot betroffen. Der überwiegende Teil der eintreffenden Hilfsgüter wird vom herrschenden Regime zum Verkauf gebracht, um die Staatskasse zu sanieren, während nur ein kleiner Teil zur kostenlosen Verteilung an die mittellose Bevölkerung der nördlichen Regionen gelangt. Das Land wurde 1966 der Franc-Zone angegliedert, nachdem Frankreich eine an Rentabilitätserwägungen ausgerichtete Reorganisierung des staatlichen Sektors und seine teilweise Privatisierung durchgesetzt hatte. (NZZ)

Nigeria

20.-26.5.74
Die nigerianische Regierung übernimmt 55 % des Kapitals der Niederlassungen der Konzerne Gulf Oil, Mobil Oil (USA), AGIP (I), ELF (F) und Shell-BP (GB/NL). Nigeria, das in der Erdölförderung an 7. Stelle in der Welt steht, nähert sich damit der Politik der OPEC-Länder an. (SZ, NZZ)

Portugal / Portugiesische Kolonien

(siehe Artikel im Anschluß an die Chronik: "Portugal nach dem Putsch - Fortschreibung der Ereignisse seit Mitte Mai")

Rhodesien

17.5.-6.6.74
Der oppositionelle Afrikanische Nationalrat (ANC) meldet die Verhaftung von 16 führenden Mitgliedern durch das Smith-Regime. Der etwa zur selben Zeit von Bischof Muzorewa, Führer des ANC, mit Smith ausgehandelte 'Kompromiß' in der Frage der politischen Rechte der schwarzen Bevölkerung wird von einer Mehrheit im ANC abgelehnt. Er sah die Erhöhung der Parlamentsmandate der schwarzen Mehrheit von 16 auf 22 gegenüber unverändert 50 Sitzen der weißen Minderheit vor. Dieser Vorgang verschärfte die Polarisierung der politischen Fronten innerhalb des ANC.

Auf das Scheitern des 'Kompromisses' reagiert das südafrikanische Regime mit verstärkter politischer Repression: In der Stadt Gwelo eröffnen Polizeitruppen das Feuer auf die Teilnehmer einer Kundgebung, auf der von Afrikanern mehr politische Rechte gefordert werden. Im Gefängnis von Salisbury wurden 5 Widerstandskämpfer erhängt. Seit Dezember 1972 wurden 19 Afrikaner wegen ihrer Widerstandstätigkeit exekutiert. (afp, dpa, ddp, ap, NZZ)



22.5.74
Das niederländische Antiapartheid-Komitee legte einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit einer international organisierten Firmengruppe (Zephyr) vor, die sich auf die Durchbrechung der von der UN beschlossenen

Wirtschaftssanktionen spezialisiert hatte. Während der Großteil der UNO-Mitglieder die Beschlüsse respektiert, sind es v.a. westeuropäische, japanische und US-Firmen, die, teils direkt von ihren Regierungen unterstützt, das Embargo ständig durchbrechen. (FR)

24.5.74
Die Stahlfirmen Neunkirchen und Klöckner, Duisburg, die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke AG (VÖEST), Linz, sowie die in vorwiegend europäischem Besitz befindliche European-American Finance (Bermuda) Ltd. und deren in der Schweiz ansässige Holdinggesellschaften (Handelsgesellschaft in Zürich AG und Femetco, Zug), unterstützt durch eine österreichische und eine Schweizer Großbank, stehen hinter Finanztransaktionen gewaltigen Ausmaßes, die dem Smith-Regime ermöglichen, unter Mitwirkung der genannten ausländischen Kapitale die rhodesische Stahl-Jahresproduktion von 400 000 Tonnen auf rund 1 Million zu erhöhen. Zwei Drittel des bei der Kapazitätserhöhung beteiligten Kapitals (insges. über 100 Mio US-Dollar) werden durch die ausländischen Gruppen aufgebracht. Dies geht aus Dokumenten hervor, die der Sanktionenkommission des UN-Sicherheitsrats vorliegen. Damit haben sich also die schon im April veröffentlichten ersten Hinweise der "Sunday Times" auf diesen eklatanten Bruch des Rhodesien-Boykotts (vgl. iz-Chronik, Heft 35) als zutreffend erwiesen.

21.-24.6.74
Knapp 7 Wochen vor den von der Regierung in Rhodesien angesetzten Neuwahlen kündigt Premierminister Smith einen neuen Versuch an, mit politischen Gruppen der afrikanischen Bevölkerung über Fragen der Lösung der wachsenden innenpolitischen Probleme ins Gespräch zu kommen. Ein Gesprächspartner auf afrikanischer Seite scheint sich ihm schon jetzt dafür anbieten zu wollen: eine (vermutlich nicht ohne Smiths eigenes Dazutun) eiligst gegründete Partei unter der Bezeichnung "African Progress Party" zu präsentieren. Im Programm dieser Partei heißt es, man solle aufhören "unklare Forderungen nach einer neuen Verfassung" zu vertreten und statt dessen mit der Regierung endlich ein Gespräch über die Ausräumung bestehender "Meinungsverschiedenheiten" suchen.

Kurz vor Smiths Ankündigung einer neuen Gesprächsinitiative war es zu weiteren Verhaftungen von Mitgliedern des ANC gekommen. (AP, afp, ddp, "Rhodes. Kommentar", 84/1974)

Somalia

9.-13.7.74
Somalia und die Sowjetunion unterzeichnen ein 'Freundschafts- und Zusammenarbeitsabkommen', das nach Worten des sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny, der sich zu einem offiziellen Besuch in Somalia aufhält, eine "neue Ära" der gegenseitigen Beziehungen eröffnen soll. Seit dem Militärputsch 1969 ist die Sowjetunion wichtigster Waffenlieferant Somalias. Wie verlautet, sollen dafür der Sowjetunion Marinestützpunkte in Mogadischu und Berbera überlassen werden. Von diesen Häfen aus können die Eingänge zum Roten Meer und zum Persischen Golf kontrolliert werden. (ap, Reuter, NZZ)

Südafrikanische Republik

4.5.74
Die Essener Steinkohlen- und Elektrizitäts-AG und südafrikanische Firmen planen ein gemeinsames Projekt zur Uran-Veredelung. Das verarbeitete



Uranerz kommt etwa zur Hälfte aus Namibia, dessen Bodenschätze durch Südafrika ausgebeutet werden. Die Übereinkunft soll mit Zustimmung des Bonner Technologieministers Ehmke erfolgt sein. (FR)

14.5.-14.6.74
Aus einem jetzt auszugsweise veröffentlichten geheimen UNO-Ausschuß-Papier geht hervor, daß das NATO-Oberkommando für den Atlantik eine Studie über Möglichkeiten militärischer Operationen im südlichen Atlantik erstellt hat. Weiter wird aus dem UNO-Papier bekannt, daß zur Zeit die Aufstellung einer NATO-Interventionsstreitmacht unter südafrikanischer Beteiligung vorbereitet wird. Dies geschehe offensichtlich aus "Besorgnis" über die Entwicklung in den portugiesischen Kolonien. Das Papier spricht in Zusammenhang damit wörtlich von einer "maritimen Allianz" zwischen der NATO und der Republik Südafrika.

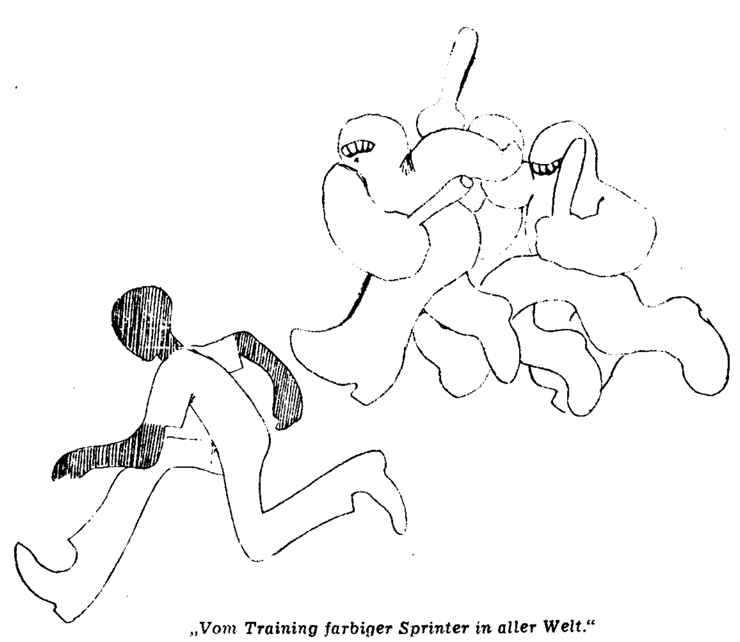
Die Bundesregierung leugnet wiederholt, von Plänen für eine Ausweitung des NATO-Operationsgebietes im südlichen Afrika zu wissen, so zuletzt der Sprecher des Verteidigungsministeriums am 11.6. im Bundestag.

Im Gegensatz zur englischen Presse tauchen entsprechende Meldungen in der westdeutschen Presse fast durchgängig nicht auf. (AP, Observer, Sunday Times, WDR)

11.-30.5.74
Südafrika plant den massiven Ausbau seines Marinestützpunktes Simonstown am Kap der Guten Hoffnung. Die vorgesehene Verdoppelung der Aufnahmefähigkeit des Kriegshafens steht offensichtlich in Zusammenhang mit den vorweg genannten Aktionen der NATO. (dpa, SZ)

3.7.74
Frankreich, der Iran und Südafrika werden ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken. Bei dem sich abzeichnenden Dreiecksgeschäft spielen Öl, Uran, Gold und die französische Atomenergie-Technologie eine zentrale Rolle. Unter Ausbeutung namibischen Urans, an dem auch Frankreich, der wichtigste Waffenlieferant Südafrikas, starkes Interesse zeigt, soll mit französischer Hilfe das erste südafrikanische Atomkraftwerk, ausgelegt auf 2 mal 1000 Megawatt, errichtet werden. (dpa, SZ)

22.7.74
Die diesjährigen Weltmeisterschaften im Kunstturnen finden nun doch in



„Vom Training farbiger Sprinter in aller Welt."

Varna (Bulgarien) statt, nachdem wegen der angekündigten Einreiseverweigerung für die südafrikanische Mannschaft der Deutsche Turnerbund München als Austragungsort angeboten hatte. Auf einer Sondersitzung des Internationalen Turner-Bundes konnte mit knapper Mehrheit eine Entscheidung zugunsten Varnas und damit gegen eine Teilnahme der südafrikanischen Mannschaft durchgesetzt werden. Vertreter der Länder der Dritten Welt sehen einzig in der konsequenten Isolierung des südafrikanischen Regimes die Möglichkeit, die Apartheidpolitik auch auf dem Gebiet des Sports zu bekämpfen. Südafrika ist bereits aus zahlreichen internationalen Sportorganisationen ausgeschlossen. Als möglich gilt ein Versuch des Deutschen Turnerbundes und der Organisationen anderer Länder, die Meisterschaft in Varna zu boykottieren und in München einen Wettbewerb mit der südafrikanischen Mannschaft und ohne die Mannschaften der afrikanischen Länder durchzuführen, die für Varna als Austragungsort gestimmt hatten. Verschiedene westdeutsche Solidaritätsgruppen protestierten gegen die Kollaboration des Deutschen Turnerbundes mit dem südafrikanischen Regime. (sid, SZ)

Tschad

15.5.-19.6.74
Die Entführer dreier deutscher Entwicklungshelfer nannten als Bedingung für eine Freilassung die Entlassung von 32 politischen Häftlingen, finanzielle Hilfe für das von einer Dürre betroffene Gebiet um Bardai und die Veröffentlichung eines politischen Manifests durch die Deutsche Welle. Die Erfüllung dieser letzteren Forderung und die Zahlung eines Lösegeldes durch die Bundesregierung veranlaßte die Regierung des Tschad zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur BRD. (ap, dpa, Reuter, NZZ)

Arabische Länder und Vorderasien

19.6.74
Während seines Besuches in 5 arabischen Ländern werden dem US-Präsidenten Nixon von den arabischen Gastregierungen nunmehr 3 Bedingungen genannt, deren Erfüllung nach Auffassung dieser Länder unerläßlich für eine, wie es heißt, "dauerhafte Friedensregelung" im Nahen Osten ist: Israel soll alle besetzten arabischen Gebiete zurückgeben, den Interessen und Rechten der Palästinenser Rechnung tragen sowie den Atomwaffensperrvertrag unterschreiben, also auf die Entwicklung eigener Atomwaffen verzichten. (SZ)

6.7.74
Nach Auffassung des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts ist der Nahe Osten (gemessen am Bruttosozialprodukt der zu dieser Region gehörenden Länder) zu der "am stärksten militarisierten Weltregion" geworden. Zu den Hauptfaktoren dieser Militarisierung rechnet die unabhängige Stockholmer Stiftung die sowjetischen Waffenlieferungen an den Irak und Syrien sowie die Rüstungskäufe des Iran und Israels in den Vereinigten Staaten.

Nach Meinung des Friedensforschungsin-

stituts wächst auf seiten der waffenliefernden Länder die Bereitschaft, neu entwickelte Waffensysteme zur Erprobung auf den lokalen Kriegsschauplätzen des Nahen Ostens von den jeweiligen Abnehmern testen zu lassen. Die USA schienen dies neuerdings mit der Lieferung ihres F13 A-Jagdbombers an den Iran und die UdSSR ihrer Mi G25 an Syrien zu beabsichtigen.

Die beiden rivalisierenden Länder am Persischen Golf, der Iran und Saudi-Arabien, haben dem Stockholmer Institut zufolge ihre durchschnittlichen jährlichen Militärausgaben um 23 % gesteigert. Die USA und Frankreich verhandeln augenblicklich mit Saudi-Arabien über den Verkauf von modernen Kampfflugzeugen und Raketen im Gesamtwert von 1,5 Mrd. Dollar. Der Iran kaufte 1973/74 Waffen für annähernd 2,5 Mrd. Dollar. Ägypten beabsichtigt demnächst, eigene Kampfflugzeuge zu bauen. (ddp)

Ägypten

16.6.74
Die USA haben sich bereit erklärt, Ägypten Finanzhilfe zu gewähren. Die Regierungen der beiden Länder wollen darüber hinaus demnächst Verhandlungen über ein Abkommen aufnehmen, das amerikanische Lieferungen von Kernreaktoren und nuklearen Brennstoffen an Ägypten zum Inhalt haben soll. (SZ)

Irak

19.6.74
Die Krauss-Maffei AG wird maßgeblich an der Errichtung einer Zellstoff- und Papierfabrik im Irak beteiligt sein. Geplante Investitionssumme: 40 Mill. DM. (SZ)

18.5.-14.6.74
Im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem arabischen Baath-Regime des Irak und den nach Unabhängigkeit strebenden Kurden hat der Führer der aufständischen Kurden, Mustafa Barsani, UNO-Generalsekretär Waldheim aufgefordert, bei der irakischen Regierung zu intervenieren, um weitere Angriffe der irakischen Luftwaffe auf kurdische Dörfer zu verhindern. Barsani beschuldigt die irakischen Streitkräfte, schutzlose Frauen und Kinder in Dörfern angegriffen und "massakriert" zu haben. Nach kurdischer Darstellung sind seit dem Beginn der Kämpfe im Norden des Irak im März 28 irakische Flugzeuge abgeschossen worden. Die politischen Forderungen der Kurden haben sich seit dem Beginn der neuen Kämpfe verschärft. Während Barsani früher nur Teilautonomie für die kurdischen Gebiete gefordert hatte, verlangt er nun von der Regierung in Bagdad die Teilung des Landes. Bei Nichterfüllung dieser Forderung droht er mit Angriffen gegen das Erdölgebiet bei Mossul.

Diese Radikalisierung der kurdischen Forderungen ist möglicherweise auch der Grund für die in den letzten Wochen zu beobachtende Annäherung zwischen der irakischen und iranischen Regierung. (Der Iran und der Irak lagen seit Jahren wegen Grenzstreitigkeiten miteinander im Konflikt, wobei der Iran diesen Konflikt insbesondere immer wieder durch Waffenlieferungen an die kurdischen Separatisten anzuheizen pflegte.) Mit der von den kurdischen Separatisten nun neu verkündeten Absicht, sich gänzlich von der irakischen Zentralregierung zu lösen, womit dann ja direkt auf die Schaffung eines kurdischen Nationalstaates hingearbeitet wird, könnte jetzt auf persischer Seite (gegenüber dem früheren Interesse, durch ein "Mitmischen" im Kurdenkrieg dem Irak gegenüber Grenzforderungen durchzusetzen) die Befürchtung davor an Oberhand gewonnen haben, daß sich auch in der eigenen Kurdenbevölkerung Bestrebungen regen, die auf einen späteren Anschluß an den von Barsani anvisierten kurdischen Nationalstaat abzielen. (SZ, NZZ, Le Monde)

Iran

29.5.74
Der Iran hat Ägypten Anleihen und Kredite in Höhe von mehr als 1 Mrd. Dollar zugesagt. (SZ)

30.5.74
Die USA und der Iran beschlossen ein Zehnjahresabkommen über die Belieferung iranischer Kernkraftwerke mit angereichertem Uran aus den USA. (SZ)

7.7.74
Die Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft Deminex, Düsseldorf, wird nun auch im Iran Explorationsaktivitäten aufnehmen. Ihr wurden im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung von Erdöl-Explorationsgebieten im Iran, eine nach Expertenaussagen erfolgversprechende Aufschlußfläche von 14 500 qkm, zugesprochen. (NZZ)

Israel

28.5.74
Der von der Arbeiterpartei als Nachfolger Golda Meirs bestimmte Ministerpräsident Rabin hat sein neues Kabinett vorgestellt. Außer der bisherigen Ministerpräsidentin Golda Meir finden sich auch die Politiker Dayan, Eban und Sapir nicht mehr auf der Kabinettsliste. (Dayan und Eban hatten sich geweigert, in einem, wie sie sagten, Kabinett unter der Führung Rabins mitzuarbeiten.) 15 Minister aus dem Kabinett Golda Meirs sind in die neue Regierung übernommen worden. Von den 20 Kabinettsmitgliedern gehören 17 der Arbeiterpartei, 2 den Unabhängigen Liberalen und 1

der Bürgerrechtspartei an. Im Parlament kann sich die Regierung auf 61 von 120 Abgeordneten stützen. (SZ/ NZZ)

31.5.74
Unter Vermittlung des amerikanischen Außenministers Kissinger ist nach mehrmonatigen Verhandlungen zwischen Syrien und Israel ein Truppenentflechtungsabkommen zustande gekommen. Das Abkommen sieht auf den Golan-Höhen die Schaffung einer entmilitarisierten Pufferzone vor, die von der Nahost-Friedenstruppe der Vereinten Nationen überwacht werden soll. Israel hat mit dem genannten Abkommen seine Annektionswünsche bezüglich der von ihr seit dem letzten Nahostkrieg besetzt gehaltenen Golan-Höhen nur zu einem Teil realisieren können: Die Pufferzone auf den Golan-Höhen soll so gelegt sein, daß Israel seine Truppen auf syrischem Territorium bis hinter die Stadt Kuneitra zurückziehen muß. Der durch das Entflechtungsabkommen von israelischer Seite nun faktisch garantierte territoriale Gewinn ist freilich noch groß genug, um bezüglich dieses Abkommens von einem Sieg Israels sprechen zu können. (SZ, NZZ)

17.5.-10.7.74
Bei erneuten Überfällen palästinensischer Guerillas auf eine Schule in der nordisraelischen Ortschaft Maalot und der ebenfalls in der Nähe der libanesischen Grenze gelegenen Stadt Nahariya sind insgesamt 38 Menschen, darunter auch die Angreifer selbst, ums Leben gekommen. In Antwort darauf bombardierte die israelische Luftwaffe mehrere Ortschaften im nahe gelegenen Libanon, wo sie, wie es von israelischer Seite hieß, Stützpunkte der Fedajin vermutete. (SZ)

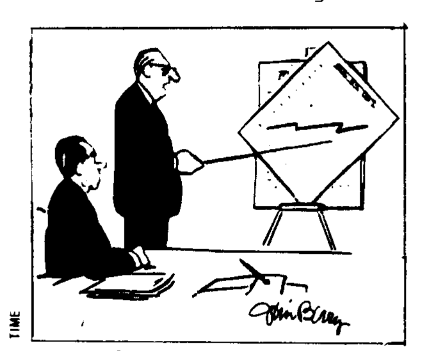
5.7.74
Israel hat sich mit einem Finanzhilfegesuch an die US-Regierung gewendet, in dem für den Zeitraum der kommenden 4 Jahre um die Gewährung von Handelskrediten in Höhe von insgesamt mehr als 6 Mrd. Dollar und um eine nichtrückzahlbare finanzielle Wirtschaftshilfe in Höhe von insgesamt 2 Mrd. Dollar nachgefragt wird. Die US-Regierung hat sich bereit gefunden, ohne sich allerdings schon auf die vorgeschlagene Zahlungshöhe und die Zahlungstermine festzulegen, den israelischen Wünschen zu entsprechen. (SZ)

Jordanien

18.6.-3.7.74
Die USA will Jordanien weiterhin mit Waffenlieferungen unterstützen. Das geht aus einem anläßlich des Nixon-Besuches in Jordanien herausgegebenen Kommunique hervor.

In dem genannten Kommunique findet sich kein Hinweis auf das sog. Palästina-Problem. Unangesprochen bleibt auch Jordaniens Forderung nach einem Truppenentflechtungsabkommen mit Israel. Jordanien wünscht in diesem Zusammenhang einen Rückzug israelischer Truppen bis auf 10 km hinter das Jordan-Westufer.

In der "Palästina-Frage" hat die jordanische Regierung zu erkennen gegeben, daß sie sich der Bildung eines sog. Klein-Palästinas auf der Westbank des Jordans nicht in den Weg stellen wird,



„Wie Sie leicht feststellen können, sind die Gewinne der Ölgesellschaften sooo groß nun auch wieder nicht!"

falls ein solcher palästinensischer Staat von den Palästinensern selbst und den befreundeten arabischen Staaten gefordert werden sollte. (NZZ, SZ)

Kuwait

16.5.74
Die Regierung Kuwaits will 60 % der Produktionsanteile an der "Kuwait Oil Company" (KOC) erwerben. Für 1982 ist eine Erhöhung dieses Anteils auf 80 % vorgesehen. Die KOC wurde bislang gemeinsam von der BP und der Gulf Oil of Amerika betrieben und verarbeitet 95 % der täglichen Öl-Förderung in Kuwait.

Eine Gruppe kuwaitischer Parlamentsabgeordneter hat darauf hingewiesen, daß es in Kuwait in 15 Jahren "keinen Tropfen Erdöl" mehr geben wird, falls an der Produktion in der jetzigen Höhe von 3 Mill. Barrels (1 B. = 159 Liter) pro Tag festgehalten wird.

Libanon

13.5.-23.6.74
Bei zahlreichen israelischen Angriffen auf palästinensische Flüchtlingslager im Südlibanon und auf Wohnviertel südwestlich der Hauptstadt Beirut sind nach offiziellen Angaben bisher 90 Menschen getötet und 322 verwundet worden. Nach einem Bericht der Agentur WAFA sollen bei den Angriffen von den israelischen Kampfflugzeugen Kinderspielzeug und Puppen abgeworfen worden sein, die mit Sprengsätzen und Zeitzündern versehen waren. Photos davon und von verstümmelten Leichen von Männern, Frauen und Kindern aus palästinensischen Flüchtlingslagern wurden in der Beiruter Presse veröf-

fentlicht. Die Anführer der palästinensischen Saika-Organisation, der PFLP und der PLO-Zuheir Mohsen, Dr. George Habasch und Jassir Arafat kündigten ihrerseits Vergeltungsmaßnahmen "im gleichen Ausmaß und auf der gleichen bestialischen und kriminellen Ebene" an. Inzwischen liegen der libanesischen Regierung von seiten verschiedener arabischer Staaten Hilfsangebote bezüglich der Abwehr künftiger israelischer Angriffe vor. (SZ, NZZ)

Nordjemen

17.6.-22.6.74
Die nach einem Putsch an die Macht gekommene Militärjunta der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) unter Oberst Hamidi beabsichtigt ihren eigenen Angaben nach, die Republik in eine parlamentarische Demokratie umzuwandeln, allgemeine Wahlen abzuhalten und sich spätestens in 8 Monaten aus der Politik wieder zurückzuziehen. Hamidi begründet die Machtübernahme durch die Armee mit der Absicht, die "endlosen Streitigkeiten" zwischen dem früheren Präsidenten Iriani und dem Konsultativrat, der sich überwiegend aus Stammeshäuptlingen zusammensetzte, zu beenden sowie "einem kommunistischen Umsturzversuch" zuvorzukommen. (SZ, NZZ, Le Monde)

Syrien

6.6.74
Der amerikanische Außenminister Kissinger hat vor dem außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses in Washington die Gewährung von 100 Mio. Dollar Auslandshilfe an Syrien befürwortet. Als Bedingung für die Zahlung der Auslandshilfe nennt Kissinger Syriens "strikte Einhaltung" des mit Israel geschlossenen Waffenstillstandes. (SZ)

Türkei

3.7.74
Die türkische Regierung hat das Verbot des Anbaus von Schlafmohns aufgehoben. Der Anbau war 1972 auf Druck der USA hin verboten worden. Die USA fanden sich damals bereit, den durch dieses Verbot geschädigten Bauern eine Kompensationszahlung in Höhe von 35 Mill. Dollar zu leisten. (SZ)

7.7.74
In der Türkei wurden mehrere hundert politische Häftlinge entlassen, von denen sich die meisten seit 1970 in Haft befanden. (SZ)

Palästinensische Befreiungsbewegungen

10.6.74
Die in der Dachorganisation PLO zusammengefaßten palästinensischen Befreiungsbewegungen einigten sich auf der achttägigen Konferenz des palästinensischen Nationalrates in Kairo u.a. auf eine politische Erklärung, in der es heißt, daß die PLO sich zur Teilnahme an der Genfer Nahost-Friedenskonferenz bereit fände, wenn ihr politisches Anliegen dort nicht nur als "Flüchtlingsproblem", sondern als "politische Angelegenheit" behandelt würde.

Zypern

2.7.-16.7.74
Der zypriotische Präsident, Erzbischof Makarios, wirft der griechischen Regierung vor, sie verfolge das Ziel, eine "unerwünschte Diktatur auf Zypern" zu errichten. Gleichzeitig versuche das Athener Militärregime, die griechisch-zypriotische Nationalgarde von einem Organ des Staates in eine griechische Besatzungsarmee umzuwandeln. Makarios fordert den Abzug von 550 griechischen Offizieren, die das Kommando über die 10 000 Mann starke zyprische Nationalgarde inne haben. Er beschuldigt die Offiziere, mit der verbotenen griechisch-nationalistischen Untergrundorganisation EOKA zusammenzuarbeiten. Die EOKA, die den Anschluß Zyperns an Griechenland anstrebt, wird von der Athener Junta unterstützt und ist für zahlreiche Anschläge auf Anhänger und führende Politiker der Regierung Makarios verantwortlich.

In den Zypernverträgen von London und Genf erhielt Griechenland das Recht zugesprochen, auf Zypern ein eigenes Militärkontingent von 950 Mann zu stationieren. Darüber hinaus vermochte Griechenland durchzusetzen, daß die durch die genannten Verträge ins Leben gerufene sog. Zyprische Nationalgarde dem Kommando griechischer Offiziere überantwortet wurde. Formalrechtlich unterstehen diese Offiziere bis zum heutigen Tag der Oberhoheit der zyprischen Regierung. In den letzten Jahren begannen sie sich jedoch in deutlich erkennbarer Weise mit der in Athen regierenden Junta zu solidarisieren und mit dieser Junta vermutlich auch deren Annektionswünsche in bezug auf Zypern zu teilen. Von dem Kommandanten der zyprischen Nationalgarde, Oberst Denisis, heißt es, daß er in ständigem Kontakt mit dem Oberkommando der griechischen Streitkräfte stünde. (SZ, NZZ)

Asien

Bangla Desh

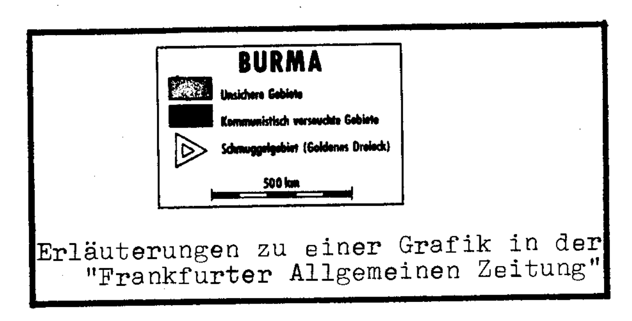
16.5.74
In Bengalen herrscht Hungersnot. Wegen der Lebensmittelknappheit nehmen sich in der Provinz Magura 57 Menschen das Leben. (SZ)

28.6.-2.7.74
Der pakistanische Ministerpräsident Bhutto trifft zu Gesprächen in Dacca ein. Erörtert werden Fragen der Rückführung der Bihari-Minderheit und der Teilung des früheren Staatsvermögens Gesamt-Pakistans; Bhutto verhält sich zu beiden Forderungen ablehnend. Die durch den triumphalen Empfang Bhuttos in Dacca (nur in Savar kam es am Denkmal für die Toten des 'Befreiungskampfes' zu feindseligen Rufen) deutlich werdende pakistanfreundliche Tendenz läßt sich auf dem Hintergrund der ökonomischen Krise, dem zunehmenden Prestigeverlust Mujibur Rahmans beim Volk und der wachsenden antiindischen Stimmung erklären, die auch in Neu-Delhi Besorgnis hervorruft. (SZ)

9.7.74
6 Minister, unter ihnen der frühere Chef der 'Befreiungsarmee', treten von ihren Ämtern zurück, die von Mujibur Rahman selbst weitergeführt werden. (SZ)

Birma

6.6.-15.6.74
Zum ersten Mal unter der Herrschaft Ne Wins kommt es zu einer großen Streik- und Protestwelle in den Städten. Die Streikbewegung beginnt in dem wenig kontrollierten Norden Birmas und dehnt sich rasch bis nach Rangun aus. Nach einer offiziellen Untersuchung verfolgen die Streikenden eine einheitliche Strategie: Sie besetzen nach Aufnahme des Streiks Büros und Werkstätten, nehmen über Telefon oder durch Sirenen Kontakt mit anderen Fabriken auf und setzen die Verantwortlichen der Fabriken, Repräsentanten der Staatspartei und als Mittelsmänner fungierende 'Arbeiterbeiräte' fest.



Erläuterungen zu einer Grafik in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung"

Die Demonstrationen werden blutig unterdrückt; nach eigenen Angaben erschoß die Armee mehr als 20 Menschen. Staatspräsident Ne Win fordert, die Arbeiter sollten "lieber den Sozialismus aufbauen, als zu demonstrieren ... und nicht ihre Arbeit unter dem Vorwand vernachlässigen, ihre Probleme diskutieren zu wollen".

Wie bekannt wird, haben sich die beiden ostbirmanischen separatistischen Bewegungen des Grenzstammes der Shan, die Organisation zur Befreiung der Shan und die prochinesische Progressive Partei der Shan, vereinigt. (Le Monde)

Indien

20.5.74
Indien zündet einen unterirdischen atomaren Sprengsatz mit einer Sprengkraft von ca. 15 Mill. Tonnen TNT. Die Reaktion der Industrieländer ist überwiegend negativ. Indien scheint bereits in der Lage zu sein, Wasserstoffbomben zu bauen. Wie das Nachrichtenmagazin Newsweek berichtet, ist mit der Zündung dreier weiterer Sprengsätze durch Indien sowie der Fertigstellung eines atomgetriebenen Unterseebootes zu Beginn der 80er Jahre zu rechnen.

Indien baut bereits das 4. Atomkraftwerk, unterhält Anlagen zur Gewinnung schweren Wassers und exportiert nach Japan, Indonesien, Dänemark und Malaysia Grundstoffe und Produkte der Atomtechnologie, u.a. Radioisotope.

28.5.74
Der Eisenbahnerstreik, der erste große überregionale Streik der letzten 20 Jahre, in dessen Verlauf mehr als 30 000 Streikende verhaftet wurden, wurde ohne Zugeständnisse von seiten der Regierung beendet. Diese Niederlage erklärt sich u.a. aus der strukturellen Schwäche der indischen Gewerkschaftsbewegung. Es existieren 7, jeweils einer politischen Partei verbundene Gewerkschaftsblöcke: Der größte, dem Kongreß verpflichtete INTUC umfaßt mehr als 100 Einzelgewerkschaften und ca. 2 Mill. Mitglieder; die moskauorientierte kongreßtreue Kommunistische Partei kontrolliert den AITUC-Block mit 800 000 Mitgliedern. Die Linkskommunisten stützen sich auf den 1 Million starken CITU-Block, die Linkssozialisten kontrollieren die UTUC; daneben gibt es die NFITU (linker Kongreßflügel), Hindu Mazdar Sabha (Sozialisten) und die rechtsstehende Bharat Mazdur Sabha. Wegen der geringen Mitgliedsbeiträge sind die Gewerkschaften finanziell ohnmächtig und können keine Streikgelder zahlen. Das verstärkt ihre Abhängigkeit von den Parteien, die die Verwaltungsposten besetzen und die Verwaltungskosten decken. Arbeitsprozesse der Gewerkschaften werden in der Regel an Rechtsanwälte versteigert, die die Prozesse dann mit Gewinnbeteiligung führen und auf hohe Funktionärsposten gelangen. Faktisch dienen die Gewerkschaften hauptsächlich als Hebel der Rekrutierung von Wählerstimmen. (SZ, NZZ)

4.6.74
Das größte und billigste Kino der Welt wird in Neu Delhi erbaut: es faßt 6 000 Menschen; ein Normalplatz kostet ca. 15 Pfennig. Hinter Japan und noch vor den USA ist Indien der

zweitgrößte Filmproduzent der Erde. (SZ)

4.6.74
Der Rüstungsminister Shukla betont, Indien sei eines der wenigen Länder, das in der Herstellung konventioneller Kriegsgüter autark ist. Indien produziere eigene Panzer und Unterseeboote; MIG-Bomber werden in Lizenz nachgebaut. (SZ)

11.6.74
Der Verband der Bettler der südindischen Provinz Mysore fordert die indische Regierung auf, die kleinsten Münzen (1 und 2 Paisa = 0,2 und 0,4 Pfennig) aus dem Verkehr zu ziehen. Damit soll erreicht werden, daß die Bettler den traditionellen 'Bettlerlohn' von 5 Paisa (1 Pfg.) erhalten. (SZ)

Kamdobscha

5.5.74
In Antwort auf die Festnahme von 5 Schülern wegen ihrer politischen Betätigung entführen rund 1 000 Schüler den Erziehungsminister und seinen Berater, um die Freilassung der Gefangenen zu erzwingen. Beim Versuch, das Gebäude, in dem die Schüler sich mit den Geiseln verbarrikadiert haben, zu stürmen, werden diese erschossen.
Wie Le Monde am 19.6. berichtet, soll - entgegen früheren Meldungen - der Erziehungsminister, während er aus einem Fenster die Polizei aufforderte, nicht das Feuer zu eröffnen, von Zivilpolizisten erschossen worden sein. Die Entführten galten als "liberal", d.h. zu nachgiebig gegenüber der starken demokratischen Bewegung von Schülern, Studenten und Professoren. Die kamdobschanische Polizei steht in besonders enger Beziehung zum amerikanischen CIA.

In einem ausführlichen Schreiben wandten sich Schüler, Studenten und Professoren an das Rote Kreuz in Genf, um gegen die seit 1 1/2 Jahren herrschende Verelendung, Unterdrückung und Foltermethoden zu protestieren und ihren Wunsch nach Demokratie in Kambodscha auszudrücken. (Le Monde)

17.5.74
In einem Memorandum verteidigt die US-Luftwaffe ihre geheimen Bombenangriffe auf das seinerzeit neutrale Kambodscha in den Jahren 1969 und 1970. Aus dem Memorandum geht hervor, daß die Finanzierung des US-Geheimdienstes im wesentlichen über andere Haushaltstitel verschleiert wird und häufig (so etwa beim Bau von Luftwaffenstützpunkten in Lateinamerika bereits 1940) private Firmen vorgeschoben wurden. (FR)

7.6.74
Eine Pagode, in der sich Ministerpräsident Lon Nol aufhält, wird von 7 Raketen getroffen. (SZ)

7.6.74
Nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministers unternehmen die USA derzeit pro Monat 690 Versorgungsflüge nach Kambodscha. Durch die Luftversorgung mit Lebensmitteln profitiert insbesondere die kambodschanische Oberschicht in Phnom Penh; bekanntermaßen werden eingeflogene Waffen zum Teil sogar an die Befreiungstruppen weiterverschoben. (SZ)

14.7.74
Die Roten Khmer lehnen ein Angebot Lon Nols zu bedingungslosen Verhandlungen ab. Die Verluste der Lon Nol-Armee an getöteten, verwundeten und gefangengenommenen Soldaten werden für die Zeit Mitte März bis Mitte April auf 18 200 Mann beziffert. (SZ, Indochina Information Nr. 4)

Südkorea

14.5.74
Die japanische Regierung warnt erstmals offiziell japanische Urlauber vor Reisen nach Südkorea und ordnet die Aushängung des Textes von 2 südkoreanischen Notstandsverordnungen an. Das Notstandsdekret Nr. 4 vom 3.4. stellt jede oppositionelle Äußerung unter Todesstrafe; verfolgt werden insbesondere auch alle nur indirekten Sympathiebekundungen für oppositionelle Gruppen. Das 1972 verhängte Kriegsrecht hatte bereits hohe Zuchthausstrafen vorgesehen, konnte jedoch die breite Oppositionsbewegung nicht eindämmen. 1973 hatten 450 000 japanische Touristen Korea besucht und stammten 97 % des neu ins Land hereingekommenen Auslandskapitals aus Japan, das die USA in der Gesamtsumme der Investitionen überrundete. Ende März schloß das Bonner Entwicklungshilfeministerium einen Vertrag über Hilfen in Höhe von 30 Mill. Mark; die Bundeswehr ist an der Ausbildung von Offizieren der südkoreanischen Militärdiktatur beteiligt.

Mit Unterstützung der westdeutschen Behörden sind die südkoreanischen Studenten in der BRD einer besonders intensiven Bespitzelung durch den südkoreanischen Geheimdienst KCIA ausgesetzt. 1967 konnte durch den Druck einer breiten demokratischen Öffentlichkeit die Freilassung mehrerer aus der BRD verschleppter Koreaner erreicht werden. (SZ, FR, KVZ)

11.-24.7.74
In einem nur knapp einen Monat dauernden Schauprozeß gegen 53 Gegner der Diktatur werden 15 Todesurteile verhängt; darunter gegen den Volksdichter Kim Chi Ha, weil er in 2 seiner Gedichte ("Die 5 Banditen"; "Die Stimme des Volkes") das Park-Regime angegriffen hatte. Ferner werden 15 le-

benslängliche, 18 zwanzigjährige und 6 fünfzehnjährige Zuchthausstrafen verhängt. (SZ, NZZ)

Thailand

4.6.74
Ministerpräsident Prof. Sanya stellt ein neues Kabinett mit 19 neuen und insgesamt 31 Minister vor, in dem Militär mit nur 2, allerdings entscheidenden Posten vertreten ist: Verteidigung und Inneres. 10 Sitze kontrolliert die neue "Gruppe der 99", die vor allem die Interessen der Finanz- und Agraroligarchie vertritt. (Le Monde)

15.6.74
5 000 Textilarbeiter treten für Gehaltserhöhungen und eine Änderung des Arbeitsrechts in Streik. Die Gehaltserhöhungen werden von der Regierung bewilligt. (Le Monde)

2.7.74
Mehrere 100 Bauern aus den 11 Provinzen des Landes kampieren im Zentrum Bangkoks und demonstrieren gegen die feudale Ausbeutung auf dem Lande und die Wucherzinsen der (meist chinesischen) Geldverleiher, die 10 % Zinsen fordern. In dem fruchtbaren Menamtal besitzen heute nur noch 20 % der Bauern ihr eigenes Land; vor dem Zweiten Weltkrieg waren es noch 80 %.

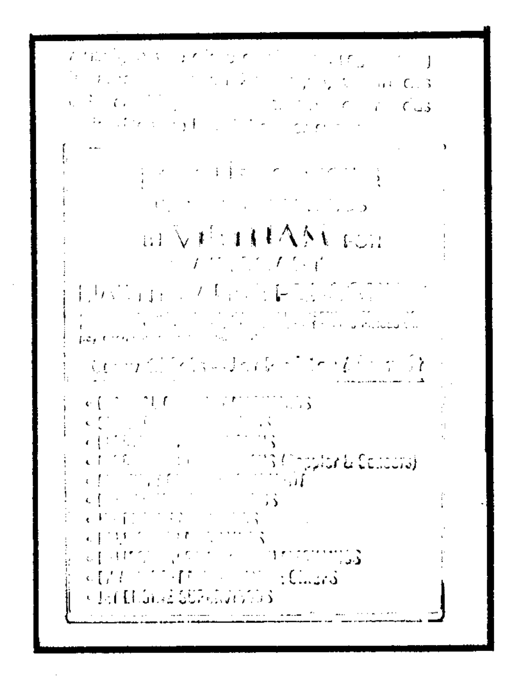
In Südwestthailand breitet sich eine Revolte muslimischer Gruppen aus; Reisende werden entführt und Bahnlinien und Straßen unterbrochen. (Le Monde)

4.7.74
Der Generalsekretär der islamischen Gipfelkonferenz kündigt die finanzielle Unterstützung der 2 Millionen islamischer Thai an; ihr Aufstand habe überwiegend wirtschaftliche Ursachen. (Le Monde)

7.7.74
Beobachter rechnen damit, daß das Militär aus Anlaß blutiger Unruhen im an Taiwan orientierten Chinesenviertel Bangkoks mit Unterstützung der Ober- und Mittelschichten der Hauptstadt eine Absetzung der Regierung Sanya versuchen könnten, unter der sich eine 1 Million starke antiimperialistische Studentenbewegung behaupten konnte, die besonders auch unter den Bauern und Arbeitern der Hauptstadt agitiert. Ein Militärcoup käme vor allem den amerikanischen und japanischen Kapitalinteressen entgegen. (Le Monde)

Vietnam

20.-23.5.74
Nach der Unterbrechung der Verhandlungen mit dem Thieu-Regime in Paris und Saigon und der Gefangensetzung der Vertreter der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams (PRR) auf dem Luftwaffenstützpunkt Than Son Nhut tritt die Befreiungsarmee zunehmend aus der Reserve und greift Militärstützpunkte, die unter Saigoner Kontrolle stehen, an. Von den Stützpunkten der US-Armee, die nach den Bestimmungen der Waffenstillstandsabkommen hätten sofort aufgelöst werden müssen und die zum Teil mitten in den befreiten Gebieten liegen, werden ständig Luftangriffe gegen Dörfer in den befreiten Gebieten geflogen. Es gelingt der Befreiungsarmee, 5 Stellungen der Saigoner Truppen im "Eisernen Dreieck" bei Saigon zu überrennen, ein Caltex-Vorratslager im zentralen Benzinvorratslager Saigons mit 1 Million Liter Benzin in die Luft zu jagen und durch die Sprengung dreier wichtiger Brücken die Verbindung der Küstenstadt Qui Non mit Saigon zu unterbrechen. In den seit 15 Monaten schwersten Kämpfen versuchen die Saigoner Truppen, die verlorenen Stützpunkte zurückzuerobern. (SZ, Indochina-Nachr. 4/1974)



20.5.74
Die USA bestätigen offiziell den Einsatz chemischer Verfahren zur Auslösung künstlicher Regenfälle in Vietnam in den Jahren 1967-1972. Die Aufwendungen für diese Maßnahmen, die durch eine Versäuerung des Bodens die Vegetation zerstören und schwere gesundheitliche Störungen verursachen, werden mit 3,6 Milliarden Dollar angegeben. (SZ)

5.6.74
Nach Angaben des US-Abgeordneten Lee Aspin haben die USA seit 1966 107,1 Milliarden Dollar für ihre Kriegsführung in Indochina ausgegeben - das 30fache dessen, was nach amerikanischen Unterlagen Nordvietnam an sowjetrussischer und chinesischer Unterstützung erhielt. (SZ)

Das Saigoner Regime vergibt an 11 amerikanische, niederländische, australische und japanische Ölgesellschaften Ölschürfrechte für die Küstengewässer. Die Kompanien zahlen 36 Millionen Dollar für die Bohrkonzessionen sowie bei einem Erfolg der Bohrungen ein zusätzliches 'Handgeld' von 10 Millionen Dollar an das Saigoner Regime. Ferner kassiert Saigon 12,5 % Abgaben auf das produzierte Öl sowie 55 % Steuer auf die Gewinne der Gesellschaften. Die PRR betrachtet diese Abkommen als illegal und ungültig. (Newsweek, SZ)

29.6.74
Die Polizei stürmt ein altes amerikanisches Schiff im Süden Saigons, auf dem ein buddhistischer Bonze wehrfähige Oberschichtkinder versteckt, um sie der Einberufung zu entziehen. (Le Monde)

2.7.74
Mehr als 300 Priester klagen "die Regierungsmaffia an, die mit der Komplizenschaft der Schieber Reis, Fette, Insektizide, Rohstoffe und pharmazeutische Produkte horten, um das Volk zu häuten...". Kurz nach der Veröffentlichung der Deklaration stürmt die Polizei die Versammlungskirche.

Der südvietnamesische Senat fordert die Entlassung des Ministers und aller hohen Angestellten des Handels- und Industrieministeriums. Sie sollen 70 % des von den USA finanzierten Fettimportes im Wert von 120 Millionen Dollar gehortet und zum mehr als doppelten Preis verkauft haben. Frau Thieu, die bei Schiebereien eine zentrale Rolle spielt und auch in diese Affäre verwickelt ist, wird in dem Bericht nicht erwähnt. (Le Monde)

Komoren

27.6.74
In der französischen Kolonie, die seit 1946 den Status einer Übersee-provinz hat, soll bis Oktober ein Referendum über die Unabhängigkeit vorbereitet werden. Die Insel Mayotte, Teil der französischen Kolonie, fordert indessen die Unabhängigkeit von den Komoren. (Le Monde)

Pakistan

26.6.74
Nach Angaben der Opposition sollen in Belutschistan durch Bombardierungen 800 Personen getötet worden sein. Die Regierung hatte am 17. April die Einstellung ihrer militärischen Operationen in Belutschistan angekündigt. (Le Monde)

Phillipinen

5.6.74
Präsident Marcos kündigt die Verlängerung des Ausnahmerechts um mindestens 5 Jahre an. Marcos wörtlich: "Das Pendel der Macht neigt sich vom Autoritarismus zur Volksherrschaft. Ich aber denke, das Volk will noch mindestens 5 Jahre autoritär regiert werden". (Le Monde)

Singapur

23.6.74
30 Mitglieder der verbotenen prochinesischen KP werden in Singapur verhaftet. (Le Monde)

Lateinamerika

7.7.74
In ihrem Jahresbericht für 1973 stellt die UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) eine für alle Länder geltende Beschleunigung der Inflation fest. Chile ist mit einer Inflationsrate von 353 % dabei am stärksten betroffen. An 2. Stelle steht Uruguay mit 97 %. Argentinien folgt mit 60,4 % nach. Neben der Inflationsbeschleunigung konstatiert die CEPAL eine steigende Auslandsverschuldung der lateinamerikanischen Länder. (NZZ)

Mittelamerika

29.5.-30.5.74
Wichtigstes Gesprächsthema einer mittelamerikanischen Gipfelkonferenz ist ein Konflikt der mittelamerikanischen Länder mit dem US-amerikanischen Bananenkonzern United Fruit Company (UFC), der diese Länder seit Jahrzehnten schon wirtschaftlich weitgehend kontrolliert: Im März dieses Jahres hatten sich die genannten Länder gemeinsam zur Erhebung einer Exportsteuer entschlossen, die auch für die Ausfuhrprodukte der UFC gelten sollte. Hierauf reagierte die UFC mit einer drastischen Einschränkung ihrer Exporte - dies, indem sie Teile der Bananenernten vernichtete (in Honduras zeitweilig bis zu 3 Tonnen pro Woche). Die Konferenz wird nach zweitägiger Dauer aufgrund eines über strittige Grenzfragen ausgebrochenen Konfliktes zwischen den Ländern Honduras und El Salvador auf unbestimmte Zeit vertagt. (SZ, NZZ)

5.6.74
Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Panama, soll die UFC maßgeblich an jetzt in Costa Rica und Honduras aufgedeckten Putschplänen mitgewirkt haben. (SZ)

Argentinien

Durch eine theatralisch inszenierte Rücktrittsdrohung und den damit erhofften Solidarisierungseffekt versucht Peron Mitte Juni noch einmal,

die in seiner einstmals breiten Anhängerschaft auseinanderstrebenden Kräfte auf seine derzeitige Politik zu verpflichten. Peron hatte in den letzten Monaten politisch zunehmend erfolgloser taktiert: So fühlen sich die argentinischen Einzelgewerkschaften in ihrer Lohnpolitik kaum noch ernsthaft an den sog. Sozialpakt gebunden, den Peron Ende letzten Jahres mit der Gewerkschaftsspitze und den Unternehmerverbänden abschloß. Auf die von Peron verfügte Preiskontrolle zur Beschneidung der Unternehmergewinne reagierten umgekehrt Unternehmer und Händler teils mit einem Investitionsstreik, teils mit Markt-Umgehungs-Strategien (Aufbau von Schwarzmärkten), teils mit einer gezielten Angebotsverknappung (Horten von Waren).

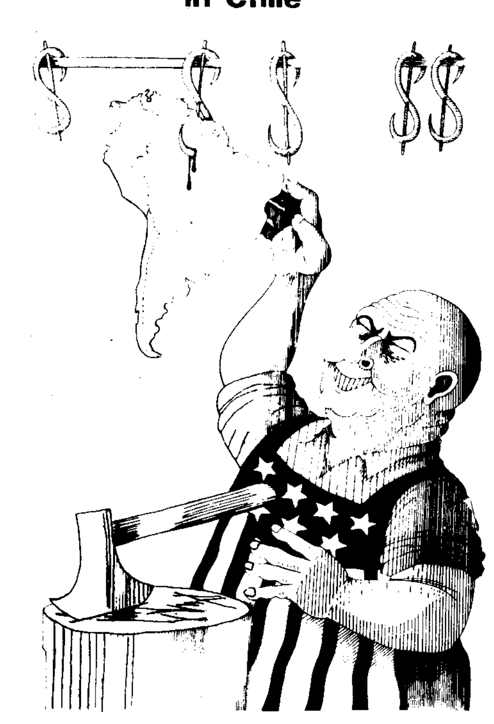
Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes plädiert Peron inzwischen auch wieder für Investitionen ausländischer Konzerne in Argentinien. In einer Rede vom 27.5. wendet er sich ausdrücklich gegen die Kritik der argentinischen Linken an den multinationalen Konzernen. (NZZ, SZ, FR)

3.7.74
Staatspräsident Peron erliegt einem Herzanfall. Mit dem Tod ihres Führers dürfte damit auch die ideologisch und organisatorisch schon lange nicht mehr als Einheit existierende peronistische Bewegung endgültig auseinanderfallen, was vermutlich auch zu einer Verschärfung der gegenwärtigen Klassenkämpfe in Argentinien führen wird.

Peron hat in seinen 3 Amtszeiten (1943-45; 1946-55; Herbst 1973 bis Juli 1974) immer wieder auf die Politik der sog. Klassenversöhnung gesetzt. Ziel dieser Politik war es, einer teils feudalen, teils kapitalistischen Klassengesellschaft die Loyalität der Bauern, Arbeiter und des Kleinbürgertums zu sichern. Das politische Rezept, dessen sich Peron dabei zu bedienen pflegte, war auf der einen Seite: Zurückdrängung des ausländischen Kapitals und eine protektionistische Außenhandelspolitik zum Schutz der nationalen arbeitskräfteintensiven Kleinindustrie (Verbesserung des Arbeitsstellenangebots), sowie zum anderen: eine im bürgerlichen Sinne progressive Sozialpolitik. Erfolge waren Peron in dieser Politik nur immer solange beschieden, wie sich die durch sie freigesetzten materiellen und politischen Bedürfnisse der Bauern und Arbeiter nicht zu verselbständigen begannen und in ihrer Eigendynamik die Klassenprivilegien des städtischen Großbürgertums und des ländlichen Großgrundbesitzes gefährdeten. (Vgl. dazu: J.E. Corradi, "Argentinien, Abhängigkeit und politische Krise", Heft 34, 1974)

Der Form nach hat Perons Stellvertreterin im Amt des Ministerpräsidenten, seine Frau Maria E. Martinez de Peron, inzwischen die argentinische Präsidentenschaft übernommen. Der "starke Mann" in der von Maria Peron jetzt präsidierten argentinischen Regierung ist der Sozialminister Lopez Rega, der nach Angaben der Süddeutschen Zeitung (5.7.74) als "Anführer des ultrarechten Flügels" der peronistischen Bewegung gilt. Der inzwischen von Rega unverhohlen zum Ausdruck gebrachte Herrschaftsanspruch scheint allerdings noch von einem Repräsentanten des mittleren Unternehmertums, José Gelbard, der auch das Vertrauen der Militärs in Argentinien genießen soll, angefochten zu werden. (SZ)

Der US-IMPERIALISMUS in Chile



Bolivien

Immer wieder auftauchende Putschgerüchte und erste mißlungene Putschversuche dokumentieren die nun endgültig aufgebrochene Spaltung innerhalb der bolivianischen Armee. Angesichts des sich entwickelnden Klassenbewußtseins auch in der bis vor einem halben Jahr noch als überwiegend regierungstreu geltenden bolivianischen Bauernschaft (die bolivianischen Arbeiter in den Erzgruben des Landes waren immer schon politisiert) und die daraus resultierenden lokalen Aufstände der letzten Monate forderte eine starke rechtsextreme Fraktion in der Armee eine verschärfte Anwendung des "brasilianischen Modells", während demgegenüber eine gleichfalls bedeutende Gruppe von zumeist jüngeren, gemäßigt reformwilligen Armeeoffizieren einen

Kurs, wie ihn die peruanische Junta verfolgt, durchzusetzen versucht. Letztere fordern in diesem Sinne eine Politik der sog. Klassenversöhnung und wenden sich gegen den, wie es heißt, "Ausverkauf" bolivianischer Interessen an Brasilien (gemeint ist damit vor allem die jüngst beschlossene Lieferung bolivianischen Erdgases an Brasilien zu "Schleuderpreisen" und die Abtretung der Ausbeutungsrechte über die Erzlager von El Mutún an Brasilien). Durch diese gegen Staatspräsident Banzer gerichtete Fraktionsbildung in der Armee, hat sich die dortige Machtbasis Banzers (Banzer ist durch die Armee an die Regierung gekommen) jetzt bedrohlich verschmälert.

5.-10.6.74
Zwei kurz hintereinander folgende Putschversuche des gemäßigten Flügels der Armee werden von regierungstreuen Truppen niedergeschlagen. (Le Monde, SZ)

10.7.74
Banzer löst das bisherige, gemischt aus Zivilisten und Militärs zusammengesetzte bolivianische Regierungskabinett auf. In der danach vorgestellten neuen Regierung sind nur noch Militärs vertreten. Der bei solchen Anlässen üblichen Gepflogenheit folgend, kündigt Banzer für das kommende Jahr freie Wahlen an. (SZ)

Brasilien

Brasilien unterzeichnet mit seinen Nachbarländern Bolivien und Paraguay weitere Abkommen, die die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Länder von Brasilien zunehmend verstärken. Ein hervorstechendes Beispiel hier ist der Mitte Mai zwischen Brasilien und Paraguay abgeschlossene Vertrag über den weiteren Ausbau des zur Zeit schon im Bau befindlichen Itaipú-Wasserkraftwerks an dem brasilianisch-paraguayischen Grenzfluß Alto Paraná. Die Kosten für dieses Unternehmen sollen weiterhin von den Vertragspartnern zu gleichen Teilen getragen werden. Zukünftiger Abnehmer der vom Kraftwerk erzeugten elektrischen Energie wird jedoch quasi allein die im Süden Brasiliens gelegene Schwerindustrie sein. Paraguay darf in Gegenleistung dazu einen Strompreis von den brasilianischen Abnehmern erheben, der jedoch um 2/3 niedriger liegen wird als der gegenwärtig in Paraguay gültige Strompreis. Da Paraguay die geforderte Investitionssumme von ca. 2,5 Mrd. Dollar nicht allein aufbringen kann, ist es auf Kredite aus Brasilien angewiesen - Kredite, die eine voraussichtliche Laufzeit von 50 Jahren haben werden.

23.5.74
Im Gegensatz zur Muttergesellschaft in Wolfsburg hält bei VW do Brasil der Absatzboom an: Im ersten Quartal 1974 stieg die Produktion wiederum um 23 %. Die Gewinne des Unternehmens beliefen sich 1973 auf 100 Mill. DM. Die Aktionäre können jetzt mit einer Dividende von 12 % rechnen.

Laut Süddeutscher Zeitung vom 18.5. wird VW do Brasil sich mit einer Investitionssumme von 400 Mill. DM an der profit-versprechenden Industrialisierung des Amazonasgebietes beteiligen, dessen infrastrukturelle Erschließung inzwischen von der brasilianischen Regierung in Angriff genommen worden ist. VW plant zunächst eine Beteiligung an der fleisch- und holzverarbeitenden Industrie. (SZ, FR)

> "Die Nation, die für die ganze Menschheit auf den Mond gefahren ist, ist auch bereit, ihr technisches Wissen im Frieden mit ihren Nachbarn zu teilen."
>
> Richard Nixon

Chile

Neuere Daten zur chilenischen Wirtschaftsentwicklung bescheinigen dem im September an die Macht gekommenen Militär-Regime in seinen sog. Bemühungen, das von Allende angerichtete "wirtschaftliche Chaos" wieder zu beseitigen, ein bisher eklatantes Versagen: Von Dezember 1973 ab haben sich bis Mai 1974 die Preise abermals mehr als verdoppelt (103 %). Die Industrieproduktion lag im März dieses Jahres um knapp 4 % unter dem Stand von März 1973. Hierbei ist daran zu erinnern, daß die Industrieproduktion den eigenen Aussagen der Junta nach in dem letzten Jahr der Allende-Regierung quasi gänzlich zum Erliegen gekommen sein soll. Die Arbeitslosenziffer wird von zuverlässigen Beobachtern für die Monate Mai/Juni mit 15-20 % angegeben. Diese Zahl dürfte sich in der nächsten Zeit noch drastisch erhöhen, denn offiziellen Angaben nach plant die Regierung aufgrund finanzieller Schwierigkeiten die Einsparung von 100 000 Personalstellen im Öffentlichen Dienst. (Mit dieser drastischen Maßnahme scheint man offensichtlich einem drohenden Staatsbankrott vorbeugen zu wollen.)

Die angesichts dieser prekären wirtschaftlichen Lage von der chilenischen Junta dringend gesuchte Hilfe von außen ist bislang noch ausgeblieben: Nach Angaben der Neuen Züricher Zeitung zeigt das ausländische Kapital, bedingt durch die in Chile gegebene "unsichere Marktlage", immer noch kein Interesse, mit größeren Investitionen in die chilenische Wirtschaft

wieder einzusteigen. (NZZ, SZ, Chile Nachrichten)

18.5.74
In einem Bericht der Internationalen Juristenkommission wird die Zahl der zur Zeit aus politischen Gründen in Chile inhaftierten Personen auf 10 000 geschätzt. Politischer Terror, Polizeiwillkür und die Folterung von Gefangenen seien in Chile, so heißt es in dem Bericht weiter, nach wie vor an der Tagesordnung. (FR, SZ)

18.-28.5.74
Auf Druck der Arbeiter des englischen Rolls-Roys-Werkes sah sich die englische Labour-Regierung gezwungen, eine mit der chilenischen Regierung getroffene Vereinbarung über die Lieferung von Flugzeugersatzmotoren rückgängig zu machen. Eine erste Auslieferung bereits fertiggestellter Motoren war zuvor schon durch Sabotage von den Arbeitern unterbunden worden. In Reaktion auf ein jetzt gleichfalls bekannt gewordenes britisch-chilenisches Abkommen über die Belieferung der chilenischen Junta mit 2 britischen Unterseebooten und 2 Fregatten haben inzwischen auch die britischen Gewerkschaften zum Boykott von englischen Rüstungslieferungen an Chile aufgerufen. (SZ, FR, Chile-Nachrichten)

8.6.74
In dem Prozeß gegen 67 Menschen, meist Angehörigen der Armee, werden die ersten vier Todesurteile gesprochen. Die Angeklagten hatten sich im September 1973 geweigert, mit den Putschisten zu kollaborieren. (SZ)



15.-17.6.74
Ein Militärgericht verhängte gegen drei Mitglieder des MIR lebenslängliche Gefängnisstrafen. (SZ)

12.6.74
Die Junta verpflichtet die Pädagogen des Landes, an Kursen für "politische Umerziehung" teilzunehmen. (FR)

22./23.6.74
Bei der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO in Genf wurde die Junta in einer Resolution aufgefordert, eine Generalamnestie zu erlassen und die Menschenrechte nicht zu verletzen. Bei der Abstimmung hatte sich der Vertreter der Regierungsvertreter der BRD der Stimme enthalten.

29.6.74
Verschiedenen Zeugenaussagen zufolge ist Walter J. Rauff, während der NS-Zeit ein enger Mitarbeiter Adolf Eichmanns, als Folterexperte bei der politischen Polizei Chiles tätig. (FR)

5.7.74
Der Kardinal von Santiago, Silva Henriquez, will seinen eigenen Angaben nach "allseitig" mit der Junta zusammenarbeiten. (FR)

15.7.74
Nach offiziellen Angaben aus der DDR sind dort bisher 1000 Chile-Flüchtlinge eingetroffen. Ein Teil von ihnen ist in andere osteuropäische Länder weitergereist. Die DDR erwartet noch weitere Emigranten. (FR)

16.5.-20.6.74
Nach offiziellen Angaben sind von den 350 in der Allende-Zeit verstaatlichten nicht-landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben insgesamt jetzt 200 an ihre früheren Besitzer zurückgegeben worden. Mit einer gänzlichen Reprivatisierung des der nicht-landwirtschaftlichen Produktion ist zur Zeit nicht zu rechnen. Die chilenische Junta hat erkennen lassen, daß sie strategisch wichtige Produktionsbereiche (Kupfer-, Öl-, Salpeterproduktion und die Energieerzeugung) weiterhin unter staatlicher Kontrollgewalt halten will. (SZ)

Cuba

2.7.74
Zum ersten Mal seit der cubanischen Revolution 1959 fanden - allerdings zunächst noch beschränkt auf eine Provinz des Landes - in Cuba öffentliche Wahlen statt. Gewählt wurden die Delegierten für ein Provinzparlament. Zur Wahl standen auf Gemeinde-Ebene jeweils mehrere Kandidaten, die zuvor gleichfalls öffentlich gewählt worden waren. Nach dem gleichen Wahlmodus soll jetzt auch in den übrigen Provinzen gewählt werden. Für einen späteren Zeitpunkt ist eine öffentliche Wahl für eine Volkskammer auf nationaler Ebene ins Auge gefaßt. (SZ)

Ecuador

Die seit zwei Jahren erschlossenen Erdölvorkommen in dem ecuadorianischen Amazonasgebiet haben Ecuador inzwischen zum zweitgrößten Mineralölexporteur Lateinamerikas gemacht. Der

Staat ist mit einem Anteil von 70 % an den Verkauferlösen beteiligt (Rest: Texaco). Davon fließt etwa die Hälfte dem Militär des Lands zu. Bei Beibehaltung des bisherigen Ausbeutungsvolumen werden die Ölvorräte in 25 Jahren erschöpft sein. (NZZ)

Peru

1.-7.6.74
In der peruanischen Armee gewinnt der Widerstand gegen die Verstaatlichungspolitik der Regierung an Breite. Der Konflikt führte bereits zur Entlassung des Marineministers Caballero und zum Rücktritt zweier weiterer Kabinettsmitglieder. In Zusammenhang damit wurde auch die rechtsstehende Partei "Acción Popular" verboten, die bis zum Militärputsch 1968 Regierungspartei war. (Le Monde, NZZ)

Uruguay

24.5.74
Mit dem Rückgang der Fleisch- und Wollexporte, dem wichtigsten Devisenbringer (die EG erließ im April ein Einfuhrverbot für Fleisch) und der Einfuhrverteuerung durch die gestiegenen Erdölpreise gerät die Wirtschaft Uruguays in zunehmende Schwierigkeiten. Um die zukünftige Wirtschaftspolitik kam es zwischen dem Staatspräsidenten Bordaberry und der Armeeführung zum Konflikt, der schließlich zur Absetzung des Oberbefehlshabers der Armee führte. Nachfolger wurde der bisherige Militärattaché in Washington. Bordaberry regiert das Land diktatorisch mit Hilfe der Armee. (SZ)

7. und 9.6.74
Die innenpolitische Unterdrückung nimmt zu. Mehrere Tonnen "marxistischer Bücher und Zeitschriften" des Verlages "Pueblos Unidos" ließ die Regierung einstampfen; für 4 Monate wurde der Verlag geschlossen. Ebenso mußte die Wochenzeitschrift "Marcha" für 20 Wochen ihr Erscheinen einstellen. (NZZ)

18.6.74
Die Internationale Juristenkommission (IJK) hat einen Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß in Uruguay politische Häftlinge fast regelmäßig unter Anwendung von Foltermethoden verhört werden (ca. 50 % der Häftlinge sollen in ihrer Haftzeit irgendwann einmal gefoltert worden sein). Dem Bericht zufolge sind in Uruguay seit 1972 3500-4000 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden, von denen heute noch 1140 - teilweise ohne Gerichtsurteil - im Gefängnis säßen. (FR)

Venezuela

14.6.74
Der rechtsstehende Präsident Andrés Perez, der vor einem halben Jahr einen eindeutigen Wahlsieg über die christlich-soziale Partei errungen hatte, kündigte an, daß in den nächsten zwei Jahren alle Ölgesellschaften gegen Entschädigung verstaatlicht werden sollen. Betroffen sind vor allem Shell und Exxon. Außerdem soll ausländischen Konzernen zukünftig an dem einheimischen Produktionskapital generell nur noch eine Beteiligung von 20 % zugestanden werden. (SZ)

Portugals große Familien

Die großen portugiesischen Bankierfamilien beeinflußten seit eh und je entscheidend die Politik, und nach dem Sturz der ihren Interessen förderlichen Diktatur bemühen sie sich, ihre Macht zu bewahren und sich mit den demokratischen Kräften zu arrangieren, ohne viel Einfluß einzubüßen. Die Diktatur hatte ihnen ein Eldorado hoher Erträge, niedriger Löhne und strammer Reglementierung der Arbeitnehmer beschert. Damit dürfte es jetzt vorbei sein. Dennoch halten es die Halbgötter Portugals mit Erich Kästner: „Fett schwimmt immer oben."

Vier Fünftel der portugiesischen Wirtschaft werden von acht allmächtigen Gruppen beherrscht. Die vierköpfige Mellos-Dynastie mit ihrer Holding CUF kontrolliert 250 Unternehmen aller Branchen im Mutterland, in Angola und Mosambik. Die Mellos haben sich allerdings unlängst aus Guinea-Bissau zurückgezogen, weil sie sich mit der von den UN als Regierung anerkannten Befreiungsbewegung unter der PAIGC-Führung kaum arrangieren können. In der Schweiz gründeten sie durch ihre Bank „Totta Allianca" eine weitere Holding zur Ausbeutung von Bodenschätzen in Angola und Mosambik.

Mit dem gesetzlich möglichen Trick, französische und westdeutsche Partner in ihr Geschäft zu nehmen, haben die Mellos sich zu einem ausländischen Unternehmen gestempelt, das nach der portugiesischen Gesetzgebung in den Kolonien ganz nach Laune verfahren darf und neben Steuerersparnissen saftige Subventionen genießt. Auch an den Werften Lisnave und Setnave in Lissabon und Setúbal ist diese superreiche Familie beteiligt.

Antonio Champalimaud, mit einer Mellos-Tochter verheiratet, und sein durch einen anrüchigen Betrugsprozeß um das Millionenerbe Sommer bekannt gewordener Clan regieren ein weiteres Imperium: fast alle Versicherungen und die Bank Pinto e Sotto-Mayor. Den Champalimauds gehören sämtliche Zementfabriken in Portugal, Angola und Mosambik. Sie vermehren ihren Reichtum als Exklusiv-Zementlieferant für den Cabora-Bassa-Staudamm. Selbstverständlich sind sie es, die die Preise diktieren, und Vater Staat zahlt und zahlt.

Die Familie Spirito Santo, die eine Bank mit dem gleichen Namen und die Banco de Lisboa betreibt, nennt 200 Gesellschaften ihr eigen. Die Copertino de Miranda-Dynastie besitzt die Großbank Banco Portugués de Atlántico und viele Betriebe in den Kolonien. Das trifft auch für die Familie Mario Quina zu, die neben der Banca Borges e Irmâo die gesamte Fremdenverkehrsindustrie in Portugal und Portugiesisch-Afrika kontrolliert. Dazu gehören ihr noch die wichtigen Tageszeitungen „Jornal do Comercio, „Diário Popular" und „Comercio do Porto".

Die Familie Jorge Brito, die vor kurzem die einflußreiche Tageszeitung „O Século" erwarb, besitzt vielfältige Interessen in Europa, USA und Brasilien. Mit diesen ausländischen Töchtern tritt sie in den portugiesischen Kolonien auf. Auch die „Banco Intercontinental" ist ihr Eigentum. Die acht Familien besitzen gemeinsam die Banco Nacional Ultramarino, die das politische Geschehen in Mosambik weitgehend diktiert.

Die Halbgötter haben ein Gespür für künftige Entwicklungen. Als sie erkannten, daß die Diktatur an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde gehen mußte, beschlossen sie, auf zwei Hochzeiten zu tanzen. Einerseits unterstützten sie die Diktatur, andererseits hoben sie mit Nonkonformisten wie Francisco Pinto-Balsemão und Caetanos Sohn Miguel die „Gesellschaft zum Studium der Wirtschafts- und Sozialentwicklung" (SEDES) aus der Taufe, die ein liberales Etikett trägt und als Exponent der gemäßigten Opposition jetzt die Interessen der portugiesischen Geldaristokratie im Zeitalter veränderter Machtverhältnisse verteidigen soll.

Einen ersten Erfolg erzielten sie bereits: Junta-Präsident General Spinola versprach den Kolonien zwar die Selbstbestimmung, betont jedoch, Unabhängigkeit stehe nicht zur Debatte. Problematisch wird es für die „Halbgötter", wenn Spínola, der Junta-Präsident wider Willen, wie einst in Ägypten General Nagib, einem portugiesischen Nasser Platz machen müßte. Die Linke argwöhnt bereits, die Intrigen der Geldaristokratie seien längst angelaufen. Was geschieht, wenn gegen die „Halbgötter" jemand eine Kampagne wegen „Kolonial-Kriegsgewinnlertums" startet?

HERMANN DEML (z. Z. Lissabon)

Frankfurter Rundschau , 17.5.74

Portugal und portugiesische Kolonien

Nach dem Putsch: Fortschreibung der Ereignisse seit Mitte Mai

14.5.74
Gemäß einem Beschluß der portugiesischen Militärjunta wird der Vorsitzende der Junta, General Spinola, als vorläufiger (d.h. bis zum Zeitpunkt der für das kommende Jahr angekündigten demokratischen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung) Staatspräsident Portugals vereidigt. Spinola ist damit u.a. befugt, im Falle einer "staatsgefährdenden Bedrohung von Innen oder Außen" den Ausnahmezustand auszurufen sowie den Ministerpräsidenten und die diesem unterstellten Kabinettsmitglieder ein- und abzusetzen - dies beides allerdings nur nach vorheriger Absprache mit einem von der Junta jetzt gleichfalls gebildeten provisorischen "Staatsrat". Dem Staatsrat gehören nach einer Ende Mai erfolgten personellen Erweiterung 21 Personen an: 7 Mitglieder der Junta, 7 Angehörige der "Bewegung der Streitkräfte" (MFA), und 7 Zivilpersonen (politische Couleur: liberal bis linksliberal) an.

15.5. - 9.7.74
Mit Billigung aller größeren politischen Machtgruppen in Portugal, die den Aufbau eines parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems befürworten, ernennt General Spinola den im bürgerlichen Sinne liberalen Rechtswissenschaftler Palma Carlos zum Ministerpräsidenten eines Mitte-Links-Kabinetts, der bis zu den von der Junta für 1975 angekündigten Parlamentswahlen Portugals Regierungsgeschäfts wahrnehmen soll.
Dem neunköpfigen Kabinett gehören neben 4 Vertretern des sog. liberalen Bürgertums 2 Vertreter der von Mario Soares geführten Sozialistischen Partei (Soares selbst bekleidet das Außenministerium), 2 Angehörige der moskau-orientierten Kommunistischen Partei (ihr Vorsitzender Alvaro Cunhal ist Staatsminister ohne bes. Geschäftsbereich) und ein sog. Links-Katholik (Pereira de Moura) an.

Obwohl in dieser Frage weiterhin nichts Definitives zu erfahren ist, dürfte die Palma-Carlos-Regierung ziemlich genau die politischen Kräfteverhältnisse in der MFA (Bewegung der Streitkräfte), die auch nach dem von ihr durchgeführten Putsch vom 25.4. als durchorganisierte politische Machtgruppe fortbesteht, widerspiegeln. Politisch nicht-repräsentiert in der Palma-Carlos-Regierung sind entsprechend dem Programm der MFA (vgl. iz-Chronik Heft 35) rechts-konservative und faschistische politische Gruppierungen sowie die inzwischen in Portugal sehr einflußreich arbeitenden links-revolutionären Gruppen.

Eine zumindest direkte personelle Repräsentierung im Kabinett von Palma Carlos fehlt auch dem portugiesischen Großkapital. Ein Einfluß von dorther auf die Regierung ist jedoch über Staatspräsident Spinola selbst und über die bürgerlichen Vertreter im Kabinett gesichert. Dementsprechend ist bereits im Regierungsprogramm der Übergangsregierung unter Palma Carlos ausdrücklich festgehalten, daß das Privateigentum in Portugal weiterhin den Schutz des Staates genießen soll, daß die Regierung sich um das Vertrauen investitionswilligen ausländischen Kapitals bemühen will, daß sie ihren Bündnisverpflichtungen in der NATO gewissenhaft nachkommen will und daß sie an den "Freundschaftsverträgen mit England, Spanien und auch Brasilien festhalten wird. (vgl. SZ 18.5.) Diese Programmpunkte werden von den Angehörigen der PSP (Sozialistische Partei) im Regierungskabinett nach außen hin offen mitvertreten. Außenminister Soares erweist sich über eine Vielzahl von Auslandsreisen sogar als besonders aktiv in der Vertrauens-Werbung um ausländisches Investitionskapital. Kabinettsmitglied und Vorsitzender der PCP (Kommunistische Partei), Alvaro Cunhal distanziert sich demgegenüber zumindest insoweit von dem kapitalismus-freundlichen Kurs der Palma-Carlos-Regierung, als er erklärt: Um der "Absicherung der Demokratie" willen, müsse solch eine Politik zunächst einmal mitverantwortet werden. Erst später könne an eine spezifisch proletarische Politik zu denken sein. (NZZ, 30.5.74)

Offen strittig zwischen der Rechten und Linken im Kabinett der Übergangsregierung Palma Carlos ist von Anbeginn an die sog. Dekolonialisierungsfrage. Sozialisten und Kommunisten vertreten hier im wesentlichen die Position der für Angola, Mozambique und Guinea-Bissao relevanten Befreiungsbe-

wegungen (sofortige Unabhängigkeit für die Kolonien), während die politische Rechte eine neokoloniale Lösung, wie sie von Spinola gefordert wird, befürwortet (mehr dazu siehe unten).

15.5.74
Per Dekret sind weitere 42 Generäle und Admiräle, denen Kooperation mit dem Caetano-Regime vorgeworfen wird, "in die Reserve" versetzt worden. Kurz nach dem Putsch vom 25.4. waren bereits 25 Generäle zwangspensioniert worden. Infolge massiven Drucks seitens der Arbeiter und Angestellten kommt es auch in zahlreichen Industriebetrieben, in Zeitungen, in Rundfunk



und Fernsehen und in der Verwaltung zur Entlassung von Personen in führenden Positionen, die beschuldigt werden, dem Caetano-Regime Handlangerdienste geleistet zu haben. Desgleichen läuft die Fahndung nach Angehörigen der inzwischen aufgelösten Geheimpolizei (DGS) weiter. Von den ehemals 1800 Agenten der DGS sind inzwischen knapp die Hälfte verhaftet worden.

17.5. - 19.6.74
Von den für die portugiesischen Kolonien relevanten Befreiungsbewegungen tritt die PAIGC (Guinea-Bissau) als erste mit der provisorischen Regierung unter Palma Carlos in Verhandlungen über die Dekolonialisierungsfrage ein. Diese ziehen sich mit Unterbrechungen über mehr als einen Monat hin und werden schließlich am 19.6. ohne konkretes Ergebnis abgebrochen.

Aufgrund der Uneinigkeit zwischen der Linken und Rechten in der derzeitigen portugiesischen Staatsführung war ein Scheitern der Verhandlungen schon vor ihren eigentlichen Beginn vorprogrammiert. Die Rechte stimmt zwar in Bissau-Guinea-Frage mit der Linken insoweit überein, als sie eine politische Lösung, die Portugal auch weiterhin einen politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Guinea-Bissau sichert, aufgrund der militärisch-strategischen Überlegenheit der PAIGC in Guines-Bissau nicht mehr für möglich hält. Kontroverse Einstellungen zeigen sich jedoch in der Kapverden-Frage und in der Frage, in welcher Form Guinea-Bissau zur Unabhängigkeit gelangen soll.

Verhandlungsziel der Rechten bezüglich der Kapverdischen Inseln war zunächst einmal, den Hoheitsanspruch der PAIGC auf diese Inseln (sie sind der Küste Guinea-Bissaus vorgelagert und bildeten unter portugiesischer Kolonialherrschaft zusammen mit Guinea-Bissau eine Verwaltungseinheit) gänzlich zurückzuweisen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen schien man in dieser Frage dann allerdings zu einem Kompromiß bereit, der Portugal auf jeden Fall weiterhin die Hoheit über die auf den Kapverdischen Inseln postierten international wichtigen Flug- und Funkeinrichtungen (u.a. soll sich dort auch eine geheime militärische Flugbasis der USA befinden) garantieren soll. Auf dieser Basis hätte offensichtlich auch eine Einigung mit der PAIGC zustande kommen können.

Verhandlungsziel der portugiesischen Rechten bezüglich der Wahl des Weges, über den Guinea-Bissau die Unabhängigkeit erlangen soll, ist das Referendum: In einer Volksbefragung soll die Bevölkerung Guinea-Bissaus über die Frage der Unabhängigkeit selbst entscheiden. Spinola und seine politischen Gesinnungsfreunde in Portugal sind sich dabei sehr wohl der Tatsache bewußt, daß die PAIGC zumindest auf dem Festland ein solches Referendum eindeutig für sich entscheiden würde. Die hinter der Forderung nach einem Referendum für Guinea-Bissau verborgene Absicht zielt deshalb auf etwas anderes ab: über die Durchführung einer Volksbefragung soll in Guinea-Bissau ein gegen die FRELIMO in Mozambique und die MPLA in Angola propagandistisch ausschlachtbarer Präzedenzfall geschaffen werden. Anders als die PAIGC in Guinea-Bissau verfügt die FRELIMO und noch weniger die MPLA in Mozambique bzw. Angola über ausreichend verzweigte und politisch schlagkräftige Basisorganisationen, um bei der Durchführung eines Referendums in Angola oder Mozambique dem portugiesischen Propaganda-Verwaltungs- und Polizeiapparat so zu neutralisieren, daß ein von portugiesischer Seite nicht manipuliertes Ergebnis zu erhoffen wäre. Ein Referendum in Angola und Mozambique böte von daher umgekehrt Portugal genau die Chance, auf die Spinola und die von ihm repräsen-

tierte Rechte in Portugal im Moment zu warten scheint: Ein scheindemokratisches Spektakel, das der portugiesischen Afrikapolitik in Angola und Mozambique den Weg in die neokoloniale Phase ebnet. In Spinolas eigenen Worten hört sich das zuletzt Gesagte so an: Ziel der zukünftigen Politik Portugals müsse es sein, "das Überleben der Nation als souveränes Vaterland in seiner mehrkontinentalen Gesamtheit zu garantieren" (zitiert aus Spinolas erster öffentlicher Rede nach dem Putsch). Seine Referendumsstrategie präzisiert Spinola am 13.6. vor der Presse wie folgt:

1) Abschluß eines Waffenstillstands mit den Befreiungsbewegungen;
2) Ausbau von Wirtschaft und Administration in den Kolonien;
3) Einrichtung demokratischer Institutionen;
4) Durchführung eines Referendums mit 3 alternativen Entscheidungsmöglichkeiten:
   a) enge Föderation von Mutterland und Kolonien;
   b) lockere Föderation zwischen den Territorien;
   c) volle Unabhängigkeit.

Die Verwirklichung der 4 Punkte soll schrittweise hintereinander in Angriff genommen werden. Spinola will also zunächst einmal Zeit gewinnen, wobei offensichtlich über Realisierung von Punkt (2) und (3) für das erst in Punkt (4) in Aussicht gestellte Referendum eine für die portugiesische Seite günstige Vorentscheidung angestrebt wird.

Wenn sich nun, wie bereits erwähnt, die Verhandlungen der portugiesischen Regierung mit der PAIGC ungeachtet dieses sehr durchsichtigen Verhandlungsziels der hinter Spinola stehenden portugiesischen Rechten dennoch über mehr als einen Monat hingezogen haben, so wahrscheinlich deshalb, weil die Verhandlungsführung auf portugiesischer Seite in der Hand von Außenminister Soares lag. Als Vertreter der (mit Regierungs-Verantwortlichkeiten betrauten) portugiesischen Linken, die in der Dekolonialisierungsfrage im wesentlichen die Position der Befreiungsbewegungen vertritt, wird Soares sich vermutlich um ein für die PAIGC (und für die hinter ihr stehenden Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique) faires Verhandlungsergebnis bemüht haben. Dies nun möglicherweise in der Hoffnung, für ein solches Ergebnis die Zustimmung der MFA (Bewegung der Streitkräfte) zu finden, die ihrerseits dann als die in Portugal nach wie vor dominierende politische Kraft, Staatspräsident Spinola und die Rechte im Kabinett Palma Carlos gleichfalls zur Einwilligung in eine für die Befreiungsbewegungen akzeptable Lösung der Unabhängigkeitsfrage hätte zwingen können.

Aus der gegenwärtigen Sicht kann der am 19.6. erfolgte Abbruch der Verhandlungen zwischen der portugiesischen Regierung und der PAIGC nicht unbedingt schon als Beweis dafür gelten, daß sich eine solche Spekulation Soares' als unrichtig erwiesen habe. Die 3 Wochen nach dem genannten Verhandlungsabbruch von der MFA unter Umgehung General Spinolas und Palma Carlos eigenhändig besorgte Regierungsumbildung könnte sich möglicherweise als ein Vorgang erweisen, aus dem Soares, was die Frage einer fairen Verhandlungsführung mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen anbelangt, der Rechten gegenüber gestärkt hervorgeht.

20.5.74
Mit Billigung Staatspräsident Spinolas setzen sich die Führer des am 25.4. in Portugal entmachteten faschistischen Regimes, Caetano (Ministerpräsident) und Thomaz (Staatspräsident), nach Brasilien ab. Spinola zieht damit zum ersten Mal scharfe öffentliche Kritik auf sich. (Reuter).

25.5.74
In einer von der PSP (Sozialistische Partei) und der PCP (moskau-orientierte Kommunisten) mitgetragenen Entscheidung setzt die portugiesische Regierung eine bei 330 DM liegende Mindestlohngrenze fest. Diese Lohnmarkierung will die Regierung zugleich auch als Lohnleitlinie für anstehende Lohnverhandlungen verstanden wissen. Die Regierung beabsichtigt mit diesem Schritt, mäßigend auf die jetzt in nahezu allen Bereichen der portugiesischen Industrie und Verwaltung gestellten Lohnforderungen von Arbeiter und Angestellten einzuwirken. Diese Lohnforderungen liegen im Durchschnitt bei etwa 600 bis 700 DM und übersteigen damit nach Auffassung a l l e r an der Regierung beteiligten Parteien die gegenwärtige Leistungsfähigkeit der portugiesischen Wirtschaft. Teile der portugiesischen Arbeiterschaft reagieren mit hörbarem Protest auf diesen Eingriff der Regierung in von den Gewerkschaften gerade erst erlangte Tarifautonomie und geben in der Folgezeit durch ein Festhalten an Lohnforderungen, die die sog. Mindestlohngrenze zumeist um ein doppeltes übersteigen, zu erkennen, daß sie nicht bereit sind, die Lohnpolitik der Regierung als für sie verbindlich anzuerkennen. Widerstand zeigen hier insbesondere die Arbeiter und Angestellten der Post. Auf die wiederholte Ablehnung ihrer vergleichsweise hohen Lohnforderungen, die zudem noch mit der Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung (auf 36 Stunden) verknüpft sind, reagieren sie mehrfach mit tagelangen Streiks und mit Straßendemonstrationen. Erst der Einsatz von Militär und Polizei zwingt sie dann zum Einlenken.

Diese Entwicklung verdient insofern Interesse, als durch sie sichtbar geworden ist, daß die portugiesische Arbeiterschaft keineswegs geschlossen hinter der PCP steht. Gerade nämlich die PCP zeigte sich bisher in besonderer Weise bemüht, durch öffentliche Appelle zur "Lohndisziplin" der Regierung in ihrer Lohnpolitik den Rücken zu stärken. Daß diese Appelle in Teilen der Arbeiterschaft unbeachtet blieben, könnte ein Hinweis darauf zu sein, daß die PCP in der Arbeiterschaft gegenüber der revolutionären Linken an Boden verloren hat. Die ungewöhnliche Heftigkeit, mit der sich zur Zeit die Führer der PCP in der Öffentlichkeit gegen Aktionen linksrevolutionärer Gruppen wenden, scheint als eine Bestätigung dafür gewertet werden zu können. (Die PCP rückt mit diesen Attacken übrigens in eine bedauerliche Nähe zu General Spinola, der seit Antritt seines Amtes als Staatspräsident in der Öffentlichkeit keine Gelegenheit mehr auszulassen scheint, sich mit stetig steigender Polemik mit der außerhalb der Regierung stehenden Linken auseinanderzusetzen.)

28.5.74
Zwischen der Befreiungsbewegung MPLA (Angola) und dem portugiesischen Außenminister Soares kommt es zu einem ersten kurzen Kontaktgespräch. Über den Gesprächsverlauf wird nichts näheres bekannt. Das Gespräch dürfte jedoch zu keinerlei konkretem Ergebnis geführt haben.

Über die Position, die die MPLA in bezug auf mögliche Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung (Verhandlungen, die aber sicher erst für eine spätere Zukunft realistisch zu erwarten sind) einnehmen könnte, läßt sich zur Zeit nur dies sagen:
1) Ablehnung des von der Spinola-Fraktion in der portugiesischen Regierung angebotenen Referendums (als Weg zur Lösung oder vermeintlichen Lösung der sog. Dekolonialisierungsfrage): Agostinho Neto (Vorsitzender der MPLA) erklärt dazu am 27.5.: Eine von den Portugiesen organisierte Abstimmung komme nicht in Frage, da Portugal in Angola über die Verwaltung, die Armee und die Polizei verfüge und somit keine Gewähr bestehe, daß bei einem Referendum ein seriöses Ergebnis herauskomme.
2) Ablehnung der portugiesischen Forderung nach einem Waffenstillstand als Vorbedingung für die Aufnahme von Unabhängigkeitsverhandlungen.

Anders als die FRELIMO in Mozambique oder die PAIGC in Guinea-Bissau würde die MPLA jetzt und auch in der näheren Zukunft in Angola unter außerordentlich ungünstigen Bedingungen mit der portugiesischen Seite, soweit hier die von Spinola repräsentierte Rechte den Einfluß, wie sie ihn bisher auszuüben vermochte, auch weiterhin geltend machen kann, verhandeln müssen: Zum einen konkurrieren politisch in Angola mit der MPLA noch 2 weitere Befreiungsbewegungen (ob nun mit Recht so genannt oder nicht, sei hier dahingestellt), das ist: die "UNITA" und die "FLNA". Beide Gruppen sind in ihrer Kampfkraft der MPLA unterlegen, verfügen jedoch in der Bevölkerung der Gebiete, in denen sie militärisch operieren oder politisch aktiv sind, über einige Sympathien. Da die MPLA es bislang nicht vermocht hat, mit der FLNA und der UNITA einen gemeinsamen politischen Nenner zu finden, besteht jetzt die Gefahr, daß die portugiesische Seite zunächst versuchen könnte, beispielsweise durch Ämterangebote in Regierung und Verwaltung zu einem Einvernehmen mit der UNITA und der FLNA zu gelangen (und das dürfte ihr zumindest in bezug auf die UNITA nicht besonders schwerfallen, wenn den immer wieder auftauchenden Gerüchten Glauben zu schenken ist, daß ohnehin schon seit längerer Zeit zwischen der UNITA und der portugiesischen Armee ein militärisches Stillhalteabkommen existiert), um dann beide Gruppen politisch gegen die MPLA auszuspielen. Ansätze einer solchen Entwicklung scheinen sich jetzt schon abzuzeichnen: So formulierte Holden Roberto in der 2. Mai-Woche ein Verhandlungsangebot an die portugiesische Regierung, in dem, so wörtlich, die "Respektierung der Rechte der Angolaner auf 'Selbstbestimmung und Unabhängigkeit' gefordert wird". Schaut man etwas genauer auf diese Formulierung, so kann man aus dem Wort "Selbstbestimmung" bereits ein verbales Zugeständnis an die portugiesische Seite herauslesen. "Selbstbestimmung" (vermittels eines Referendums) ist bekanntlich (vgl. iz-Chronik, Heft 35) der zentrale Be-

---

Die wirtschaftlich-politische Entwicklung in

PORTUGAL

gefällt mir nicht. Aus diesem Grunde möchte ich meinen gutgehenden und gut organisierten Produktionsbetrieb mit 100% Wachstumsrate und 30% Nettorendite nicht weiter ausbauen und suche deshalb

NEUE AUFGABE

in Deutschland — Spanien — Brasilien. Ich bin Deutscher, 45 Jahre, Dipl.-Ing., beste Referenzen, guter Allround-Fachmann, sportlich, vital, gewandter Kaufmann, fünfsprachig und sofort frei. Mich würde die Leitung bzw. der Aufbau eines neuen Unternehmens interessieren. Welche namhafte Firma hat ein geeignetes Projekt und braucht den richtigen Mann oder Partner?

Persönlicher Kontakt in der letzten Juni- oder ersten Juliwoche in Deutschland.

Gebot unter V K 333244 an die Frankfurter Allgemeine, 6 Ffm. 1, Postfach 2901.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.6.74

---

griff in den Verhandlungsangeboten, wie sie Spinola, Gomes und andere Vertreter der portugiesischen Rechten bisher mehrfach an die Befreiungsbewegungen ergehen ließen. Ein demgegenüber noch konkreter faßbarer Annäherungsprozeß scheint mittlerweile zwischen der UNITA und der portugiesischen Regierung in Gang gekommen zu sein: Laut Reuter-Nachricht vom 17.6. ist das portugiesische Oberkommando mit der UNITA übereingekommen, in, wie es hieß, "Vorbereitung eines Waffenstillstands einstweilig alle Feindseligkeiten einzustellen".

Für die MPLA kommt im weiteren erschwerend hinzu, daß der Befreiungskrieg in Angola mit und ohne der UNITA und der FLNA bei weitem noch nicht so weit fortgeschritten ist wie etwa in Mozambique oder Guinea-Bissau. Das koloniale Verwaltungs- und Ausbeutungssystem der Portugiesen in Angola ist in seiner Funktionsfähigkeit durch die militärischen Operationen der dortigen Befreiungsbewegungen noch kaum ernsthaft beeinträchtigt.

Zum dritten ist zur strategischen Lage der MPLA in Angola anzumerken, daß die MPLA in ihrer Forderung nach einem unabhängigen Angola mit einer massiven Gegenwehr der in Angola ansässigen Weißen-Bevölkerung rechnen muß. Wiederum anders als in Guinea-Bissau und Mozambique stellen die in Angola ansässigen 500 000 Europäer bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 5 Millionen ein relativ großes Bevölkerungskontingent (in Guinea-Bissau: 15 000; in Mozambique: 100 000). Entsprechend dieser für sie günstigen demographischen Voraussetzung schlägt auf seiten der Europäer in Angola die zunächst durch den Putsch vom 25.4. ausgelöste Unruhe nicht etwa wie in Mozambique in Furcht und Fluchtpanik um, sondern vielmehr umgekehrt in eine aggressive Entschlossenheit, notfalls eigenhändig (nach dem Vorbild Rhodesiens) ihre kolonialen Privilegien gegenüber der einheimischen afrikanischen Bevölkerung zu verteidigen. Erste blutige Zusammenstöße zwischen Schwarzen und Weißen im Verlaufe politischer Demonstrationen von streikenden schwarzen Arbeitern und von MPLA-Anhängern in Luanda dokumentieren diese Entschlossenheit der Europäer, sich auch weiterhin in Angola als herrschende Klasse zu behaupten.

Zum vierten schließlich - und das könnte die Chance der MPLA zur Durchsetzung ihrer Unabhängigkeitsforderung negativ am stärksten tangieren - ist hier noch der gegenüber Guinea und Mozambique entschieden größere imperialistische Marktwerk Angolas anzuführen: Im Boden von Angola finden sich reichhaltige Lagerstätten an Erzen, Edelsteinen und Öl, wobei sich ausländische Konzerne in den vergangenen Jahren über hohe Kapitalinvestitionen bereits einen ersten Zugang zu diesen Bodenschätzen verschafft haben. Diese Konzerne und die hinter ihnen stehenden Regierungen in Westeuropa und Nordamerika werden von daher, so muß vermutet werden, keine Kosten scheuen, der MPLA als einer dezidiert sozialistisch orientierten Befreiungsbewegung den Weg zur Übernahme der Regierungsgewalt in Angola zu versperren.

Die vorweg skizzierte strategisch ungünstige Ausgangsposition der MPLA für etwaige Verhandlungen mit Portugal ist wohl auch der Grund dafür, daß die MPLA auf den Putsch in Portugal gegenwärtig mit einer verstärkten Kampftätigkeit reagiert - eine Kampftätigkeit, in der die MPLA ihren eigenen Presseerklärungen nach einige gewichtige Erfolge erzielen konnte. Die portugiesische Armeeführung bestätigte dies letzte insoweit, als sie Anfang Juni für den Monat Mai für ihre Truppen in Angola eine überdurchschnittliche Verlustrate an Menschenleben bekanntgibt. (S.Z., 6.6.)

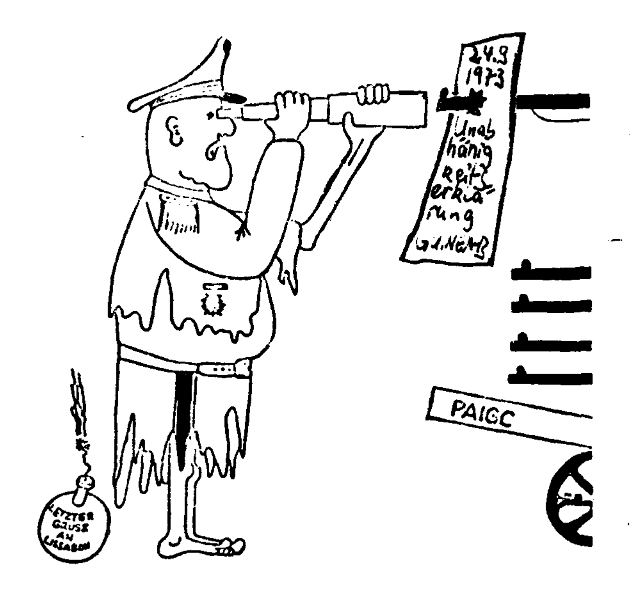
27.5.74

Ein gemeinsamer Kongreß von 5 verschiedenen politischen Aktionsgruppen, die ideologisch links von der regierungsloyalen PSP und PCP anzusiedeln sind, und eine sich diesem Kongreß anschließende Demonstration, in der die Freilassung eines in Guinea-Bissau verhafteten cubanischen Armeeoffiziers (Pedro Peralta) gefordert wird (Gerüchten nach soll Peralta gegen einen in Cuba inhaftierten Spitzenagenten des amerikanischen CIAs ausgetauscht werden), wird zum aktuellen Auslöser einer ersten gegen die Aktionen der revolutionären Linken gerichteten Propaganda-Offensive seitens jener politischen Machtgruppen, die gegenwärtig in Portugal Regierungsverantwortung tragen. Führende Mitglieder der PCP treten dabei ähnlich offensiv in Erscheinung wie beispielsweise Staatspräsident Spinola und sein Stellvertreter General Costa Gomes. "Verbrechen gegen die politische Ordnung", so formuliert Gomes, "werden zukünftig nicht mehr geduldet". Spinola spricht mit Blick auf die oben angesprochenen Aktionsgruppen von "Kräften, die Portugal mit Anarchie zu unterhöhlen" suchen und warnt mit den Worten, "die Streitkräfte werden mit Gewalt zurückschlagen, wenn es nötig werden sollte". Die PCP spricht von politischen "Provokateuren" und sieht hinter der Arbeiter-Agitation linksrevolutionärer Gruppen "Agenten der Industrie und des Faschismus" in Aktion.

Schon Wochen vor dem eingangs erwähnten Kongreß hatten Vertreter der jetzt in der beschriebenen Weise attackierten Linksgruppen ihrerseits bereits wiederholt ihre Haltung zum politischen Kurs der Militärs und der regierungsloyalen politischen Parteien unmißverständlich klargemacht: So

sprach man hinsichtlich der Junta unter Führung General Spinolas von der "Junta zur Rettung des Kapitals". Von der PCP und der PSP distanzierte man sich mit der Auffassung, daß der Faschismus in Portugal so lange nicht wirklich besiegt sei, wie die politische Macht in Portugal nicht in den Händen der Arbeiter sei.

5.6.74
Auf Druck der Soldaten räumt eine portugiesische Garnison ohne diesbezüglichen Befehl von höherer Armeestelle den Stützpunkt Jamberem im Süden Guinea-Bissaus. Ähnliches soll sich zuvor in 2 anderen portugiesischen Garnisonsstützpunkten des Landes ereignet haben. Auch aus Mozambique dringen mehrfach Gerüchte darüber in die Öffentlichkeit, daß einzelne portugiesische Kampfeinheiten Einsatzbefehle verweigert und eine Versöhnung mit gegnerischen Soldaten gesucht hätten.



5.6.74
Nach längeren Vorverhandlungen auf Mittelsmänner-Basis kommt es 6 Wochen nach dem Putsch in Portugal zu einem ersten direkten Gespräch zwischen der portugiesischen Regierung (Verhandlungsführer wiederum Außenminister Soares) und der in Mozambique kämpfenden Befreiungsbewegung FRELIMO. Zur Verhandlung stehen die Bedingungen für einen Waffenstillstand in Mozambique. Eine Einigung wird nicht erzielt. In dem Verhandlungskommuniquè heißt es dazu von seiten der FRELIMO: Eine Einstellung der militärischen Operationen sei erst dann möglich, wenn mit der portugiesischen Regierung "eine Übereinkunft über grundsätzliche politische Prinzipien" erfolgt sei.

Verhandlungsziel der FRELIMO ist diesbezüglich: Verzicht der portugiesischen Regierung auf das von General Spinola und der von ihm repräsentierten Rechten in Portugal wiederholt geforderte Referendum als Mittel zur Entscheidung der Zukunft Mozambiques.

In Übereinstimmung mit der MPLA in Angola und der PAIGC in Guinea-Bissau äußert die FRELIMO in diesem Zusammenhang die Befürchtung, daß Portugal in Mozambique (und Angola) noch über ausreichend wirksame Druckmittel verfügt (Presse, Rundfunk, Verwaltung, Polizei, Armee usw.), um ein Referendum zu seinen Gunsten, d.h. im Sinne einer neokolonialen Lösung, entscheiden zu können.

Entsprechend dieser Stellungnahme zu der, wie es auf portugiesischer Seite genannt wird, "Dekolonialisierungsfrage" hat die FRELIMO bislang noch keine Anstalten gezeigt, ihre Kampftätigkeit in Mozambique einzustellen. Im Gegenteil, von Mitte Juni ab geht die FRELIMO in mehreren Landesteilen gleichzeitig zu einer neuen breit angelegten militärischen Offensive über - eine Offensive, die die FRELIMO in einer in dieser Form bisher noch nicht erlebten militärischen Stärke zeigt: So wird am 24.6. in massierten Bombenanschlägen die Eisenbahnlinie von Beira nach Tete (Nachschubslinie für Cabora Bassa) zugleich an 28 Stellen unterbrochen. In der Provinz Monica e Sofala (im Süden Mozambiques), in der eine Vielzahl von weißen Siedlern ansässig sind, gelingt es der FRELIMO, wie zahlreiche Anschläge auf portugiesische Militärposten und -depots beweisen, endgültig fest Fuß zu fassen. Nach einer Meldung vom 15.7. steht inzwischen die strategisch wichtige Stadt Morrumbala kurz vor der Einnahme durch FRELIMO-Einheiten.

Mit diesen und ähnlichen Aktionen, deren Erfolg offensichtlich auch dadurch möglich wurde, daß die portugiesische Armee in Mozambique militärischen Operationen der FRELIMO nur noch zögernden Widerstand entgegensetzt, scheint es der FRELIMO inzwischen gelungen zu sein, in weiten Teilen der Weißenbevölkerung des Landes die Hoffnung auf eine Rhodesienlösung zu zerstören. Nach letzten Angaben sollen bereits 30 000 Portugiesen (Gesamtzahl der Portugiesen in Mozambique ca. 100 000) eine Ausreise per Schiff oder Flugzeug aus Mozambique gebucht haben. Demgegenüber schreitet in einigen Teilen der weißen Siedlerschaft auf dem Lande die Selbstbewaffnung weiter fort - dies mit dem Ergebnis sich häufender blutiger Zusammenstöße zwischen weißer und schwarzer Zivilbevölkerung.

Ungeachtet der militärisch zunehmend überlegener in Erscheinung tretenden FRELIMO, versuchen gegenwärtig in Mozambique in wachsender Zahl politische Machtspekulanten, das öffentliche Interesse in und außerhalb von Mozambique auf sich zu ziehen - dies offenbar in der Absicht, für den Fall eines Rückzugs Portugals aus Mozambique die FRELIMO bei einer künftigen Regierungsbildung zu einer Machtteilung zu zwingen. So tritt neben der

GUMO (vgl. iz-Chronik, Heft 34), die neuerdings unter der Bezeichnung FRECOMO firmiert, überraschend lautstark wieder die sog. Befreiungsbewegung COREMO in Erscheinung. Die COREMO ist ein seit 1969 (kümmerlich) existierendes rechtes Abspaltungsprodukt der FRELIMO. Zu neuer Aktivität ist auch die sog. UNIPOMO erwacht. Die UNIPOMO steht unter der Führung eines desertierten FRELIMO-Zentralkomitee-Mitglieds. Im weiteren meldet auch eine jetzt erst neu gegründete politische Gruppierung unter Bezeichnung "FUMO" Machtansprüche an. Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang noch die Person des in Mozambique ansässigen portugiesischen Großkaufmanns George Jardim. Jardim war bis zum Zeitpunkt des Putsches in Portugal radikaler Parteigänger Salazars und Caetanos. Das hindert ihn neuerdings jedoch nicht daran, wiederholt die Absicht zu äußern, einer etwaigen unabhängigen Regierung von Afrikanern in Mozambique (gleich welcher Couleur) gleichfalls seine Dienste als Politiker und Geschäftsmann anzubieten.

All den vorweg genannten politischen Gruppen ist gemeinsam, daß sie ihren öffentlichen Erklärungen nach ohne politische Vorbedingungen mit der portugiesischen Regierung verhandeln wollen (und von daher wohl auch in Spinolas Referendums-Pläne einzuwilligen bereit sind). Dieses Entgegenkommen hat ihnen bislang allerdings noch keinen sichtbaren Erfolg eingetragen. Kurz nach seinem ersten Gespräch mit der FRELIMO stellte Außenminister Soares (in seiner regierungs-offiziellen Funktion als Führer der Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen) gegenüber klar, daß als offizieller Verhandlungspartner in Mozambique für Portugal nur die FRELIMO in Frage komme.

7.6.74
Mit der Verhaftung von Josè Saldanha Sanchez, dem Herausgeber der linksrevolutionären Zeitung "Luta Popular" (Begründung: Saldanha habe in der genannten Zeitung portugiesische Soldaten in den afrikanischen Kolonien zur "Desertion in Massen und mit Waffen" aufgefordert), treten die in Portugal seit dem Putsch etablierten Machtgruppen gegenüber der revolutionären Linken zum ersten Mal mit einer konkret repressiven Aktion in Erscheinung. Weitere Schritte ähnlichen Charakters folgen nach: Abbruch einer Fernsehsendung, in der der Patriarch der katholischen Kirche in Portugal, Kardinal Cerejeira, bei einer Angehörigen der ehemaligen Geheimpolizei geltenden Segenserteilung dargestellt wird; Übernahme der Führungsfunktionen in der wichtigsten portugiesischen Rundfunkstation durch vier Armeeoffiziere (diese vom Informationsminister der Regierung gebilligte Maßnahme verfolgt, wie es in der NZZ vom 22.6. heißt, den Zweck, "den Einfluß von Linksextremisten in den Medien zu beschränken"); Erlaß eines Pressegesetzes, das "bei Verstößen gegen das Programm der Streitkräfte, Aufforderungen zum Streik oder zum militärischen Ungehorsam, Beleidigung des Präsidenten und der Regierungsmitglieder sowie ausländischen Staatsoberhäupten Strafen bis zu umgerechnet 50 000 DM und ein Publikationsverbot von bis zu 60 Tagen Dauer androht" (SZ, 24.6.); Einsatz von Militär und Polizei bei einer nicht zugelassenen Demonstration von Postarbeitern.

19.6.74
Auf einen während der Ministerratstagung der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) mehrheitlich gefaßten Beschluß hin, wird den Befreiungsbewegungen in Mozambique und Angola seitens der OAU empfohlen, den Kampf gegen die portugiesische Armee bis zur Erreichung der vollständigen Unabhängigkeit fortzusetzen. Ein Versuch der Konferenzteilnehmer, zwischen der MPLA und der FNLA eine politische Versöhnung herbeizuführen, bleibt ohne Erfolg. (NZZ)

20.6.74
General Spinola konferiert mit US-Präsident Nixon. Offizieller Gesprächsanlaß ist die Verlängerung des Pachtvertrages über den US-Luftwaffenstützpunkt auf der portugiesischen Azoreninsel Terceira. Entgegen den politisch üblichen Gepflogenheiten befindet sich Spinola nicht in Begleitung seines Außenministers. Anstelle von

---

Kapital

"Kapital flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide anfeuern. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel."

T.J. Dunning
(London 1860)

(zit. bei: Marx, Kapital Bd. I, S. 788, Anm. 250)

Soares nimmt der stellvertretende portugiesische Ministerpräsident und Spinola-Intimus Sa Caneiro an dem Gespräch mit Nixon teil. In einem Abschlußkommunique bezeichnet Sa Caneiro das Treffen mit Nixon als "totalen Erfolg für Spinola". Die Begegnung habe alle vorherigen Erwartungen des Generals übertroffen. (dpa)

9.7.74
In einer gemeinsam herausgegebenen Erklärung übt die PSP (Sozialistische Partei) und die PCP (regierungsloyale Kommunistische Partei) scharfe Kritik an der Personalpolitik Staatspräsident Spinolas. Spinola wird vorgeworfen, Personen, die mit dem abgesetzten ehemaligen Ministerpräsident Caetano kooperiert haben, wieder Zugang zu hohen Ämtern in Regierung, Verwaltung und Wirtschaft verschafft zu haben. Aktueller Anlaß für diese Kritik ist die jüngst von Spinola verfügte Ernennung des im Caetano-Kabinett als Erziehungsminister tätig gewesenen Josè Veiga Simao zum UNO-Botschafter Portugals. (AP)

15.7.74
Die "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) stoppt zumindest vorläufig populistische Ambitionen Staatspräsident Spinolas, indem sie unerwartet einen ihrer führenden Mitglieder, Oberst Concalves, zum Nachfolger Carlos Palma im Amt des Ministerpräsidenten bestimmt. Taktisch flankiert von einem überraschenden Rücktrittsgesuch Carlos Palmas und von weiteren 4 dem rechten Flügel angehörenden Ministern der seit dem 16.5. amtierenden provisorischen portugiesischen Regierung war General Spinola mit der Forderung an die MFA herangetreten, die Wahl des Staatspräsidenten von der geplanten Wahl für eine verfassungsgebende Versammlung zeitlich abzutrennen, wobei die Präsidentenwahl schon auf den 31. Oktober dieses Jahres vorgezogen und die Parlamentswahlen hingegen auf Frühjahr 1976 zurückgestellt werden sollten. Erwartungsgemäß wies die MFA diese Forderung Spinolas zurück und stellte klar, daß die von ihr nach dem Putsch der Öffentlichkeit bekannt gegebene Terminplanung weiterhin für sie gültig bleibt. Tatsächlich auch waren die hinter Spinolas Forderung verborgenen Absichten zu durchsichtig, um unerkannt zu bleiben: Spinola wollte sich offensichtlich auf der ihn zur Zeit noch tragenden Popularitätswelle so schnell wie möglich über eine demokratisch korrekte Volkswahl für seine politischen Zielvorstellungen als Staatspräsident einen demokratischen Legitimationsanspruch verschaffen, vermittels dem er dann erfolgreicher als bisher dem Willen der immer noch politisch mächtigsten Gruppierung des Landes, der (aus Spinolas Perspektive:) linkslastigen MFA, standzuhalten vermag. Gerade nämlich die MFA, die sich, wie immer wieder von ihr betont, in besonderer Weise um die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Portugal verantwortlich fühlt, würde sich (als ihrerseits nicht mit einem demokratischen Legitimitätsanspruch ausgestattet) notwendigerweise in ein politisches Zwielicht hineinmanövrieren, wenn sie dem Votum eines demokratisch gewählten Präsidenten (beispielsweise in der Dekolonialisierungsfrage) ständig Widerstand entgegensetzte.

So besehen mußte Spinola dann auch konsequenterweise für ein Hinauszögern der Parlamentswahlen plädieren, denn es kann bei der gegenwärtigen Wählerstimmung, die eindeutig die Linksparteien Portugals favorisiert (was übrigens in einem merkwürdigen Widerspruch zu der allgemeinen Popularität Spinolas selbst steht), nicht in seinem Interesse liegen, sich den demokratischen Legitimitätsanspruch als Staatspräsident schon etwa ein halbes Jahr nach seiner offiziellen Wahl mit einer, sagen wir, Mitte-Links-Regierung zu teilen.

> Bleistifte, Schulhefte und Sportausrüstungen für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique
>
> Das Antiimperialistische Informationsbulletin Marburg setzt seine 1973 begonnene Sammelaktion zur Unterstützung des Schulaufbaus in den befreiten Gebieten der portugiesischen Kolonien fort, auf Wunsch der Befreiungsbewegungen erweitert um die Sammlung von Sportausrüstungen. Gesammelt werden alle Schulmaterialien wie Hefte, Blei- und Buntstifte, Schultaschen, Lineale und Sportausrüstungen wie Bälle, Turnhemden und Schuhe. Sachspenden können an die Adresse der Redaktion des AIB, 355 Marburg, Liebigstr. 46 gesandt werden.

Wenn nun die MFA mit der Ablehnung der vorweg genannten Vorstellungen Spinolas zugleich auch darauf verzichtet hat, Spinolas Verbündeten in dieser Sache, Palma Carlos, wieder in das Amt des Ministerpräsidenten zurückzurufen (obwohl er sich dazu offensichtlich wieder angeboten hatte), so wohl zum einen deshalb, um mit einer Neubesetzung dieses Amtes durch eine offensichtlich profilierte Führerpersönlichkeit aus ihren eigenen Reihen sich einen direkten Zugang zur Öffentlichkeit und möglicherweise auch zu öffentlicher Popularität zu verschaffen und zum anderen, um durch eine personell stärkere Besetzung des mit dem Amt des Staatspräsidenten konkurrierenden Ministerpräsidentsposten (Palma Carlos hatte sich da als eine sehr farblose Gestalt erwiesen) den stark populistisch angehauchten Repräsentierungseifer Spinolas abzubremsen, den dieser seit einigen Wochen zu entfalten begonnen hatte.

Der Befreiungskampf in Angola und die Frage der Verhandlungen

Das faschistische Regime in Portugal ist an den Kolonialkriegen in Afrika gescheitert. Caetano wurde von den Soldaten und mittleren Führungskadern der Armee gestürzt, weil das Volk nicht länger gewillt war, die Kriegskosten zu tragen und das Leben seiner Jugend für den Profit einiger Kapitalisten aufs Spiel zu setzen. Das Volk fordert das Ende der mörderischen Kriege in Guinea-Bissau, Angola und Mozambique.

Auch die portugiesische Bourgeoisie hat großenteils eingesehen, daß sie nicht mit militärischen Mitteln ihre Vorherrschaft in den Kolonien sichern kann. Sie versucht nun, Zeit zu gewinnen, um mit politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen ihre Präsenz in den Kolonien zu verstärken und diese nach eigenen Vorstellungen schrittweise in die formale Unabhängigkeit zu entlassen. Sie verfolgt aber weiterhin unbeirrbar ihr Ziel, die Befreiungsbewegungen zur Aufgabe ihres Kampfs zu zwingen und sie zu isolieren. War sie schon nicht in der Lage, den Völkern in den Kolonien ihr unveräußerliches Recht auf nationale Selbstbestimmung mit Waffengewalt zu verweigern, versucht sie, die Bevölkerung nun mit einem Referendum zu spalten (1) und zum Verbleib im Einflußbereich Portugals zu bewegen. Zu wirklichen Verhandlungen über den aus der Sicht der Befreiungsbewegungen einzig denkbaren Verhandlungsgegenstand, die Modalitäten des Abzugs von Portugal aus den Kolonien, ist sie nicht bereit, sondern versucht sich auch hier in einer Taktik des Hinhaltens und der Spaltungsmanöver.

Die Befreiungsbewegungen PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverden), FRELIMO (Befreiungsfront von Mozambique) und MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) haben zu jeder Zeit den Standpunkt vertreten, daß der bewaffnete Kampf kein Selbstzweck, sondern nur der einzig gangbare Weg zur Erlangung der vollen nationalen Unabhängigkeit ist, solange die portugiesische Regierung nicht willens ist, das Recht auf nationale Selbstbestimmung anzuerkennen. Auf der Grundlage der Anerkennung dieses Rechts aber waren sie immer zu Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung bereit und boten auch Portugal eine bevorzugte Stellung bei ihren zukünftigen Außenbeziehungen an, sofern Lissabon sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Guinea-Bissau, Angola und Mozambique einmischt.

Am 15.11.72 noch hatte Caetano gesagt: "Ich habe schon mehrfach erklärt, daß (...) Verhandlungen unmöglich sind. Wir sind bereit, solche Gespräche zu beginnen, die die Rückkehr der Terroristen in ihre Länder, ihre Wiedereingliederung in das portugiesische Vaterland, und sogar eine verstärkte Teilnahme der Bewohner dieser Länder an der lokalen Verwaltung und Regierung behandeln. Aber niemand kann von uns verlangen, daß wir portugiesische Gebiete an Gangsterbanden übergeben, die mit Gewalt fremde Interessen verfolgen. Keine Regierung könnte an solchen Verhandlungen teilnehmen, die ein Sakrileg bedeuten würden. (...) Die nationale Ehre erlaubt es einfach nicht" (2).

Anderthalb Jahre später ist die neue provisorische Regierung in Lissabon gezwungen, sich mit der PAIGC an den Verhandlungstisch zu setzen. Sie hat auch schon mit der FRELIMO am 5.6. ein offizielles Kontaktgespräch in Lusaka (Sambia) geführt und bei der MPLA mehrfach vorgefühlt (3). Grund für diesen scheinbaren Gesinnungswandel sind die im Kampf erzielten Fortschritte der Befreiungsbewegungen, die schwindende Kampfbereitschaft der eigenen Truppen und die weltweite Isolierung Portugals in der Kolonialfrage.

Doch die portugiesische Bourgeoisie ist auf Zeitgewinn aus und nicht willens, über ihren eigenen Schatten zu springen. Wenige Stunden nach Wiederaufnahme der Londoner Gespräche (25.-31.5.) am 14.6. in Algier erklärte die Delegation der PAIGC die Verhandlungen für gescheitert, weil "die portugiesischen Unterhändler kein klares Konzept der Entkolonisierung" (Daily News/Tansania 18.6.) hatten. Außenminister Mario Soares verfügte über keinen Verhandlungsspielraum und keine Kompetenzen, mehr als den faktisch schon bestehenden Waffenstillstand durch einen Vertrag zu besiegeln. Die PAIGC blieb ihrem Programm und den Errungenschaften ihres Kampfes treu, forderte Portugal zum Verzicht auf das Referendum (und damit indirekt zur Anerkennung der Republik Guinea-Bissau) und zur Respektierung der Einheit von Guinea-Bissau und den kapverdischen Inseln auf. Sie betrachtete den Waffenstillstand als eine untergeordnete Frage. Diese Vorgehensweise hat weitreichende Konsequenzen. Portugal wird zum Aggressor auf einen unabhängigen Staat, der berechtigte Reparationsforderungen stellen kann. Lissabon geht auch seiner selbstgewählten Rolle als Schutzmacht der kapverdischen Bevölkerung, der NATO und Südafrikas auf diesen Inseln verlustig

und muß die Lösung aller die Kapverden betreffenden Fragen dem Volk dort überlassen.

Die portugiesische Regierung kann aber nicht verheimlichen, daß sie Guinea-Bissau insgeheim verloren gibt und nur noch um einen möglichst "ehrenvollen" Abzug und um die Kapverden schachert. In Mozambique wächst die Kampfkraft der FRELIMO von Tag zu Tag, getragen von den Sympathien der überwiegenden Mehrheit der schwarzen Bevölkerung, von Teilen der weißen Siedler und der Kolonialarmee. Nur in Angola scheint das Schicksal Portugal wohlgesonnen zu sein, jedenfalls berichtet die Presse vorzugsweise über die Auseinandersetzungen im Lager der Befreiungsbewegungen. Während man die Lage in Guinea-Bissau und Mozambique nicht verheimlichen kann, versucht man über Angola einen dezenten Mantel des Schweigens zu legen.

Wie nötig Kolonialisten und Imperialisten dieses Schweigen über ihre Absichten und Machenschaften haben, versucht der folgende Beitrag aufzuzeigen.

1. Die Kolonialpolitik nach 1961 und die Folgen des Putsches

Angola ist Portugals größte und reichste Kolonie, von allen "Überseeprovinzen" ist sie wirtschaftlich und politisch am engsten mit dem "Mutterland" verbunden. Die Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfs (1961) bedrohte die Interessen der portugiesischen Bourgeoisie schwer. Sie beantwortete ihn mit blutiger Unterdrückung und schuf das größte "Entwicklungsprogramm" der portugiesischen Kolonialgeschichte, weil "in Angola heute das Schicksal Portugals entschieden wird" (4). Heute nehmen alle portugiesischen Monopole (Champallimaud, CUF, Borges & Irmao, Gruppe Spirito Santo usw.) eigene umfangreiche Interessen in Landwirtschaft, Bergbau und Industrie Angolas wahr. Man hob die Restriktionen für das internationale Kapital auf, so daß heute die reichen Bodenschätze (Diamanten, Eisenerz, Erdöl, Uran, Glimmer) von der portugiesischen Bourgeoisie und ihrem Staat gemeinsam mit Kapitalgruppen aus Südafrika, USA, Belgien, Frankreich, Großbritannien, BRD, Italien und Japan ausgebeutet werden. Dadurch sicherte sich das faschistische Regime in Lissabon Steuergelder, Unterstützung durch die NATO und internationales "Wohlwollen" für seinen Unterdrückungskrieg. Um Angola zu halten, mußte die portugiesische Bourgeoisie dessen Wirtschaftsstruktur verändern. Die Umwandlung der Wirtschaft kommt durch den Aufschwung der verarbeitenden Industrie deutlich zum Ausdruck: zwischen 1966-71 trug sie 35 % zum Zuwachs des Bruttosozialprodukts bei und belegte in dieser Hinsicht den ersten Rang vor allen weiteren Wirtschaftsbereichen (5).

Die Auswanderung von Portugiesen nach Angola wurde systematisch vom Staat gefördert und nahm stetig zu. Im zentralen Hochland von Huambo und Bie wurde ein neues Siedlergebiet eröffnet. Die verkehrstechnische Erschließung war ein weiterer Teil des politischen und ökonomischen Abwehrkampfes gegen die "Aufrührer" ("Counter-Insurgency"). Die Zerschlagung des Subsistenzbereichs wurde durch Zwangsumsiedlungen von etwa 20 % der schwarzen Bevölkerung in "aldeamentos" (sog. Wehrdörfer), durch Forcierung der Kontraktarbeit auf den europäischen Plantagen (Kaffee, Baumwolle) und durch die Propagierung der afrikanischen kleinbäuerlichen Marktproduktion vorangetrieben. Durch die Ausbreitung der Geldwirtschaft und den Ausbau des Schulwesens, durch gesundheitspolitische Verbesserungen und die Popularisierung des Radios versuchte man der schwarzen Bevölkerung eine "glückliche Zukunft" im sich auf mehrere Kontinente erstreckenden Portugal vorzugaukeln. Spinolas Vorstellungen einer "politischen Lösung" der Kolonialfrage sind im Grunde genommen mit diesem Programm identisch.

Trotz dieser gewaltigen Anstrengungen machte der Kampf für die nationale Unabhängigkeit große Fortschritte. Die Erfolge der Befreiungskämpfer ließen sich nicht verheimlichen, auch wenn sie unter schweren Bedingungen erkämpft wurden und besonders in den letzten 2 Jahren Rückschläge hinnehmen mußten. Das portugiesische und internationale Kapital sah durch den Kolonialkrieg die Profite beeinträchtigt, die nach den großen Anfangsinvestitionen unaufhaltsam zu fließen begannen. Die angolanischen Kleinkapitalisten unter den Siedlern fühlten sich in ihrer Initiative behindert, weil "Lissabon den Ertrag der Exporte einbehielt (6) und den Überseeterritorien oft nur minimale Zuwendungen für ihren Importbedarf zugestand" (The Guardian 27.4.74). Rechtsradikale Elemente unter den Siedlern (7) begannen an der Wirksamkeit der militärischen und wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen zu zweifeln und forderten eine engere Zusammenarbeit mit Südafrika und Rhodesien. Die Kräfte, die für eine einseitige Unabhängigkeitserklärung nach rhodesischem Muster eintraten, waren aber wirtschaftlich und politisch zu schwach, um ihre Vorstellungen durchzusetzen.

Mit verhaltenem Optimismus begrüßten die verschiedenen Kapitalgruppen in Angola den Putsch, weil er das Ende des Kolonialkriegs und eine maßvolle Lockerung der engen Bindungen an Portugal verhieß. Der engste Vertraute von General Spinola, Junta-Mitglied General Costa Gomes, wurde von diesem Anfang Mai zuerst nach Angola (und dann nach Mozambique) entsandt, um den weißen Siedlern sein Programm einer "politischen Lösung" der Kolonialfrage darzulegen. Costa Gomes forder-

te die Befreiungsbewegungen auf, die Waffen niederzulegen, sich als politische Partei zu etablieren und binnen eines Jahres an einem Referendum über die Zukunft der Kolonie zu beteiligen. Er versicherte aber, daß niemand daran denke, Angola an die Befreiungsbewegungen auszuliefern. Den unterschiedlichen Kapitalinteressen schien am ehesten das Konzept einer Föderation mit Portugal (Daily Telegraph 29.4.) gerecht zu werden. Angola erhält dabei im Rahmen einer zu schaffenden Escudo-Zone wirtschaftliche Autonomie, während sich Portugal weiterhin die Außenpolitik und die Verteidigung vorbehält. Angesichts des wirtschaftlichen Potentials von Angola und einzelner Rückschläge des Befreiungskampfs sah man bereits ein "neues Brasilien" entstehen (Le Monde 29.5.).



Durch Umstände, auf die wir noch zurückkommen werden, mußte der Befreiungskampf in den letzten 2 Jahren große Schwierigkeiten überwinden. So waren nach Angaben der portugiesischen Armeeführung die eigenen Verluste an Menschen und Material in Angola im Zeitraum vom 1.11.73 - 23.1.74 geringer als in dem 45 Mal kleineren Guinea-Bissau (Portuguese and Colonial Bulletin April 74). Im Laufe dieses Jahres wurden Truppen aus Angola nach Mozambique verlegt. Nur in die Exklave Cabinda mußten neue Truppenverbände entsandt werden (West Africa 6.5.), weil dort die MPLA ihren Kampf verstärkt hat. Die portugiesischen Machthaber konnten es sich erlauben, am 19.5. durch den Oberkommandierenden General Franco Pinheiro als Beweis ihres "guten Willens" die Einstellung der "offensiven Kampfhandlungen" in alle Welt zu posaunen (The Guardian 20.5.), den kolonialen Unterdrückungsapparat praktisch intakt zu lassen (8) und mit Silvino Silveiro Marques einen Generalgouverneur zu ernennen, der schon vor 1972 in diesem Amt das "Erneuerungsprogramm" Caetanos ausführte und dabei eine "entschieden kolonialistische Haltung" (Le Monde 11.6.) an den Tag legte (9).

Gelingt es der portugiesischen Bourgeoisie, wenigstens in Angola ihre Interessen durch eine "geordnete Entkolonisierung" im vollen Umfang zu bewahren? General Costa Gomes äußerte sich in einem Interview mit der südafrikanischen Wochenzeitschrift "The Point" (1.6.) optimistisch: "Ich bin überzeugt, daß Angola sich entscheiden wird, portugiesisch zu bleiben. Es muß dann seine Beziehungen zu Südafrika und Rhodesien noch mehr verstärken" (Le Monde 7.6.).

Doch das Volk von Angola kämpft weiterhin ungebrochen für seine Rechte. Ende Mai legten 13 000 Beschäftigte der Benguela-Bahn (10) ihre Arbeit nieder und forderten bis zu 100 % Lohnerhöhung (The Guardian 31.5.); vor allem in der Hauptstadt Luanda fanden große Demonstrationen für die sofortige Unabhängigkeit statt. Die MPLA hat ihren Worten, bis zur Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, die Tat folgen lassen. Sie ist der Aufforderung nicht nachgekommen, die Waffen niederzulegen. Der nach wie vor intakte koloniale Repressionsapparat wäre über ihr wie eine Mausefalle zugeschnappt. Agostinho Neto, Präsident der MPLA, erklärte in einem Interview mit Radio Brazzaville (20.6.): "(...) ein solcher Entscheid (zur Niederlegung der Waffen) könnte erst dann gefaßt werden, wenn alle unsere Kämpfer überzeugt sind, daß Portugal wirklich sich entschieden hat, unser Recht auf Unabhängigkeit anzuerkennen und deshalb die Macht an unser Volk zu übergeben" (Facts and Reports 14/74, Meldung 1196). Erst dann wären auch Verhandlungen denkbar. Die MPLA hat ihren Kampfwillen und ihre militärische Schlagkraft vor allem in Cabinda, aber auch nördlich von Luanda und im Osten unter Beweis gestellt. Außerdem hat sie besonders in Luanda ihre Propagandaarbeit verstärkt. Sympathiekundgebungen von Weißen und Schwarzen haben sie als die Führungskraft im Unabhängigkeitskampf ausgewiesen. Die liberalen Schichten der weißen Siedlerbevölkerung wissen, daß die MPLA im Unterschied zu den andern Befreiungabewegungen einen klaren antirassistischen Standpunkt vertritt. Auf Veranstaltungen der "Zivilen Demokratischen Aktion" (New York Times 5.5.) und der "Demokratischen Bewegung von Angola" (The Guardian 30.5.), wo bis zu 5000 Leute erschienen, bekundeten sie offen ihre Sympathie für die MPLA. Die beiden Gruppen setzen

sich zum großen Teil aus weißen Verfolgten des Salazar- und Caetano-Regimes zusammen.

2. Die Spaltung der Befreiungsbewegungen

"Hätte sich der Staatsstreich in Portugal 2 Jahre früher ereignet, wäre Lissabon in Angola gezwungen gewesen, mit der MPLA Verhandlungen aufzunehmen, wie sie es heute in Mozambique mit der FRELIMO und in Guinea-Bissau mit der PAIGC tun muß" (Afrique-Asie 58/10.6.74, S. 26). Doch heute kann Außenminister Mario Soares erklären, es liege in der Pflicht Portugals, auch die FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas) (11) und die UNITA (Nationale Union für die totale Befreiung Angolas) (12) anzuhören und die verschiedenen Standpunkte zu vereinen (Interview an "Jeune Afrique" 1.6.). Ein einheitliches Vorgehen der Befreiungsbewegungen ist vorderhand nicht absehbar, einerseits weil die UNITA bereits schon mit Portugal einen Waffenstillstand geschlossen hat (siehe später) und zum andern weil die MPLA an der ehrlichen Absicht von FNLA und UNITA, nichts denn die Interessen des Volks von Angola zu vertreten, ernsthaft zweifelt.

Die Spaltung und Schwächung der nationalen Einheitsfront ist auf dem Boden des Kolonialismus und Neokolonialismus gewachsen. Nur die MPLA hat sich als nationale Kraft mit einem klar anti-rassistischen und anti-imperialistischen Standpunkt auszuweisen vermocht. Sowohl die FNLA (Stamm der Bakongo) als auch die UNITA (Stamm der Ovimbundu) haben sich nie ganz von ihrer Stammesgebundenheit gelöst und bewegen sich in dieser Hinsicht auf dem Boden des Tribalismus, der von den Kolonialisten geschürt worden ist, um die Entstehung einer nationalen Einheit zu hintertreiben. Die Führer beider Befreiungsbewegungen sind nicht frei von rassistischen Vorurteilen, denn sie hetzen gegen die Weißen und gegen die "assimilados", diese "intellektuellen Mestizen" (Mischlinge), aus deren Reihen die MPLA viele Führungskräfte schöpft.

Die FNLA hat sich auch nicht vom Verdacht reinwaschen können, vor allem die Interessen der USA und von Zaire zu vertreten. Nach dem Putsch erklärten Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums einem Korrespondenten der belgischen Zeitung "Le Soir" (6.5.): "Mittelfristig sieht das (amerikanische) Szenarium in Angola eine Machtergreifung durch die Gruppe um Holden Roberto vor, der (...) mit bestimmten amerikanischen Gruppen verquickt ist. [illegible] Fusionsplan zwischen Zaire und Angola mit General Mobutu als Präsident und Holden Roberto als Vizepräsident soll später (...) verwirklicht werden, ein neues afrikanisches Reich, dessen Sympathien mit dem Westen sichergestellt wären. Die Truppen von Holden werden schon seit einiger Zeit von amerikanischen 'Green Berets' (13) in Zaire trainiert". USA und Zaire wollen sich gemeinsam die großen Ölvorräte vor der Küste Cabindas und Angolas unter den Nagel reißen, die schon heute teilweise von amerikanischen Konzernen (Gulf, Texaco) ausgebeutet werden.

Die MPLA ist seit 1972 durch innere Auseinandersetzungen geschwächt und in sich gespalten. Verantwortlich dafür sind die mangelnde ideologische Klarheit und Verbundenheit einzelner Führungskräfte mit dem Befreiungskampf und ein großangelegtes Manöver zur Schwächung der MPLA, in dem sich verschiedene reaktionäre Kräfte die Hand gaben:

1) 1972 gelang es dem portugiesischen Geheimdienst, Saboteure in die Reihen der MPLA einzuschleusen, welche einzelne Führer ermorden und in den Reihen der MPLA Verwirrung stiften sollten. Das Komplott wurde rechtzeitig erkannt, das Führungsgremium suspendiert und durch ein provisorisches revolutionäres Komitee ersetzt. Einigen Kollaborateuren gelang die Flucht, so dem militärischen Leiter der Ostfront, Daniel Chipenda, der sich nach Sambia absetzte. Ihre Mitgliedschaft in der MPLA wurde suspendiert, doch sie bekämpften vom Ausland aus aktiv die neue provisorische Leitung.

2) Unter dem Druck reaktionärer OAU-Kreise (OAU: Organisation für afrikanische Einheit) um das Regime in Zaire, das entgegen dem Beschluß der OAU nur Holden Roberto unterstützt und der MPLA den Zugang zu Zaire verweigert, forderte die OAU Holdens FNLA und die MPLA zur Bildung einer gemeinsamen Front auf. Das Abkommen wurde am 12.12.72 in Kinkuzu (Zaire) unterzeichnet, aber von der FNLA zu wiederholten Malen gebrochen: Unterhändler der MPLA wurden gefangengenommen und ihre Freilassung erst Anfang Juni dieses Jahres angekündigt (Diario de Noticias/Portugal 6.6.), die MPLA durfte weiterhin nicht von Zaire aus operieren (14), und am 25.5.74 schloß Holden Roberto mit dem suspendierten MPLA-Mitglied Chipenda und Vertretern der UNITA in Lusaka ein Abkommen, womit die OAU-Konferenz in Mogadiscio (Somalia) (9.6. - 15.6.) vor die vollendete Tatsache einer gelungenen Einigung aller drei Befreiungsbewegungen gestellt werden sollte (Afrique-Asie 58/10.6., S. 28).

3) Spätestens seit 1972 besteht ein Abkommen zwischen der UNITA und den Kolonialtruppen, gemeinsam gegen die MPLA vorzugehen (siehe nachfolgender Briefwechsel).

Die MPLA geriet durch diese Machenschaften ins Zwielicht und ging auch teilweise ihrer Nachschubwege (vor allem aus Sambia) verlustig, was den bewaffneten Kampf und den Aufbau in den befreiten Gebieten beträchtlich zurückwarf.

Am 28.5. erklärte die MPLA: "Gestern wie heute und immer stehen wir für eine wirkliche Einheit ein, denn sie ist das einzig wirksame Mittel, um eine wirkliche Unabhängigkeit Angolas zu erreichen" (Brief an die Times of Sambià, 13.6.). So hat Agostinho Neto in seinem Interview mit Radio Brazzaville erklärt: "Vielleicht ist (die UNITA) jetzt eine Agentur des Kolonialismus. Diese Nachricht freut uns nicht; wir glauben aber, daß nicht alle UNITA-Kämpfer mit dieser Haltung übereinstimmen". Eine Einheitsfront ist nur mit jenen Kräften möglich, die nicht offen oder versteckt mit Kolonialisten und Imperialisten kollaborieren.

3. Der Verrat der UNITA

Am 5.6. berichtete die angolanische Presse, die UNITA habe jede Kampfhandlung eingestellt. Dieser Beschluß erfolgte nach Kontakten mit dem katholischen Missionar Araujo de Oliveira. Am 17.6. gaben die portugiesischen Militärbehörden den erfolgreichen Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens mit der UNITA bekannt. Um die Tragweite dieser Handlung zu erkennen, ist es nützlich zu wissen, daß die UNITA-Führung die Ansicht vertritt, "die Bevölkerung Angolas (sei) noch nicht für die sofortige Unabhängigkeit vorbereitet" (Le Monde 6.6.) und daher den vorgesehenen Zeitpunkt für ein Referendum für verfrüht hält (Facts and Reports 14/74, Meldung 1196). Seither versucht die Armeeführung, die UNITA als einzig relevante und innerhalb Angolas kämpfende (!) Gruppe aufzubauen und mit ihr allein zu verhandeln.

Die nachfolgenden Dokumente aus der französischen Zeitschrift "Afrique-Asie" (61/8.7.74, S. 7-17) (15) weisen das Waffenstillstandsabkommen als den vorläufigen Schlußpunkt zum Verrat an den Völkern Angolas aus, dessen sich die Führung der UNITA schuldig gemacht hat. Schon 1970 bezichtigte das schwedische Informationsbulletin "Södra Africa" (16) die UNITA, durch drastische Aktionen nur die internationale Aufmerksamkeit auf sich lenken zu wollen, vorwiegend die MPLA zu bekämpfen, gute Kontakte mit rechtsoppositionellen Kreisen um den ANC (17) in Sambia zu unterhalten und möglicherweise sogar mit dem CIA zusammenzuarbeiten. Der Briefwechsel aus dem Jahr 1972 zwischen Savimbi und höchsten Stellen der Kolonialarmee, den wir stark verkürzt abdrucken, legt den wahren Charakter der UNITA-Führung offen: mindestens seit 1972 hat sie sich selbst zu einem willfährigen Werkzeug der portugiesischen Unterdrückungspolitik degradiert. Sie machte sich die vagen Autonomiepläne Caetanos zu eigen, um den leidigen Krieg loszuwerden und die Waffen zu strekken. Kein Preis war ihr zu hoch, um die "wahren" Feinde des Friedens, die Befreiungskämpfer und ihre Organisationen, vor allem die MPLA, deren wachsendes internationales Ansehen ihr ein Dorn im Auge ist, moralisch und physisch zu erledigen und die fortschrittlichen Kreise in der OAU zu isolieren (18). Sie ist bereit, die Portugiesen vor weiterem internationalem Gesichtsverlust zu bewahren, ihre guten Kontakte in Sambia und in der OAU zu Spionagezwecken zu nutzen und als international nicht anerkannte Befreiungsbewegung den Krieg gegen die MPLA auf sambisches Territorium zu tragen. Als Lohn sandten die Portugiesen durch ihre Mittelsmänner (19) Kriegsmaterial (Waffen, Munition, Tarnanzüge, militärische Lagekarten), Ausrüstung für Schulen und Krankenhäuser sowie Medikamente für Savimbis angeschlagene Gesundheit (20).

Was mochten die Beweggründe der UNITA-Führung für diesen Verrat gewesen sein? Savimbi, Präsident und Gründer der UNITA, war nach Beendigung seiner Studien in Portugal und der Schweiz "Außenminister" der GRAE gewesen. 1964 trennte er sich von ihr und trat auf der OAU-Konferenz in Kairo als Kläger gegen Holden Roberto auf. Sein Beweismaterial ließ keinen Zweifel offen, daß dieser ein Agent des CIA war. Doch die Beweggründe Savimbis waren kaum lauterer Natur, denn zum einen



...fand sich die FNLA/GRAE in einer Krise, weil sie nach dem Sturz der Regierung Adoula in Zaire ihre beste Stütze verloren hatte, andererseits ging er darauf aus, von der MPLA einen Führungsposten zu erhalten, weigerte sich dann aber, einfaches Mitglied zu werden. 1966 gründete er in Lusaka seine eigene Befreiungsbewegung, die UNITA, die sich in seinem Heimatgebiet Bié festsetzte. Verschiedene Beobachter (das Ende des hier abgedruckten 4. Briefes deutet ebenfalls darauf hin) bestätigen, daß ihm vor allem daran lag, sein eigenes Reich inmitten Angolas aufzubauen und dabei von niemandem belästigt zu werden. Durch zwei spektakuläre Überfälle auf die Benguela-Bahn (1966/67), Lebensader von Sambia, verscherzte er sich das Wohlwollen der Regierung Kaunda. Die Eröffnung der Ostfront durch die MPLA wurde als Übergriff ins eigene Gebiet betrachtet, die MPLA entsprechend heftig bekämpft. Durch die MPLA-Guerilla wurde der Nachschub aus Sambia immer spärlicher, ein Ausbruch aus der strategischen Isolierung in Richtung Westen war für die schlecht bewaffneten UNITA-Kämpfer kaum denkbar, weil sie mit dem erbitterten Widerstand der dort ansässigen weißen Siedler rechnen mußten. Nur einzelne Kirchenkreise blieben der UNITA treu und unterstützten sie finanziell.

Doch dies genügte nicht, um das Lebensniveau der Bevölkerung im von der Natur wenig begünstigten Stammgebiet der UNITA an der Wasserscheide zwischen Sambesiquellflüssen und Cuanza zu heben. Dies mag erklären, warum die UNITA-Führung sich schließlich zur Flucht nach vorne in die Arme der Kolonialisten entschloß.

pa

Anmerkungen

1) Das Referendum sollte die Möglichkeit offenhalten, zwischen "status quo" (Kolonie), begrenzter Autonomie, Föderation, Mitgliedschaft in einem Commonwealth nach britischem Muster und totaler Unabhängigkeit zu wählen (Observer 5.5.74)
2) Zitiert im Bericht "Über die Lage auf den Kapverdischen Inseln" zu Händen des Entkolonisierungskomitees der UNO (970. Sitzung in New York 29.3.74), Hrsg. vom KSA/Heidelberg, Juli 74, S. 13/4
3) Kontakte mit kompetenten Vertretern der MPLA scheint es bisher nicht gegeben zu haben, wohl aber einige Versuche, Uneinigkeiten in der MPLA auszunutzen (Le Monde 25.6.)
4) Adriano Moreira, Portugals Überseepolitik, Baden-Baden 1963, S. 117
5) Bergbau 22 %, öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienstleistungen 20 %, Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft 10 %, Handel und private Dienstleistungen 10 %, Baugewerbe 3 % (issa-info 3/74, S. 13)
6) Die Devisen wurden dringend zum Kauf von Kriegsmaterial gebraucht
7) Als potentieller Anführer dieser Gruppe gilt Dr. Joaquim Fernandes Vieira, Präsident des Handelsverbandes von Luanda (Le Monde 29.5.)
8) Die Pressezensur wurde nie offiziell aufgehoben, der Geheimdienst (DGS) nur formal geschwächt, teils intakt gelassen, teils dem Militär und der Polizei unterstellt, aber von seinen Baracken wurden nicht einmal das Emblem und die Fahne des DGS entfernt ("Facts and Reports", Hrsg. Angola-Comité Amsterdam, 11/74, Meldung 828)
9) Der Versuch, die Befreiungsbewegungen durch eine Einbeziehung in die Regierungsgewalt zu kompromittieren (so sollte der Priester Joachim Pinto de Andrade, Bruder des ehemaligen MPLA-Präsidenten und nominelles MPLA-Mitglied, Generalgouverneur werden!), mißlang (Le Monde 7.6.)
10) Führt von Lusaka (Sambia) zum Hafen Lobito in Angola
11) 1962 aus der UPA (Union der Völker Angolas) von Holden Roberto entstanden und mit einer "Exilregierung" (GRAE) in Kinshasa (Zaire) versehen
12) 1966 von Jonas Savimbi in Sambia gegründet
13) Aus dem Vietnam bekannte und berüchtigte Spezialistengruppe der "Counter-Insurgency"
14) Vgl. dazu: "blätter des iz3w", 28/73, "Komplott gegen die MPLA", S. 37/9
15) An der Echtheit der Dokumente kann kein Zweifel bestehen. Angola-Spezialisten in der BRD haben den Originaltext gelesen. Er wurde von Mitgliedern der "Bewegung der Streitkräfte" nach Portugal gebracht.
16) Dt. Übersetzung "Wer führt den Kampf in Angola an?", Hrsg. Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg 1972
17) ANC: Afrikanischer Nationalkongreß. Dessen Führung trat offen für eine Zusammenarbeit mit dem rassistischen Regime Jan Smiths in Rhodesien und den Dialog mit Südafrika ein.
18) Die Propagandapolitik der UNITA innerhalb der OAU hat unterdessen dazu geführt, daß das Befreiungskomitee der OAU auf seiner 23. Sitzung in Yaoundé Mitte Mai 73 beschloß, der OAU-Konferenz in Mogadisciu die finanzielle Unterstützung der UNITA vorzuschlagen.
19) Eine wichtige Rolle scheinen Holzhändler gespielt zu haben, deren 2 (Duarte, Oliveira) namentlich genannt werden.
20) Savimbi ließ sich 1974 im Militärhospital von Luso von den Portugiesen gesundpflegen (Afrique-Asie 58/10.6., S. 27, Fußnote 3).

Dokumente zum Verrat der UNITA

Briefwechsel zwischen Savimbi und Kolonialarmee

1. JONAS SAVIMBI AN GENERAL LUZ CUNHA

26. September 1972

"Memorandum

überreicht an Seine Exzellenz General Luz Cunha (1), Oberkommandierender der Streitkräfte in Angola zu Händen Seiner Exzellenz General Bethencourt Rodriguez (2), Kommandant der Militärzone Ost.

Exzellenzen,

Bevor ich auf Überlegungen praktischer Art eingehe, die sich aus unseren Kontakten ergeben, möchte ich Ihren Exzellenzen meine freudigbewegte Empfehlung übermitteln anläßlich des 4. Jahrestages der Amtsübernahme durch Seine Exzellenz, Prof. Marcelo Caetano, Präsident des Ministerrates. Ich nutze die Gelegenheit, um auch Seiner Exzellenz General Luz Cunha meine Glückwünsche zur Ernennung zu der hohen Verantwortung als Oberkommandierender der Streitkräfte in Angola zu entbieten.

Die Einsicht in die Schwierigkeiten des Kampfes im Untergrund, die Realitäten des Lebens in Angola und die sich abzeichnenden Möglichkeiten einer gerechten Lösung für die Probleme, die in unseren Tagen auf der Bevölkerung dieses Stücks Erde lasten, erlauben mir zu ahnen, welchen Lauf letztendlich die Ereignisse in Angola nehmen werden. Wie weit entfernt die endgültige Lösung auch immer noch sein mag, wir sind uns dessen gewiß, daß die Behörden auf dem besten Weg sind, dank der enormen Mittel, über die sie verfügen (...) (und) der Politik der Erneuerung in der Kontinuität, welche die Regierung praktiziert, den Sieg davonzutragen (...) Was uns betrifft, so wünschen wir den Krieg in diesem Sektor Ost gründlich auszurotten. Wir haben alles in unserer Macht liegende getan, um die Kräfte des gemeinsamen Feindes zu schwächen (...).

Unsere Analyse hat uns ermöglicht, die MPLA als das wichtigste Hindernis für den Frieden nicht bloß in Osten, sondern in ganz Angola zu bezeichnen. Wir verfügen über Informationen aus erster Hand, die uns berechtigen zu glauben, daß die MPLA neue Hinterhaltsaktionen und Operationen gegen die Streitkräfte und gegen die UNITA vorbereitet und die Absicht hegt, die UPA durch Vereinigungsmanöver von MPLA und UPA aus Zaire zu vertreiben."

Savimbi führt weiter aus, die MPLA wolle auch Subversion gegen das Regime Mobutu betreiben, das sich über die genauen Absichten der USA bei einer Vereinigung von MPLA und UPA noch nicht im Klaren sei. Seit den OAU-Konferenzen in Rabat (11.6.72) und in Dar es Salaam (10.9.72) werde auf Zaire wachsender Druck ausgeübt, die MPLA in Kinshasa zu dulden. Die UPA ihrerseits hoffe, aus ihrer Isolierung auszubrechen. Savimbi verweist auf die diplomatischen Erfolge der Befreiungsbewegungen vor der UNO und UNESCO sowie auf den Beschluß der Konferenz von Dar es Salaam, den Befreiungsbewegungen Grenzgebiete zu Angola, Mozambique und Guinea-Bissau für Spitäler, Schulen und Trainingscamps zur Verfügung zu stellen, was die sambische Regierung übrigens bereits schon am 18.8.72 verwirklicht habe. Trotz der feindlichen Haltung der sambischen Regierung unterhalte die UNITA Aktivistenzellen in Sambia und werde von Bevölkerungskreisen unterstützt. Sie wisse über Pläne der MPLA und der Regierung Kaunda Bescheid.

Savimbi bekräftigt die Absicht der UNITA,

"(...) die MPLA durch harte Schläge im Innern zu schwächen und ihr Ansehen im Ausland zu untergraben, damit die Welt beginnt, sogar die Existenz dieser Bewegung in Frage zu stellen. (...)
Unsere Haltung steht unverrückbar fest. Wir sind nicht mehr an der OAU und am heutigen Sambia interessiert und schon gar nicht an einem Bündnis mit der MPLA. Sollte für die Regierungsbehörden von Angola und der Nation dieser oder jener Punkt aus der Politik der UNITA noch nicht genügend klar sein, so gibt es zumindest eine unleugbare Tatsache: wir haben uns aktiv an der Schwächung der MPLA in einigen Regionen des Ostens beteiligt. Und wir werden auch keine Illusionen über irgend eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit jenen Leuten hegen dürfen, die uns bekämpft haben, und die wir gegenwärtig ohne Unterlaß bekämpfen. Was auch immer die Regierung vorhat (...), wir werden nie wieder das aussichtslose Unterfangen beginnen, die Waffen gegen die Behörden zu ergreifen. Wir benützen sie allein, um die MPLA zu zwingen, eines Tages aus dem Osten abzuziehen (...)

Zur Herstellung des Friedens im Osten müssen außerdem unserer Meinung nach folgende Punkte berücksichtigt werden:

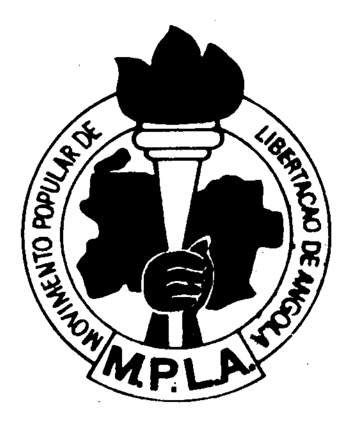
a) Schwächung der Kräfte der MPLA im Innern Angolas bis zu deren Liquidierung. Diese Aufgabe kann durch die gemeinsamen Anstrengungen der Streitkräfte, der Milizen und der Truppen der UNITA ausgeführt werden.

b) Liquidierung der Camps der MPLA in den Grenzgebieten zu Sambia. Das kann die UNITA leichter ausführen, besitzen wir doch keinen politischen Status, auf dessen Grundlage wir vor einer internationalen Instanz zur Rechenschaft gezogen werden könnten (...) Unsere Pläne sind bereits über die Vorarbeit hinausgediehen (...)

c) Die MPLA diskreditieren (...) Mit diesem Mittel wollen wir die OAU selbst treffen, zumindest im Bezug auf die Befreiungsbewegungen. Wenn einmal die MPLA im Osten geschwächt oder liquidiert ist, wird für uns der Weg zu größeren Horizonten offen sein."

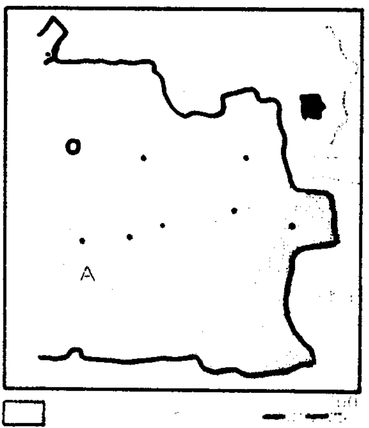
Die UNITA erklärt sich zu Verhandlungen über den freien Verkehr zwischen ihrem Gebiet und portugiesischen Stützpunkten bereit.

"Ich halte auch heute an meiner Überzeugung fest, daß die massenhafte Kapitulation der Bevölkerung und ihrer Führer nur ein Teilaspekt für die Lösung jener Probleme ist, die den Frieden in Angola ernsthaft bedrohen. Meines Erachtens wird die Existenz einer Kraft, die ohne Behinderung durch die internationalen Konventionen auf allen Ebenen den Kampf gegen jene Leute führen kann, die uns all diese Grauen anrichten, für die Regierung



der Nation langfristig ein sehr wichtiger Faktor werden. Unser Informationsnetz im Ausland ist bedeutend, und wir können aus diesem Apparat Nutzen schlagen, um die MPLA nicht bloß mit Waffengewalt, sondern auch auf der diplomatischen Ebene zu bekämpfen, wo sie sich alle Unterstützung und ihren Glorienschein erworben hat. Ich wünsche sehr, daß dieser Gesichtspunkt von den lokalen und nationalen Behörden sorgfältig geprüft wird, damit sie erkennen, in welchem Ausmaß unser Bemühen dem öffentlichen Wohl dienen kann (...)

Es gibt kein treffenderes Mittel, einen so subtilen Feind wie die MPLA zu bekämpfen, die sich auf eine breite Skala von Einflüssen stützt, als den Feind selbst und seine Energieressourcen an der Quelle selbst immer mehr



kennenzulernen. Niemand ist besser in der Lage als wir, mit 80 % Chance in Erfahrung zu bringen, was sich in der OAU, in Sambia, Tansania und in der MPLA tut, wenn einmal alle Mitglieder der UNITA ihre Posten wieder eingenommen haben (3).
(...)

Die Mächte trachten nach den Reichtümern Angolas und seiner privilegierten geographischen und strategischen Position und warten darauf, daß die Lage in Angola heranreift, das heißt sich verschlechtert (...) Wir können innerhalb der Befreiungsbewegungen und im Lager ihrer Anführer diese Verschlechterung der Situation (4) beschleunigen (...) Obwohl ich mich schon breit über die MPLA ausgelassen habe, dürfen wir nicht verkennen, daß sie nicht mehr das Monstrum mit den sieben Köpfen ist, das nicht in unserer Reichweite liegt. Ich spreche nicht ausführlicher über die UPA, weil ich nicht glaube, daß sie Zukunft hat, und so bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ein ernstzunehmender Feind ist. Überdies sind unsere Informationen über die UPA eher bruchstückhaft, denn wir können nur über den Katanga (Gebiet in Zaire, pa) mehr oder weniger ernstzunehmende Informationen erhalten (...)

Nach all dem erbittet die UNITA von Ihren Exzellenzen provisorisch die Erlaubnis, den Korridor zwischen den Flüssen Lufuta-Luanguinga und Luanguinga-Luvo zu benützen (5). Die Behörden wissen, daß wir eine mobile Truppe am Ufer des Luanguinga nahe der sambischen Grenze unterhalten. Diese Truppe ist es, die im April und Mai die MPLA in Sambia angegriffen und diese Elemente aus dem Lutembo vertrieben hat. Aber sie läuft Gefahr, von den Milizen im Lutembo angegrif-

fen zu werden. Sie hat jedoch Weisung, sollte sie auf Milizen stoßen, deren Feuer nicht zu erwidern, sondern sich im Gegenteil so schnell wie möglich zurückzuziehen und mich zu benachrichtigen."

Es folgt ein detaillierter Bericht über Stützpunkte der MPLA (strategische Aufgaben, Truppenstärke, Bewaffnungsart, gesundheitspolitische und schulische Einrichtungen), welche die UNITA aufgespürt hat und über Überfälle von UNITA-Gruppen auf MPLA-Lager sowie ihre Spionagetätigkeit. Die UNITA bietet den Kolonialtruppen unter gewissen, von einer Delegation auszuhandelnden Bedingungen Führer zu den MPLA-Stützpunkten an. Savimbi bittet auch um die Erlaubnis, Patrouillen zur Erkundung von Aktivitäten der UPA ausschicken zu dürfen,

"(...) um zu verhindern, daß Elemente der UPA nochmals Sabotageakte ausführen, die dann der UNITA zugeschrieben werden."

Dann folgt eine Beschreibung dessen, was die UNITA als "Lohn" erwartet:



Saatgut, Vieh, Schulmaterial, Einrichtungen für Sanitätsposten und Medikamente sowie Netze und Harpunen für den Fischfang (6).

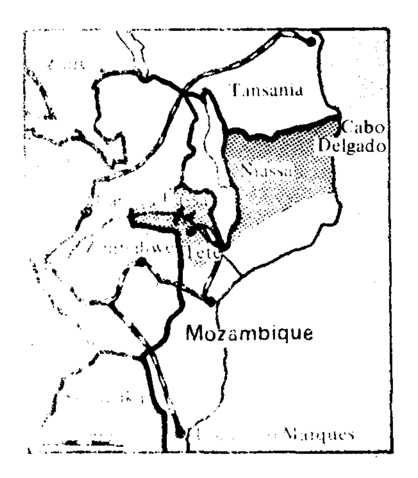
"Ich möchte diesem aus ehrlichem Herzen geschriebenen Memorandum ein Gesuch besonderer Art beifügen. Ich bitte Ihre Exzellenzen nochmals darum, mir mindestens 1 500 Kugeln vom Kaliber 7,62 zu liefern, denn unsere Aktionen gegen die MPLA und die UPA werden immer mit Waffen dieses Kalibers ausgeführt. Ich bitte sie, diesem Punkte ihre spezielle Aufmerksamkeit zu widmen, denn wir werden diese Munition nicht mehr gegen die nationalen Truppen gebrauchen. Mein Ersuchen um Handgranaten wird annulliert, denn wir haben noch welche für einige Zeit.

Wir werden die Holzhändler beauftragen, nach Ihren Empfehlungen einen andern Stoff für die Tarnanzüge zu liefern.

(...)

Ich versichere Ihre Exzellenzen meiner Hochachtung.

Lungue-Bungo
Jonas Malheiro Savimbi
Lizenziat in Politik und
Jura der Universität
Lausanne
Präsident der UNITA



2. JONAS SAVIMBI AN OBERSTLEUTNANT RAMIRES DE OLIVEIRA

25. Oktober 1972

"Herrn
Armenio Nuno Ramirez de Oliveira
Oberstleutnant i. G.St.
Generalstabschef der Militärzone Ost
Luso

Ich habe vor einigen Tagen unsern Hauptmann Clemente beauftragt, Ihnen brieflich unsern Dank für die Munition Kal. 7,62 zu übermitteln und auch unsere Genugtuung darüber zu äußern, daß jedes Treffen uns den übergeordneten Zielen näher bringt, die wir alle erreichen wollen."

Es folgt die Schilderung eines Angriffs auf Truppen der UPA, der am 12.10.72 ohne Wissen der Portugiesen ausgeführt wurde.

"Am 13. Oktober 1972 haben unsere Truppen eine Operation gegen die Leute der MPLA ausgeführt. Eine Gruppe von 20 Männern, davon 17 Bewaffnete, waren in unser Gebiet eingedrungen, ohne daß wir uns dessen gewahr wurden. Nach Verübung ihrer gewohnten Taten zogen sie sich ins Quembo zurück. Deshalb blieb mir keine Zeit, den Kommandanten der Militärzone Ost zu benachrichtigen. So mußten unsere Leute den Feind bis nach Cassingo verfolgen. Er wurde beim 'Makopo'-Tanz angetroffen und heftig angegriffen."

Savimbi nennt 3 andere MPLA-Lager und erbittet von der Armeeleitung einen

zeitlich und gebietsmäßig begrenzten "freien Ausgang" für seine Truppen (7). Er fragt um die Auslieferung eines Gefangenen der Portugiesen an, den er als UPA-Partisan seines Gebietes verdächtigt (8).

"Ich bin im Besitz eines OAU-Dokumentes, dem ich außerordentliche Bedeutung beimesse. Ich habe es eben erhalten. Das Dokument behandelt, genauer gesagt, die Lieferung von Waffen an die MPLA und an andere Bewegungen auf portugiesischem Territorium: Qualität, Menge, Finanzen, Transportmittel usw. Ich glaube, es ist insofern nützlich, als es den Geist wiedergibt, der auf dem letzten Treffen der afrikanischen Staatschefs im vergangenen Juni in Rabat herrschte. Sobald ich es zu Ende studiert habe, lasse ich es auf dem gewohnten Weg zukommen (...), denn es wäre schade, wenn ein Dokument von dieser Bedeutung verloren gehen würde."

Savimbi erklärt sich zu einem Gespräch mit "kompetenten" Unterhändlern bereit, will dieses Treffen aber durch eine Delegation vorbereiten lassen. Er äußert sich optimistisch über die Installation einer Sende- und Empfangsstation in seinem Gebiet durch die Portugiesen und sendem dem neuen Generalgouverneur von Angola, Santos e Castro, seine "ehrerbietigen Grüße"

Jonas Malheiro Savimbi

3. OBERSTLEUTNANT RAMIRES DE OLIVEIRA AN JONAS SAVIMBI

4. November 1972

"Streitkräfte in Angola
Militärzone Ost. Oberkommando
No. a 5267/2, p. 215.07
An Dr. Jonas Malheiro Savimbi
Seine Exzellenz, der General Befehlshaber der Militärzone Ost beauftragt mich, Ihnen unsere Beschlüsse über die Punkte mitzuteilen, die Sie in Ihrem Memorandum vom 26. September 1972 behandeln, sowie Ihren Brief vom 25. Oktober, den wir am 31. Oktober 1972 erhalten haben, zu beantworten (...)

1. Ihre Analyse der internen und externen Lage der Umsturzbewegungen in Angola, ihrer Beziehungen zueinander und zu den afrikanischen Ländern, die sie unterstützen, wurden gebührend studiert und hoch geschätzt. Ich hatte schon Gelegenheit Ihnen zu sagen, daß sie in ihren großen Linien mit unserer eigenen übereinstimmt.

2. Wir sind gleicher Meinung wie Sie über die großen Vorteile und den Nutzen, die sich daraus ziehen lassen, die Aktivistenzellen der UNITA in Sambia mit folgenden Zielen einzusetzen:

- Informationen über die Aktivitäten der MPLA, die politische Lage in Sambia und in andern afrikanischen Staaten zu sammeln;
- weiterhin Druck auf die sambische Regierung auszuüben, um sie zu einer Änderung ihrer Politik gegenüber Portugal zu bewegen.

a) Der erste Gesichtspunkt - die Bevölkerung in einer ablehnenden Haltung gegenüber der MPLA zu halten - ist sehr wichtig, denn fast alles übrige leitet sich daraus ab. Überdies werden das Unbehagen und die schlechte Stimmung, die sich so um die Bewegung schaffen lassen, ihre Schwierigkeiten erhöhen, sich im Übergangsgebiet zwischen Sambia und dem nationalen Territorium festzusetzen.

b) Es ist sehr vorteilhaft zu verbreiten (...), daß es weder befreite Gebiete, noch Schulen, noch Spitäler der MPLA in Angola gibt, daß die sie unterstützende Bevölkerung unter Terror, Hunger und fehlendem Komfort leidet, daß sie kein einziges Dorf erobert und nichts als Niederlagen erlitten hat. Man muß die Frage stellen: Wo befinden sich denn die bekannten Führer und Guerilleros (9)? Wie wurden die zahlreichen Elemente verletzt, denen es gelungen ist, nach Sambia durchzukommen? Wo sind die Waffen? usw."

Bei den Überfällen auf ein bestimmtes Ziel der MPLA soll die Bevölkerung zum Mitmachen angeleitet werden.

"3. Von größtem Interesse für uns ist die Nachricht über ein mögliches Abkommen zwischen MPLA und UPA. Letztere befindet sich zwar in Schwierigkeiten, hält aber noch eine geographisch vorteilhafte Stellung im Osten, welche die MPLA einnehmen möchte. Darüber hinaus würde der Nachrichtenfluß innerhalb der MPLA erheblich verbessert, wenn sie in Zaire Erleichterungen erhalten würde. Wir wissen, daß bald eine 'nationale Konferenz' der FNLA - wahrscheinlich in Kinkuzu (10) - und im November oder Dezember 1972 in Shikongo der erste Kongreß der MPLA stattfinden werden. Es ist von besonderem Interesse, sich in letzteren einzuschleichen, um in Erfahrung zu bringen, was dort diskutiert und entschieden wird (...).

4. Die nationalen Behörden sind damit einverstanden, daß es für die UNITA am interessantesten ist, beim gegenwärtigen Stand der Dinge das Gebiet am Oberlauf des Lungue-Bungo vom Krieg fernzuhalten und heimlich die Kooperation mit unseren Truppen zu verstärken. In dieser Phase ist also eine massenhafte Kapitulation der Bevölkerung und der Guerilleros nicht denkbar (11) (...) Wir wünschen, daß die Bevölkerung aus freien Stücken in

den von ihr besetzten Gebieten bleibt. Wir haben in diesem Sinne immer ein Aufbauprogramm mit unserer Hilfe vorgeschlagen. (...)

6. Wir sind der Ansicht, daß die Zerstörung von Stützpunkten der MPLA außerhalb des Landes von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Aber wir denken auch, daß dies mit etwelchen Erfolgsgarantien mit und aller erdenklichen Vorsicht geschehen muß, um die nationalen Behörden nicht zu kompromittieren. Wenn es Ihnen recht ist, können wir beim nächsten Treffen ein Ziel festlegen und die zu seiner Ausführung nötigen Einzelheiten regeln. Unter anderm welche Unterstützung wir eventuell bieten könnten.
(...)

10. Es wäre sehr nützlich, wenn Sie uns das von Ihnen erwähnte Dokument der OAU leihen würden (...) Wir werden es photokopieren und sofort zurückgeben.

11. Wir sind bereit, mit einer Delegation die Einzelheiten eines Treffens mit Ihnen vorzubereiten. Wie gewohnt schlagen Sie den Zeitpunkt des Treffens vor. Als wichtigste Tagesordnungspunkte sind denkbar: a) Aktion der UNITA gegen MPLA und UPA innerhalb des nationalen Territoriums; b) Aktion der Aktivistenzellen der UNITA in Sambia; c) Benutzung des Luanguinga-Korridors durch die UNITA; d) Angriff der UNITA auf Stützpunkte der MPLA außerhalb; e) Einrichtung einer Sende- und Empfangsstation bei Ihnen; f) notwendige Hilfe für die Bevölkerung des Lungue-Bungo; g) Verfahren für den Nachrichtenaustausch.

12. Vor Abschluß dieses Briefes haben wir von Hauptmann Clemente von der UNITA Ihr Gesuch um eine Arztvisite erhalten. Wir hoffen, es handle sich um nichts Schlimmes, aber Seine Exzellenz beauftragt mich, seine festen Garantien für Ihre volle Integrität zu erneuern, welche Umstände auch immer für Ihre vollständige Wiederherstellung nötig sein werden.
(...)

Für das Wohl der Nation
Der Generalstabschef
Armenio Nuno Ramires de Oliveira
Oberstleutnant i. G.St."

4. JONAS SAVIMBI AN RAMIRES DE OLIVEIRA

7. November 1972

In diesem mit "lieber Herr" überschriebenen Brief entschuldigt sich Savimbi: wegen seiner schlechten gesundheitlichen Verfassung und wegen des Regens waren er und die vereinbarte Geleiteskorte für den Arzt nicht zum abgemachten Treffen gekommen. Er glaubt, daß jetzt das Mißtrauen der Portugiesen endgültig überwunden ist und möchte das Vertrauensverhältnis nicht durch derartige Mißgeschicke beeinträchtigt sehen.

Allerdings sollte die Armeeleitung seinen Truppen größere Bewegungsfreiheit (Rückzugsmöglichkeiten auch in andere Zonen) und Rechte (Raub von Nahrungsmitteln?) gewähren. Die Absprachen seien noch zu ungenau, die zur Verfügung gestellten militärischen Lagekarten enthielten keine Hinweise auf die Aufgaben der UNITA. Auch sei man vor Überfällen der Kolonialtruppen noch nicht sicher.

"(...) vor einigen Tagen griff eine Gruppe Militär von Muhango aus die Bevölkerung von Santanda an, tötete eine Frau und nahm eine andere gefangen. Ich habe diese Tatsache den Behörden nicht gemeldet, aus dem Wunsch heraus, diese Behörden würden eines Tages unsern guten Willen begreifen, gegen diesen Krieg zu kämpfen, der niemandem mehr Gewinn bringt. Man sollte eine endgültige Lösung für alle Streitfälle finden im Geist, den Seine Exzellenz, Prof. Marcelo Caetano bekundet hat. Aber die gerechte Lösung für alle Probleme des Ostens kann von jetzt an nicht aus Lissabon, ja sogar nicht aus Luanda kommen, denn wenn sie auch aus strategischen und politischen Gründen von oben kommen muß, so haben die untergeordneten Ebenen taktisch die Pflicht, praktische (taktische) Lösungen für die lokalen Probleme zu finden.
(...)

Jonas Malheiro Savimbi"

Anmerkungen

1) War mit seinem Schwager, dem rechtsradikalen General Kaulza de Arriaga, im Dez. 1973 in ein Komplott gegen Caetano verwickelt. Vom 14.3.74 (Absetzung von Spinola und Costa Gomes) bis zum Putsch Generalstabschef der portug. Armee.
2) Spinolas Nachfolger als Gouverneur von Guinea-Bissau, am 29.4.74 abberufen.
3) Bitte um Freilassung gefangener UNITA-Mitglieder? S. weist außerdem auf den "wertvollen Beitrag" von Überläufern zur Untergrabung des Ansehens von Führern der Befreiungsbewegungen hin.
4) Diesmal zugunsten der Kolonialmacht.

Fortsetzung auf S.39

Materielle Hilfe für die Befreiungsbewegungen MPLA - PAIGC - FRELIMO

Das Organisationskomitee 'Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique' stellte die Broschüre "Materielle Hilfe für die Befreiungsbewegungen" zusammen, um allen Gruppen und Einzelpersonen, die Aktionen zur direkten materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien durchführen oder sich an den bereits bestehenden Aktionen beteiligen wollen, die notwendigen Informationen an die Hand zu geben.

Die materielle Hilfe für die Befreiungsbewegungen ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Aufbauarbeit in den befreiten Gebieten und damit zur Konsolidierung der Erfolge im Kampf gegen den Kolonialismus; sie ist auch ein wichtiges Mittel der Bewußtseinsbildung bei den Menschen, die für geeignete Formen der Unterstützung der Arbeit der Befreiungsbewegungen gewonnen werden können. Leider verstanden es bislang nur wenige antiimperialistische Gruppen, ihre Informations- und Aufklärungsarbeit mit einer direkten und kontinuierlichen Unterstützungsarbeit zu verbinden. Hier ist die Broschüre eine echte Arbeitshilfe; verschiedene Gruppen, die seit längerem Aktionen zur materiellen Hilfe für die Befreiungsbewegungen durchführen, stellen ihre Programme vor, nennen wichtige Kontaktadressen und weisen auf die organisatorischen Aufgaben hin. Die Broschüre gibt konkrete Beispiele für die Sammlung der Materialien, die derzeit am dringendsten benötigt werden: Medikamente und medizinisches Gerät für die Gesundheitsdienste, Unterrichtsmaterial (z.B. Schulhefte, Bleistifte), Elektrische Teile und Geräte (Rundfunkgeräte, Tonband- und Kassettengeräte, Funkgeräte, Prüfgeräte u.a.m.), Schreibmaschinen und Vervielfältiger, einfache Geräte für die landwirtschaftliche Produktion, aber auch Landrover sind wichtige und für die Befreiungsbewegungen schwer erhältliche Hilfsmittel. Ihre direkte Beschaffung oder die Geldsammlung auf ein solches konkretes Ziel hin ist eine Form der Hilfe, bei der die Gruppen sich ein konkretes Ziel setzen und den Angesprochenen unmittelbar die Bedeutung dieser Unterstützung für die Völker in den Kolonien und ihren Kampf verdeutlichen können (so wurden bei der Sammlung von Bleistiften und Schulheften unter Lehrern und Schülern bereits gute Erfahrungen gemacht). Für die Koordinierung der Versendung des gesammelten Materials - dessen Einzelverschickung finanziell wie organisatorisch eine große Belastung wäre - sind die wichtigsten Anlaufstellen in der BRD genannt.

Die 22seitige Broschüre kann bezogen werden über:

Erdmut Fröhlich,
7 Stuttgart 70
Michaelstr. 3.

Der Preis von 0,80 DM ist auf das

Postscheckkonto Hannover
Nr. 220 614 (Geisler)

zu überweisen.

Für alle, die aus Zeitmangel nicht direkt in die Solidaritätsarbeit einsteigen können, aber zur Unterstützung der Arbeit der Befreiungsbewegungen beitragen wollen, hat die Aktion Dritte Welt, Freiburg, ein Sonderkonto 'Technische Hilfe' eingerichtet. Beachten Sie dazu bitte den Aufruf auf Seite 64 dieses Heftes!

Fortsetzung von S.38

5) Um das Abkommen geheimzuhalten, schlagen die Portugiesen vor, ihre Truppen vor UNITA-Aktionen jeweils unter irgend einem Vorwand zeitweise aus diesem wichtigen, quer durch die Region Moxico nach Sambia gelegenen Korridor zurückzuziehen (3. Brief, Punkt 5a). Dieses Abkommen hat der MPLA schweren Schaden zugefügt, weil ihre Ostfront dadurch praktisch entzweigeschnitten wurde.
6) Lieferung erfolgte prompt (3. Brief, Punkt 8).
7) Die UNITA ist gehalten, von der Kolonialarmee eine solche Erlaubnis einzuholen (3. Brief, Punkt 5b).
8) Die Auslieferung erfolgte aus Gründen der Geheimhaltung des Abkommens nicht, doch wurde der Gefangene nach den Instruktionen Savimbis verhört (3. Brief, Punkt 5c). Die Portugiesen entsprachen dagegen der Bitte, ein der UPA abgenommenes Maschinengewehr zu reparieren (3. Brief, Punkt 9).
9) Die UNITA behauptete schon immer, die "intellektuellen Mestizen" der MPLA seien Marionetten der Russen und Chinesen und würden sich immer im Ausland aufhalten.
10) Trainingscamp der FNLA in Zaire.
11) Das Verhalten der UNITA hingegen werde nicht als "Kapitulation", sondern als "Integration" bezeichnet.

Iran

Kooperationsvertrag BRD - Iran

Redaktionelle Vorbemerkung

Bei dem nachfolgenden Artikel handelt es sich um Auszüge aus einem in der März-Nummer (74) des "Iran-Reports" erschienenen Aufsatz zum Thema "BRD-Imperialismus und der Iran".

In dem Wettbewerb der zur Zeit wirtschaftsstärksten kapitalistischen Industrienationen um die Sicherung von Rohstoffbasen, menschliches Arbeitskräftepotentials, sowie Absatzmärkten für Industriegüter in Dritte Welt-Länder steht die BRD gegenwärtig vor einem entscheidenden Durchbruch am Persischen Golf:

"Die jüngsten Kooperationsverträge mit dem Iran, einem Land, das sich vorbereitet, zur neuen Großmacht des Nahen Ostens und zum uneingeschränkten Herrscher über die Golfregionen zu werden, können ihrer Funktion nach mit den Ölverträgen von 1954 verglichen werden, die den USA nach dem CIA-Putsch gegen Mossadegh aus dem Windschatten der bisher im Nahen Osten vorherrschenden Briten verhalfen. Der geplante 'Wirtschaftsverbund' mit dem Iran sichert der BRD aber nicht nur, wie einstmals nordamerikanischen Konzernen, eine Beteiligung am Öl, sie leiten vielmehr eine breite industrielle, politische und militärische Kooperation ein, die geeignet ist, der westdeutschen Expansion entscheidende Konkurrenzvorteile gegenüber den übrigen Staaten Westeuropas zu verschaffen."

Die hier angesprochenen Verträge "... zwischen dem Iran und der BRD wurden durch die Reise Bundeskanzler Brandts nach Teheran, im Frühjahr 1972 politisch vorbereitet. Obwohl der privatwirtschaftliche Einfluß westdeutscher Kapitalgruppen, Privatinvestitionen und Außenhandel von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewannen, waren die offiziellen Beziehungen zwischen Bonn und Teheran über mehrere Jahre äußerst gespannt. Als Ursache dafür gab der 'Pfauenthron' an, daß der iranischen Opposition in der BRD nicht in der gleichen Weise entgegengetreten würde wie in Persien selbst.

Seit der Kanzlerreise hat die Bundesrepublik dem persischen Regime in dieser Hinsicht nun schon eine Anzahl politischer Vorleistungen erbracht: eine Nachrichtenunterdrückung bezüglich der Repression im Iran (Folter, Mord, Massenverhaftungen, Aufklärungskampagnen und Proteste dagegen werden in bundesrepublikanischen Massenmedien weitgehend verschwiegen); ungehinderte Bewegungsfreiheit für den persischen Geheimdienst in der BRD; Einreiseverbot und Abschiebungen von Gegnern des Schah-Regimes. Dementsprechend auch gelten die Beziehungen zwischen Bonn und Teheran inzwischen als 'freundschaftlicher und produktiver'.

Was sich im genaueren hinter dieser Formel verbirgt, das weiß die bundesrepublikanische Öffentlichkeit erst, seit Bundeswirtschaftsminister Friedrichs im Januar Schah Mohammed Reza Pahlevi im Engadiner Luxuskurort St. Moritz aufsuchte. Dieser Besuch brachte die vertragsreife Vorbereitung der bisher größten Kooperationsabkommen, die die BRD je mit einem Land, das zur sogenannten Dritten Welt rechnete, abgeschlossen hat.

Bei den deutsch-iranischen 'Mammutprojekten' geht es um Milliardengeschäfte, die im Iran die ökonomische Basis für die politischen Ziele des Schah-Regimes erweitern sollen: Der Iran bemüht sich seit einiger Zeit mit unverhohlener Zielstrebigkeit um die Vorherrschaft im Nahen Osten, zumindest um die volle Kontrolle der Regionen am Persischen Golf. Zu diesem Zweck begann der Schah eine derzeit mit keinem Land der Dritten Welt vergleichbare militärische Aufrüstung. Die Ergebnisse: 1971 besetzten persische Truppen die Inseln Abu Mussa, sowie Groß und Klein Tuneb am Ausgang des Persischen Golfes. Abu Mussa wird zu einem amerikanisch-iranischen Luftstützpunkt ausgebaut, auf der Insel Farsi wurden mit Zustimmung Saudi-Arabiens iranische Militärs stationiert. An den Küsten Persiens entstehen zahlreiche Marinestützpunkte... Persische Truppen stehen in Oman und Dhoffar und intervenierten dort gegen die Befreiungsbewegungen; persische Truppen kämpfen an den Grenzen zum Irak und dringen selbst in Belutschistan ein..."

Um nun ihre Hegemonialansprüche auf eine tragfähige ökonomische Basis zu stellen, bemüht sich die persische Regierung darüber hinaus schon seit längerer Zeit um den schnellen Aufbau einer produktionsstarken Industrie. Dazu bedarf sie jedoch des Importes fortgeschrittener Technologien aus den hochentwickelten Industrienationen Westeuropas oder Nordamerikas. Diesem Zweck genau dient von persi-

scher Seite aus gesehen die hier zur Diskussion stehenden Kooperationsabkommen mit der BRD.

"Durch die neuen Verträge mit Persien gelangt umgekehrt die BRD, die im internationalen Ölkonsortium nicht vertreten war, direkten Zutritt zu den Ölquellen des Nahen Ostens, und dies zu einer Zeit, in der die ölproduzierenden Länder begonnen haben, sich aus der totalen Abhängigkeit der internationalen Ölkonzerne zu lösen und mittels Enteignungen, Durchsetzung von Mitspracherechten und den Erwerb von Anteilen selbst stärker ins internationale Ölgeschäft einzusteigen.

Im einzelnen sehen die Verträge erstmals die langfristige Lieferung von Erdgas im Umfang von etlichen Milliarden Kubikmetern vor. Man spricht von 40 Milliarden Kubikmetern, die über

Waffen für Öl

Die Bereitschaft des Irans, mehr Erdöl als bisher in die Bundesrepublik zu liefern, soll von Bonn mit verstärkter Militärhilfe honoriert werden. Brigadegeneral a. D. Peter Bensien, bis vor kurzem im Verteidigungsministerium für »Verteidigungswirtschaftliche Beziehungen zum Ausland« zuständig, reist Anfang Februar an der Spitze eines deutschen Beraterteams nach Teheran. Sein Auftrag: Unterstützung der Kaiserlichen Regierung beim Aufbau einer eigenen Waffenproduktion unter starker Beteiligung der deutschen Maschinenbau-Industrie. Ein Militärhilfekredit von zehn Millionen Mark, den die Bundesregierung Ende letzten Jahres dem Iran zugesprochen hat (der höchste, den Bonn einem anderen Land gewährt), soll in diesem Jahr noch weiter aufgestockt werden.

Stern 3/74

die Türkei geliefert werden sollen und von 13 bis 14 Milliarden, die die BRD via Sowjetunion erreichen sollen ... Die vollen vertraglich vereinbarten Mengen werden aus technischen Gründen erst 1982/83 lieferbar sein...

Der Erdgashandel hat eine 'türkische' und eine 'sowjetische' Variante. Bei der türkischen Variante soll auf der Abnehmerseite ein Firmenkonsortium unter Federführung der italienischen Staatsgesellschaft ENI gebildet werden, dem auch die Deutsche Ruhrgas AG angehören soll. Ähnlich wie bei den Erdgasbezügen aus Algerien müßte dann eine Rohrleitung von den persischen Förderanlagen zum türkischen Mittelmeerhafen Iskenderun (die ohnehin seit geraumer Zeit in Planung ist) und eine Verflüssigungsanlage gebaut werden. Das Gas würde dann in flüssiger Form nach Europa transportiert. Andere Möglichkeiten, wie der Bau einer Pipeline bis nach Europa, oder die Verschiffung über den türkischen Schwarzmeerhafen Trabsoh, sind wegen der hohen Vorbereitungskosten unwahrscheinlich. Hinsichtlich der sowjetischen Variante hat sich die Bundesregierung Mitte Januar beim Besuch der deutsch-sowjetischen Kommission in Bonn das Einverständnis des stellvertretenden Ministerpräsidenten Novikow eingeholt. Mit dieser Zusage fuhr Friedrichs zum Schah. Offen ist noch, ob persisches Erdgas durch die UdSSR hindurch in die BRD geleitet wird, oder ob es (wegen der Transportkosten) in der UdSSR verbraucht und die BRD in entsprechendem Umfang mit sowjetischem Erdgas beliefert wird.

Unter Dach und Fach ist ein weiteres Projekt, der Bau einer riesigen Erdölraffinerie. Nach den bisherigen Vereinbarungen soll diese dritte Raffinerie in Persien die größte der Welt sein, und jährlich 25 Millionen Tonnen Rohöl verarbeiten. Dieses 1,2 Milliarden Dollar-Projekt in Bushir, an der Küste des Persischen Golfs, nur 100 Kilometer von der größten Erdölumschlagstation, der Insel Kharg, entfernt, und an der Verbindung zu den größten iranischen Erdölfeldern liegend, soll von deutschen Firmen unter Führung des Duisburger Stahlkonzerns Thyssen errichtet werden. Die direkten Lieferungen von Investitionsgütern seitens der bundesrepublikanischen Industriekonzerne für den Bau werden sich kostenmäßig auf mindestens 800 Millionen DM belaufen, ein Riesenexportgeschäft also! Die Eigentümer der Raffinerie, ein deutsches Firmenkonsortium von Veba, Gelsenberg, Union Kraftstoff Wesseling, werden die Abnahme der Produkte, die staatliche iranische Ölgesellschaft NIOC die Belieferung mit Rohöl garantieren.

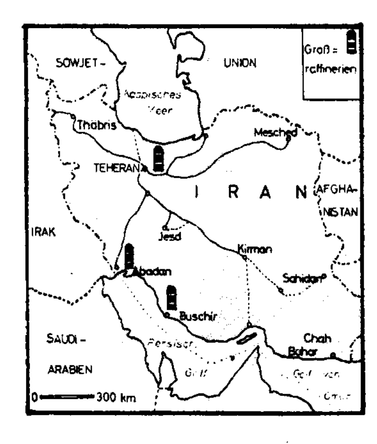
Neben diesen beiden Mammutprojekten sind noch mehr als 20 weitere Großprojekte geplant oder bereits in Angriff. Beispielsweise ist vorgesehen, der Exportraffinerie in Bushir ein petrochemisches Werk anzugliedern. Die Gesamtkosten der Raffinerie und des angeschlossenen Veredelungskomplexes betragen dann 6 Milliarden DM. Einige dieser 20 Projekte sind schon vertraglich fest vereinbart, andere befinden sich noch in Planung. Die Verträge für die Errichtung eines Hochleistungs-Stahlhüttenwerks liegen zur Unterzeichnung bereit. Daneben wird der Stahlkonzern Krupp mehrere Anlagen zur Meerwasserentsalzung verkaufen, eine eigene Engineering-Gesellschaft in Teheran gründen, eine Zementfabrik, Maschinenbauanlagen und ein Werk zur Kupfererzeugung bauen. Das Unternehmen Korf kam schon im Herbst vergangenen Jahres mit Verträgen über drei Produktionsanlagen für die Stahlgewinnung ins Geschäft. Zusammen mit dem Klöckner-Konzern verhandelt Korf nun erneut in Teheran über zusätzliche Stahlprojekte. Das zum Flick-Konzern

gehörende Unternehmen Dynamit-Nobel wird ein Werk für Chemiefaser-Vorprodukte errichten, die Elektrokonzerne AEG und Siemens bereiten zusammen mit dem Schweizer BBC-Konzern den Bau einer Schaltgerätefabrik vor und die Kolbenfabrik Mahle plant, ihre Produktion in ein Tochterunternehmen nach Persien auszulagern. Schließlich will auch der Volkswagenkonzern im Iran aktiv werden, um nicht ausländischer Konkurrenz aus Japan oder den USA den Markt Persiens und der umliegenden Länder des Nahen Ostens und Vorderasiens zu überlassen. Kürzlich wurde noch bekannt, daß die Bayer AG, die schon durch mehrere Tochtergesellschaften äußerst stark repräsentiert ist, weitere Großinvestitionen in ein petrochemisches Werk in Südpersien plant.

Deutsche Firmen werden außerdem in Teheran eine Untergrundbahn errichten. Und um die für die Industrialisierung notwendige Elektrifizierung auszubauen, liefern die Motorenwerke Mannheim Dieselelektroaggregate und Trafostationen für über 20 Millionen DM.

Neben diesen, in den letzten Wochen bekannt gewordenen Projekten darf nicht vergessen werden, welchen Umfang bundesrepublikanisches Engagement in Persien bereits in den vergangenen Jahren erreichte. Darauf soll hier jetzt nicht mehr eingegangen werden. Erwähnt werden muß jedoch noch das Riesenrüstungsgeschäft.

Unmittelbar nach den deutsch-iranischen Ölverhandlungen war über die Presse bekannt geworden, daß das größte Ölgeschäft nun auch das größte Rüstungsexportgeschäft der BRD mit ei-



nem Dritte Welt-Land nach sich ziehen soll. Es ging dabei um die Lieferung von 400 Panzern des Typs Leopard.

Wenn es um die Verfolgung wichtiger Wirtschaftsinteressen ging, war die BRD-Regierung schon häufiger von dem Grundsatz, deutsche Rüstungsgüter nur an NATO-Partner, auf keinen Fall aber in Spannungsgebiete zu verkaufen, abgewichen, beispielsweise im Fall Brasiliens, dessen Junta häufig genug schon mit Interventions- und Militärputschdrohungen gegenüber angrenzenden Ländern von sich Reden gemacht hat, oder beispielsweise im Fall Portugals, dessen Regierung NATO-Waffen aus der BRD gegen die Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Kolonien einsetzt oder beispielsweise im Fall Israels, wo die dortige Armee auf Druck der USA jahrelang, zunächst ohne Wissen der Öffentlichkeit, mit BRD-Waffen beliefert wurde. Nun also sollen Waffen aus der BRD auch in militärischen Operationen der persischen Regierung gegen die Befreiungsbewegungen in Dhoffar und Oman, gegen die Aufständischen in Belutschistan und gegen den Irak zum Einsatz kommen.

Gleich nach Bekanntwerden des Panzer-Geschäftes gab die Bundesregierung heftige Dementis heraus. In der Tat ging es auch nicht nur um die Lieferung von 400 Leopard-Panzern, sondern um weit mehr: "Zwischen der Bundesrepublik und Persien bahnt sich das größte Rüstungs-Exportgeschäft der deutschen Nachkriegsgeschichte an... Der Iran will deutsche Rüstungsfabriken, deutschen Rat beim Aufbau der Militär-Industrie, deutsche Ausbildung für persische Waffentechniker..." (Spiegel, 7, 1974). Schon bereiste der Chef der persischen Rüstungsindustrie, der stellvertretende Verteidigungsminister und jüngst auch der persönliche Vertraute des Schah, Ministerpräsident Hoveida, die Waffenfabriken der BRD. Schon verhandelt Rüstungssekretär Man in Persien über die Entsendung einer deutschen Expertengruppe unter Führung Brigade-Generals a.D. Bensien. Schon trafen die ersten 150 iranischen Offiziersanwärter in der BRD ein, um an der Heeres-Fachhochschule für Maschinenbau in Darmstadt zu studieren. Ein Vertrag über die schlüsselfertige Lieferung dreier kompletter Rüstungsfabriken ist bereits perfekt: "Von der Münchener Motoren- und Turbinen-Union (MTU), einer Tochtergesellschaft von Daimler-Benz und MAN, die auch das Triebwerk des deutschen Leopard-Panzers baut, will Persien ein Werk für Panzermotoren kaufen. - Das Nürnberger Rüstungsunternehmen Diehl soll eine Fabrik für Panzerketten liefern. Auf Diehl-Ketten läuft auch der Leopard. - Bei Rheinmetall in Düsseldorf will der Schah eine Geschützfabrik bestellen, die später 'verschiedene Dinge' (so Rheinmetall-Vorstandsmitglied), zunächst aber 120-Millimeter-Panzerkanonen bauen soll. Dieser Geschütztyp dürfte später auch in den Leopard II eingebaut werden, das Nachfolgemuster des heutigen Standardtanks der Bundeswehr." (Spiegel, 7, 1974) Das bedeutet, der Leopard II kann in Kürze im Lizenzbau im Iran selbst produziert werden, und zwar in unbeschränkter Menge. Auch die Lieferung von 450-Tonnen-U-Boote der Rheinstahl-Nordseewerke in Emden sind im Gespräch ..."

Peru

Einschätzung der Situation

1. Einleitung

Man hört sehr wenig über das drittgrößte Land Südamerikas im toten Winkel des Kontinents, außer daß dort seit über fünf Jahren eine ganz besondere Revolution im Gange sei. Besonders insofern, als sie von Rockefeller und Castro gleichermaßen gelobt wird; besonders, weil sie weder kapitalistisch noch sozialistisch sein will; besonders, weil sie von linken Studenten als auf dem Weg zum Faschismus, von konservativen Kapitalisten als auf dem Weg zum Kommunismus befindlich bezeichnet wird. Und wegen ihrer zahlreichen Reformen (Erziehung, Landwirtschaft, Verwaltung, Industrie ...) ist sie der CDU (Förderung von Genossenschaften und Mittelstand) wie der SPD (Begeisterung für die "Entwicklungsagentur" SINAMOS (1)) die sympathischste Revolution seit langem.

Kurz, es herrscht eine babylonische Begriffsverwirrung um dies "Modell", das Vorbild für die Dritte Welt sein soll. Deshalb folgt hier der Versuch einer Klärung, der die Wirklichkeit Perus am revolutionären Anspruch der Militärregierung mißt.

In einer als revolutionären Studentenblatt aufgemachten anonymen Broschüre des SINAMOS steht - wie in allen regierungstreuen Veröffentlichungen der letzten Jahre - dazu zu lesen:

Vor der Revolution vom 3.10.68

- kontrollierte die IPC (= ESSO) etwa 98 % der Erdölproduktion und Raffinerien.
- kontrollierten 188 Firmen (= 5 % der Industriebetriebe) etwa 60 % des Bruttowertes der peruanischen Industrieproduktion.
- kontrollierten ausländische Firmen (u.a.: Cerro de Pasco Corp.; Southern Peru Mining Corp., Marcona Mining Corp., Northern) 85 % der Bergbauproduktion. Allein die Cerro besaß hierbei einen Anteil von 35 %.
- kontrollierten 30 (dreißig!) Großgrundbesitzer 28,76 % des bestellbaren Landes in der Küstenregion.
- besaßen 15 Familien etwa 200 Mill. qm Bauerwartungsland rings um die Hauptstadt Lima.
- war das Land dem wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Bankrott nahe.
- war der Außenhandel in ausländischer Hand.
- war Peru ein Satellit der USA ohne eigene Außenpolitik.

Und heute, nach fünfeinhalb Jahren revolutionärer Wandel:

- kontrolliert der Staat den Außenhandel, die Banken, Erdöl, Bergbau, Fischerei, Energie und Eisenbahnen.
- wurden die Cerro, die IPC (ESSO), die N.R. Grace Co., die Telefongesellschaft ITT nationalisiert.
- wurden die kapitalistischen Gesellschaften reformiert (!), und der Arbeiter hat Zugang zu Eigentum und Gewinn.
- wird der Boden beschleunigt an die Landbevölkerung übertragen.
- wurden ernsthafte Aktionen begonnen, um den Analphabetismus auszurotten und die Erziehung zu reformieren.

Was trifft davon wirklich zu? Was ist Wortgeklingel? Diesen Fragen soll im folgenden nachgegangen werden.

2. "Verstaatlichungen" in der Industrie

Eine Woche nach der Machtergreifung der Militärs im Oktober 1968 wurden die Camps der IPC (ESSO) spektakulär von Panzern besetzt. Man hatte ihr mit jahrelangen "Diskussionen" Zeit gelassen, die Ölfelder nahezu leer zu pumpen. Die Entschädigung wurde prompt entrichtet, aber in einem spektakuläreren Akt gepfändet, d.h.: gegen frühere Schulden aufgerechnet. Trotzdem sperrten die kurzsichtigen Falken in Washington darauf hin jahrelang Kredite und Investitionen in Peru. Daher geriet Peru in den Ruch, antiimperialistisch zu sein.

Die 188 mächtigsten Gesellschaften wurden nicht zu einem Bruchteil verstaatlicht. Es wird sogar versucht, den Unternehmen der im Rahmen des Andenpaktes (eine Art südamerikanischer EWG) bessere Profitmöglichkeiten zu schaffen. Unternehmen der Grundstoffindustrie (Zement, Raffinerien, Fischmehlfabriken, Eisenbahnen, Telefongesellschaft, Elektrizitätswerke, Zukkerproduktion) werden großzügig abgefunden. Die Case Manhattan Bank erhielt so als Entschädigung mehr als das Doppelte der erwarteten Summe für ihre Filiale. Die Eisenbahngesellschaft (britisch) wurde vom Staat übernommen, weil sie zwei internationale Kredite nicht mehr zurückzahlen konnte. ITT kontrolliert weiterhin die Produktion von Telefonen usw.

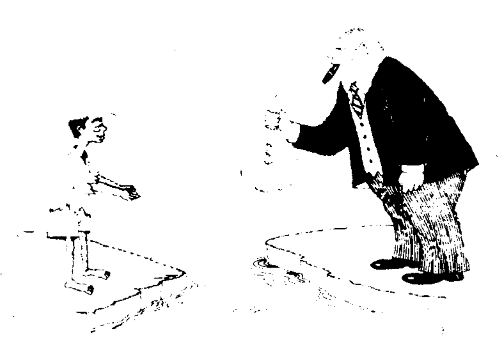
3. Bergbau

Im Bergbausektor war die Übernahme (d.h. schlicht und einfach ein Kauf) der Cerro de Pasco die einzige "revolutionäre Aktion": Diese Gesellschaft wurde nicht mehr mit den klassenbewußten, kämpferischen Bergleuten fertig, die die Regierung beim antikapitalistischen Wort nahmen und dafür auch (zuletzt 1971 in Cobriza) von der Nationalgarde massakriert wurden.

Die Stollen waren meist über 60 Jahre alt, und während der über einjährigen "Verhandlungen" wurden die reichsten Adern vollends ausgebeutet. Der Staat kaufte dann die unrentablen Minen und er zahlte (mit einer US-Anleihe) prompt in bar!

4. Agrarreform

Mitte 1969 wurde die "radikalste" Agrarreform des Kontinents ausgerufen, d.h. es wurde ein Gesetz erweitert, das nach den Bauernaufständen 1962 geschaffen worden war und der Unruhe auf dem Lande vorbeugen sollte. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um den Zwangsverkauf von z.T. unverkäuflichem Brachland und kahlgefressenen Weisen. Der Grundherr macht mit seinen Advokaten-Kumpanen vom Bodengericht den Preis aus, und der Staat treibt ihn innerhalb von 20-30 Jahren mit 4-6 % Zinsen für den ehemaligen Besitzer ein. Dafür muß sich der Grundherr nur verpflichten, die Erlöse in der "nationalen" Industrie zu investieren (und dort noch mehr als in der Landwirtschaft abzusahnen).


Kapitalfluß aus den Industrieländern



Kapitalfluß in die Industrieländer

Die "nutznießenden" Bauern der Ex-Güter werden zu Genossenschaften zusammengepfercht, damit man von ihnen besser die Schuld eintreiben kann, damit sie lernen, kapitalistisch-rational zu produzieren, damit sie Maschinen kaufen und bei ihren Mitgliedern ein Kleinaktionärsbewußtsein züchten. Die Genossenschaften dürfen auch Lohnarbeiter beschäftigen und sie sind, innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, eben profitorientierte Betriebe. So kommt es z.B., daß die Arbeiter der Zuckerhacienden an der Nordküste sich von der Gewinnbeteiligung Fernsehapparate und Whisky kaufen und ihre Klassengenossen vor den Toren arbeitslos lassen.

5. Stadtreform

Von einer Stadtreform hat man noch nicht einmal andeutungsweise etwas verlauten lassen. Was mit kostspieligsten Bewässerungsprojekten in einem Tal der Wüste an Ackerland abgerungen wird, geht in der gleichen Zeit rings um Lima für Bauspekulation drauf: Für den unteren Mittelstand werden dort Wohnungen gebaut, die man eher als Hasenställe bezeichnen kann.

Die Hälfte der Bevölkerung haust in Wüstentälern in einem Gürtel des Elends rings um die Stadt. Die Hütten sind aus Bastmatten, Lehmziegeln und ähnlichen Materialien errichtet. Selbst für das Trinkwasser müssen diese Slumbewohner noch teuer bezahlen. Für die Regierung bzw. für ihre Unterorganisation SINAMOS ist diese Bevölkerung das ideale "Menschenmaterial" für Massenaufmärsche. Man braucht den total entwurzelten, arbeitslosen, kranken und desillusionierten Landarbeitern aus den entferntesten Gebirgsdörfern nur eine Parzelle Land zuzuteilen, Busse zum Nulltarif fahren zu lassen und scheinradikale Parolen schreien, und sie laufen mit in der verzweifelten Hoffnung auf eine Wasserleitung, Stromversorgung, eine Buslinie usw.

Währenddessen bleibt Lima eine riesige Spekulationswüste. Von einer Enteignung jener 15 Familie, die 200 Millionen qm Bauerwartungsland besitzen, wurde nie etwas bekannt; dagegen hörte man von Waffeneinsatz gegen "Landbesetzer" auf Privatbesitz.

6. Erziehungsreform

Die Erziehungsreform ist zwar in Worten herrlich progressiv. Angeblich ist sie von Freire und Ivan Illich inspiriert; aber die Wirklichkeit ist wohl eher von der bundesdeutschen Bildungspolitikerin Hamm-Brücher und dem peruanischen Botschafter in Bott konzipiert und vor allem zur Schaffung einer handwerklich-technisch vorgebildeten industriellen Reservearmee für die Bedürfnisse der verarbeitenden In-

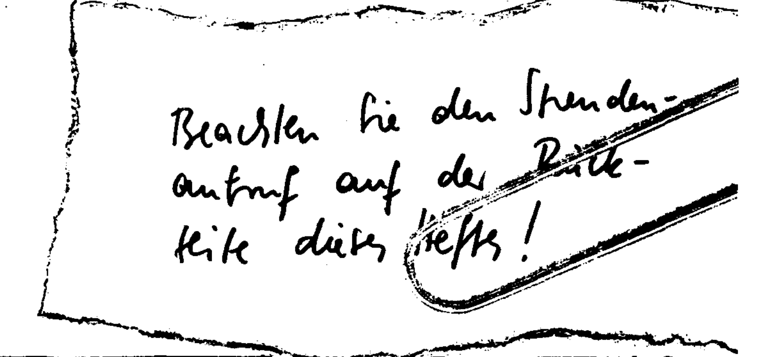
dustrie des Billiglohnlandes ins Leben gerufen. Mit dem 30 %-Einfluß der (sicher nicht revolutionär vorgebildeten) Elternkörperschaften in den lokalen Erziehungsräten werden wohl kaum revolutionären Inhalte vermittelt, eher der traditionelle Einfluß der Pfaffen und ihrer Ideologie weiter aufrechterhalten. Auf dem Land werden von den unvorbereiteten, von Nonnen ausgebildeten Lehrern kaum halbwegs dem 20. Jahrhundert entsprechende Bildungsinhalte gelehrt. Kritische Lehrer werden in KZs im Dschungel (SEPA und Potao) verfrachtet (zuletzt im Oktober 73 nach einem Streik ihrer fortschrittlichen Einheitsgewerkschaft SUTEP).

Arbeitskreis Südamerika
Peru, April 1974

Anmerkungen

1) SINAMOS = Nationales System zur sozialen Mobilisierung; eine Organisation der Regierung, die sich zu einer Ersatzpartei mit Propagandaapparat und Spitzelorganisation entwickelt hat.

2) APRA = Alianza Popular Revolucionaria Americana; Massenorganisation unter der Führung des Mittelstandes; Ziel ist die Errichtung eines unabhängigen Staatskapitalismus.



Strukturdaten

Vorbemerkung

Für die Erstellung der folgenden Strukturdaten wurden fast ausschließlich Artikel und Zeitungsmeldungen benutzt, die in der BRD verfügbar sind. Es ist anzunehmen, daß derartige Informationen zum Teil gefiltert sind. Um trotzdem eine Einschätzung der gegenwärtigen Situation in Peru zu ermöglichen, fügen wir einen Lagebericht an, den wir von einer Gruppe aus Peru erhielten.

1. Allgemeines

Fläche: 1,285 Mio qkm; drittgrößtes Land Südamerikas (10, S. 3) (zum Vergleich: BRD 0,25 Mio qkm)

Hauptstadt: Lima, ca. 3 Mill. Einwohner

Bevölkerung: insgesamt ca. 14 Mill., davon 50 % Indianer, 35 % Mestizen und 12 % Europäer (meist spanischen Ursprungs). Das Bevölkerungswachstum beträgt 3,1 % im Jahr. (10, S. 3)

Staatsform: Präsidiale Republik. Staatsoberhaupt General Velasco kam 1968 durch einen Putsch an die Macht. Er löste das Parlament auf. (10, S.3)

Mitgliedschaften: UNO, Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Lateinamerikanische Freihandelszone (LAFTA) und deren Unterorganisation Grupo Andino (Andenpakt). (8,3.28).

Währung: 1 Sol (12 Sol entsprechen etwa 1 DM)

Geographie: Peru besteht aus drei Regionen:
1) Die Costa (Küste), eine relativ entwickelte Region mit ca. 41 % der Gesamtbevölkerung auf 11 % des Staatsgebietes und ca. 60 % des Bruttosozialproduktes. In dieser Küstenregion liegt die Hauptstadt Lima, in deren Umgebung 82 % der gesamten Industrieproduktion und 78 % aller Handelsumsätze getätigt werden.
2) Die Sierra (das Andengebirgsland) mit rund 50 % der Gesamtbevölkerung auf 26 % der Fläche und ca. 30 % des Bruttosozialprodukts. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt hier in Subsistenzwirtschaft. Es gibt eine starke Landflucht aus der Sierra in die Küstenregion.
3) Die Selva (das östliche, noch wenig erschlossene Andenrandgebiet und das anschließende fruchtbare Urwald-Tiefland) mit nur 9 % der Bevölkerung auf 60 % der Fläche und 4,6 % des Bruttosozialprodukts. Erfolgversprechende Erdölbohrungen werden in naher Zukunft für eine schnelle "Entwicklung" dieser Region sorgen (1, S. 2; sonstige Angaben nach: 10, S. 3 und S. 8).

2. Wirtschaft

2.1. Allgemein

Vor 1968 befand sich die Wirtschaft Perus fast vollständig in ausländischen Händen: Der schwedische Journalist Lindqvist stellte dies so dar: "85 Prozent der Grubenproduktion sind Eigentum ausländischer Unternehmen. Bis zur Enteignung der IPC (US-amerikanischer Erdölkonzern) galt das gleiche für 88 Prozent der Ölgewinnung. Vierzehn der zwanzig wichtigsten Fischfang-Gesellschaften arbeiten vornehmlich mit ausländischem Kapital. Sechs der zehn Zuckerfabriken gehören

Ausländern. Der Export von Baumwolle, Wolle und Kaffee liegt in den Händen von Ausländern, die auch in großem Umfang die Produktion finanzieren. Der Fernsprechverkehr, große Teile des Eisenbahnnetzes und die Elektrizitätsgewinnung werden von ausländischen Unternehmen betreut. Achtzig Prozent des Werbevolumens werden von sieben ausländischen Werbeagenturen betreut. Die Industrie besteht zum größten Teil aus Tochtergesellschaften, Montage-Industriebetrieben, die letzte Hand an importierte ausländische Markenwaren legen. Im Importhandel dominieren ausländische Betriebe, wie auch bei den führenden Warenhäusern und Ladenketten. Insgesamt stehen ausländische Betriebe, hauptsächlich im Besitz der USA, für 35 bis 40 Prozent des peruanischen Bruttosozialprodukts." (7, S. 216)

Im Zeitraum 1960-1968 betrug die Höhe der neuen ausländischen Direktinvestitionen 166 Mill. Dollar; in der gleichen Zeit betrugen die Gewinne der ausländischen Direktinvestitionen 628 Mill. Dollar. (8,3.26)

Die Militärregierung versucht seit 1968, diese Abhängigkeit durch eine Politik des "Dritten Weges", der weder kapitalistisch noch sozialistisch sein soll, zu überwinden. Ihre Zielvorstellungen lassen sich folgendermaßen umreißen:

Die Wirtschaft soll aus drei klar zu unterscheidenden Unternehmensarten bestehen: Staatliche Großbetriebe übernehmen den Ausbau der Grundindustrie (Erdöl- und Energieerzeugung, Fischerei, ...). Private nationale Unternehmen entwickeln in Verbindung mit ausländischem Kapital die Versorgungsgüterindustrie. Rein ausländische Unternehmen sind für den Bereich der Mineralausbeutung vorgesehen. Letztere sollen dem Staat die Geldmittel erwirtschaften, die für den Aufbau des Landes notwendig sind (3, S. 179f). Um eine Radikalisierung der verarmten Massen zu verhindern, sollen die Arbeiter am Gewinn und an der Verwaltung der Betriebe beteiligt werden. Dazu müssen die Unternehmen jährlich einen Teil des Gewinns (im Bergbau sind es 10 % (15)) an die Belegschaften (comunidad industrial = CI) abtreten. Dieser Gewinn wird etwa zur Hälfte in bar ausgezahlt, wobei der Gewinnanteil proportional zum Einzelverdienst der Arbeiter berechnet wird (9, S. 15; 15), d.h.: wer viel verdient, erhält auch einen größeren Teil des Gewinns. Den restlichen Anteil am Gewinn erhalten die Comunidad Industrials in Aktienanteilen ihrer Gesellschaft. Der Aktienanteil der CI darf 50 % nicht übersteigen. Diese Grenze kann frühestens nach 5 Jahren erreicht werden; bei ständigen hohen Investitionen der Kapitaleigner jedoch nie (9, S. 15). Diese Vorstellungen sind schon als Gesetz erlassen. Darüber hinaus plant die Regierung, Betriebe einzurichten, die vollständig den Arbeitern gehören (20, S. 85; 1, S. 1).

Zusammen mit der Verstaatlichung der International Petroleum Company (IPC), einer Tochtergesellschaft des Öl-Konzerns Standard Oil of New Yersey (ESSO), führte dies Regierungsprogramm dazu, daß sich in- und ausländische Unternehmer mit Neuinvestitionen zurückhielten. Der Anstieg des Bruttosozialprodukts blieb daher weit hinter den Planzahlen zurück (10, S. 4f; 14, S. 13). Die Regierung hält jedoch ausländisches Kapital für einen Aufbau des Landes für unerläßlich (7, S. 227), daher bemühte sie sich seit 1970, dem privaten Kapital günstigere Bedingungen zu schaffen: Für 1970 kündigte sie ein finanzielles Expansionsprogramm an, das Geldmittel zur Ankurbelung der privaten Wirtschaft bereitstellen soll (3, S. 227). Sie betonte 1973, daß keineswegs private in gemeinwirtschaftliche Unternehmen umgewandelt werden sollen (1, S. 1), und sie sorgt für einen "Arbeitsfrieden", indem sie auf Streiks der Arbeiter in zunehmendem Maße repressiv reagiert (9, S. 15).

2.2. Landwirtschaft

Etwa die Hälfte der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft (10, S.3). Für den Export werden auf den Plantagen in der Küstenregion vor allem Zukker, Baumwolle und Kaffee angebaut (10, S. 3). Die Produktivität bei Erzeugnissen für den einheimischen Markt ist gering: jährlich müssen für über 120 Mill. Dollar Lebensmittel importiert werden (7, S. 182; 13, S. 16).

Vor 1968 besaßen 0,1 % der Landeigentümer 60,9 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche, während die große Masse der Landbesitzer (nämlich 83 %) im Durchschnitt nur 1,5 ha besaß und somit nur über 5,8 % der Nutzfläche verfügen konnte (11, S.5f).

Die Landreform der Regierung sieht vor, daß aller Landbesitz über 150 ha im Küstengebiet (über 20-55 ha im Gebirge und über 1500 ha bei reiner Viehwirtschaft) enteignet und an Pächter und Kleinstbauern gegen langfristig zahlbare Kaufsummen verteilt wird. Der Grundbesitzer wird sofort in bar entschädigt, wenn er den Erlös in der Industrie investiert (9, S.14; 6, S. 1313f). Die Bauern sollen nach Möglichkeit in Genossenschaften organisiert werden (6, S. 1313). Bisher wurden insgesamt 5500 landwirtschaftliche Betriebe (teil-)enteignet. Von den sich dadurch ergebenden 5,6 Mill. ha sind bis Oktober 73 ca. 3,5 Mill. ha an 180 000 Familien verteilt (verpachtet) worden (1, S. 3). (Zur Einschätzung dieser Landreform siehe auch iz 20, S. 49).

2.3. Fischereiwirtschaft

Größte Bedeutung hat hier die Sardelle Anchovis, aus der das Fischmehl gewonnen wird. Vor 1972 erzielte Peru durch die Ausfuhr des Fischmehls mehr als 20 % seiner Exporterlöse (15, S. 180). Danach blieben die Anchovis-Schwärme aus und das Fangergebnis sank um 60 % (1, S. 3), was zu einer Krise im Fischereisektor führte. Darauf hin wurden alle Fischmehl- und Fischölfabriken verstaatlicht (1, S. 3).

2.4. Bergbau und Erdöl

Peru besitzt große Kupfer-, Silber-, Vanadium- und Wismutvorkommen (10, S. 3). Diese wurden und werden zum größten Teil von ausländischen Firmen ausgebeutet. Die bedeutendsten Firmen sind: Cerro de Pasco Corporation (Marktanteil 35 % (16, S. 9)); Southern Peru Copper Corporation; Marcona Mining Company (7, S. 180ff). Die Gewinne dieser US-Unternehmen lagen in den vergangenen Jahren bei 80 % (achtzig!) im Jahr (7, S. 195 und S. 212).
Die Cerro de Pasco Corporation wurde Ende 1973 vom peruanischen Staat aufgekauft, da ihre Neuinvestitionen hinter den Erwartungen des Staates zurückblieben (16, S. 9).
Aufgrund der Ölfunde in der Selva kann Peru damit rechnen, in einigen Jahren vom ausländischen Öl unabhängig zu werden. Derzeit müssen noch etwa 25 % des Eigenbedarfs importiert werden, während schon für 1976 mit umfangreichen Exporten gerechnet wird (etwa in Höhe des Eigenbedarfs) (1, S. 2f; 18, S. 15).

2.5. Verarbeitende Industrie

Der Aufbau einer eigenen verarbeitenden Industrie ist in den letzten Jahren nicht in dem geplanten Umfang erreicht worden (10, S. 4f). Im Bereich von Schiffbau und Automobilindustrie wurden die Planziele jedoch erfüllt (1, S. 4). Aufgrund der peruanischen Politik reagierten die ausländischen Konzerne eher zögernd und es gab kaum nennenswerte Privatinvestitionen. Die Investitionstätigkeit im industriellen Sektor lag daher bisher vorwiegend auf staatlicher Seite (1, S. 4). Es gibt Anzeichen, daß sich dies in Zukunft ändert (9, S. 15).

2.6. Import - Export

Im Jahre 1973 machten Bergbauprodukte 54 % des Exportvolumens aus, Fischereiprodukte 20 % und landwirtschaftliche Produkte 19 %. Im gleichen Jahr ergab sich als Importstruktur: 46 % Rohstoffe und Halbwaren, 28,5 % Kapitalgüter und 9,8 % Konsumgüter. Beim Import waren die Zuwachsraten bei Kapitalgütern und Halbwaren besonders hoch (1, S. 4).
Haupthandelspartner: USA, BRD (Exportanteile 42 % bzw. 11 %) (5, S. 181).

2.7. Banken

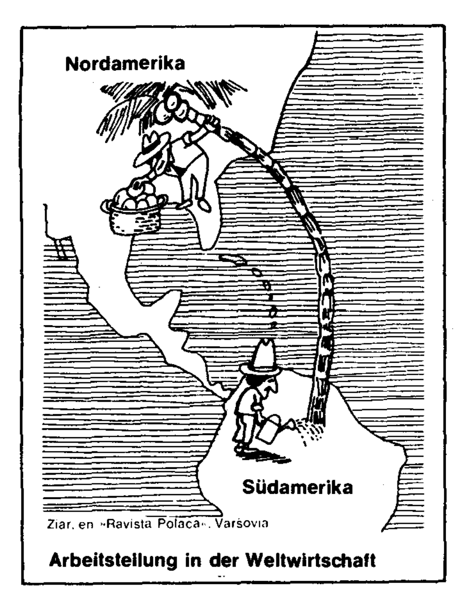
Nach 1968 wurde die Zentralbank verstaatlicht und die Auslandsbeteiligung in peruanischen Banken auf maximal 25 % festgesetzt (9, S. 14).

2.8. Steuern

Die Konsumenten tragen die Hauptlast der Steuern, denn die indirekten Steuern machten z.B. 1966 ca. 79 % des gesamten Steueraufkommens aus (11, S. 6).

3. Gesundheitswesen

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung ist unzureichend. Etwa 3 Mill. Peruaner (d.h. über 20 % der Bevölkerung) werden ärztlich nicht betreut (13, S. 23). Bezüglich der medizinischen Versorgung besteht ein starkes Gefälle zwischen der Küste und dem Hochland bzw. den Urwaldgebieten. In Lima kommt (im statistischen Mittel!) ein Arzt auf 720 Einwohner; in den Landgebieten dagegen manchmal nur ein Arzt auf 26 000 Einwohner (1, S.3). Etwa die Hälfte der Krankenhäuser sind privat. Die Kindersterblichkeit ist mit 105 pro 1000 eine der höchsten in Südamerika (4).



Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft

4. Bildungswesen

Es besteht zwar vom 6. bis 14. Lebensjahr eine allgemeine Schulpflicht, aber 25 % der schulpflichtigen Kinder besuchen keine Schule. Die Abbruchquoten sind so hoch, daß nur 20 % der Schulanfänger die Volksschule beenden. Von den Erwachsenen sind etwa 32 % Analphabeten. Die Regierung forciert in den letzten Jahren den Ausbau des Schulwesens (10, S. 3). Das Schulgeld wurde noch nicht völlig abgeschafft (9, S. 15).
An den Hochschulen ist jede politische

Betätigung untersagt. Studentenunruhen werden brutal unterdrückt (9, S. 15; 3, S. 183; 7, S. 184).

5. Kirche

92 % der Peruaner sind Katholiken; 1,8 % Protestanten (12, S. 24). Bekannt wurde die Priesterbewegung ONIS (Oficina Nacional de Investigacion Social), die sich für eine Orientierung der Kirche im Sinne der Beschlüsse von Medellin einsetzt (12, S. 22; 11, S. 5ff). Ihre Aktionen wurden häufig von den Bischöfen unterstützt. Das zeigt z.B. die Erklärung des peruanischen Episkopats vom Juni 1971 ("Bischöfe für Sozialismus", 2, S. 30ff).

6. Militär

Im Jahr 1970 betrug der Umfang der Streitkräfte 54 600 Mann (5, S. 184). Für das Haushaltsjahr 1974/75 sind 528 Millionen Dollar für Militärausgaben vorgesehen (etwa 20 % des Staatshaushalts).
In den letzten zwei Jahren kaufte Peru 20 Mirage-5, mehrere Raketen und Unimogs aus der BRD und aus Frankreich. 3 Hubschrauber, 40 Panzer und einige Mig-Flugzeuge wurden aus der UdSSR bezogen. Die Marine kaufte 4 U-Boote und 2 Zerstörer aus Großbritannien, sowie 1 Zerstörer aus den Niederlanden (17). Peru ist hinter Brasilien, Argentinien und Venezuela der viertgrößte Waffenkäufer Südamerikas. Die Mittel zum Kauf dieser modernen Waffen werden durch eine Sondersteuer aufgebracht (19).



7. Lage der Bevölkerung

Die Bevölkerungs- und Einkommensverteilung (vor 1970) wird durch die folgende Tabelle wiedergegeben:

Großgrundbesitzer und Industrie-Monopolbourg.
A 0.1 - B 100.794 - C 19.9



die 3. Welt im Aufbruch

INCANDESCENCIA

Management, Wissenschaftler, industrielle Bourg.
A 0.4 - B 8.000 - C 6.3

Angestellte und Facharbeiter
A 20.0 - B 1.500 - C 46.7

Gewerkschaftl. organisierte Arbeiter und Landarbeiter in Küstenregionen
A 22.8 - B 681 - C 14.2

Unorganisierte Sierra- und Selva-Bauern
A 56.7 - B 117 - C 12.9

A = Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung
B = durchschnittliches Monatseinkommen (peruanische Soles)
C = Prozent des Nationaleinkommens
(aus: 9, S. 12)

Die Hälfte der Bevölkerung ist unterbeschäftigt (1, S. 2). Das Pro-Kopf-Einkommen ist eins der niedrigsten in Südamerika (9, S. 13), denn für die 12 Mill. Peruaner der unteren Schichten ergibt sich als durchschnittliches Jahreseinkommen nur 600 DM (11, S. 6). Die Preise steigen, während die Löhne nahezu konstant bleiben (9, S. 14). Die geringen Verdienstmöglichkeiten auf dem Lande führten zu einer Flucht in die Städte. Dort breiteten sich die Elendsviertel aus: 1955 wohnten "nur" 10 % der Einwohner Limas in Slums, 1969 waren es schon über 30 % (7, S. 27). Der Wohnungsmangel führte zur Bodenspekulation und zum Ansteigen der Baukosten (7, S. 29). Das trug mit dazu bei, daß Lima die Stadt mit den höchsten Lebenshaltungskosten in Lateinamerika wurde (9, S. 14).

Über 70 000 Kinder zwischen 6 und 14 Jahren arbeiten (vorwiegend in den Städten) (13, S. 22).

Die Lohneinbußen der letzten Jahre sind die Ursache für Streiks, die in zunehmendem Maße unterdrückt werden. Die Regierung muß erkennen, daß ihr die Massen nicht mehr freiwillig folgen. Daher ist für sie das größte Problem die Zügelung und Lenkung der Massenmobilisierung (9, S. 14f). Zu diesem Zweck wurde die staatliche Entwicklungsagentur SINAMOS gegründet, die die "Revolution von oben" verwirklichen soll (4).

8. Beziehungen zur BRD

8.1. Wirtschaftsbeziehungen

Die BRD ist nach den USA der bedeutendste Handelspartner Perus. Die Struktur des Handels wird durch folgende Tabelle verdeutlicht:

Außenhandel BR Deutschland - Peru
(in 1 000 DM)

Warenbenennung	Einfuhr 1. Hj. 1973	Einfuhr 1. Hj. 1972	Ausfuhr 1. Hj. 1973	Ausfuhr 1. Hj. 1972
Lebende Tiere und Nahrungsmittel	14 281	117 033	1 520	270
Getränke und Tabak	190	237	9	41
Rohstoffe, ausgen. mineralische Brennstoffe	30 853	31 202	1 017	1 668
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	-	-	462	403
Tierische und pflanzliche Fette und Öle	13 473	37 052	54	45
Chemische Erzeugnisse	63	229	43 307	42 104
Bearbeitete Waren, nach Beschaffenheit gegliedert	38 648	42 663	16 212	13 088
Maschinen und Fahrzeuge	17	109	67 708	57 804
Sonstige bearbeitete Waren	148	156	8 058	6 769
Waren und Vorgänge, nicht nach Beschaffenheit gegliedert; Gold	427	499	531	375

Quelle: Stat. Bundesamt Wiesbaden, Gliederung nach CST
(1, S. 5)

Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in Peru betrug am Jahresende 1970 53,3 Mill. DM, das entspricht 0,9 % aller BRD-Direktinvestitionen in Entwicklungsländern (8, Dia 19).

8.2. Kapital- und technische Hilfe

Die BRD leistet Peru bis 1973 rund 90 Mill. DM Kapitalhilfe. (4) Im Februar 1974 wurden weitere Kredite in Höhe von 60 Mill. DM gewährt (18). Die technische Hilfe für Peru betrug bis 1973 etwa 172 Mill. DM (4). Zur Zeit sind mehr als 80 Experten und 80 DED-Helfer in Peru tätig. Eine genauere Einschätzung der Entwicklungsprojekte ist aufgrund unzureichender Informationen derzeit nicht möglich.

wawi

Literatur

1) BfA: Weltwirtschaft im Jahreswechsel: Peru, Februar 1974
2) "Bischöfe für Sozialismus" - Erklärung des peruanischen Episkopats vom Juni 1971, in: Katholizismus in Lateinamerika, Wien o.J.
3) Cotler, J.: Politische Krise und Militärpopulismus in Peru, in: Mansilla: Probleme des Dritten Weges, Darmstadt 1974, S. 159-198
4) Geschke, G.: Aus Coca-Cola wurde Inka-Cola, DAS, 21.10.73
5) Grabendorff, W.: Lateinamerika - wohin?, dtv, München 1970
6) Krüger, M.: Zur Entwicklung in Peru, Revolution oder Reaktion? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nov. 1969, S. 1312-1320
7) Lindqvist, S.: Südamerika, der geplünderte Kontinent, Hamburg 1972
8) Lüpke, R.: Dritte Welt im Schaubild, Themenbereich 3, Begleittext, Stuttgart 1972
9) Peru, in: Mitteilungen des Komitees für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba, Januar 1974, S. 11-17
10) Peru - ein Schwerpunktland deutscher Hilfe - sucht neue Wege der Entwicklung, in: E u. Z, 11/73, S. 3ff
11) Peru, Kirche im Wandel, Misereor Aachen 1972
12) Reform und Revolution in den Anden - Chile, Peru, Bolivien; Hrsg.: "Brot für die Welt", Stuttgart o.J.
13) Rivera, H.B.: Peru 1965, Suhrkamp, Frankfurt 1970
14) Was ist und wohin führt die peruanische Regierung? in: Lateinamerika heute, Nr. 4
15) Handelsblatt 12.6.71
16) NZZ 3.1.74, S. 9
17) AFP, 26.1.74; Excelsior, Mexico-City 27.1.74; La Presencia, La Paz 29.1.74; Expreso 27.1.74
18) NZZ 8.2.74
19) NZZ 14.3.74
20) FR 15.9.73, S. 85

Chile

Die Junta immer am Ball

<u>Was die chilenische Junta über Sport und Spieler denkt</u>

Im April hat die Direktion für Öffentlichkeitsarbeit in der Abteilung Psychologie des chilenischen Präsidialamtssekretariats (Dirección de Relaciones Humanas, Departamento de Psicología de la Secretaría General de Gobierno) einen Bericht über "Verhaltensregeln für chilenische Sportdelegationen, die uns im Ausland repräsentieren" erstellt. Dieser Bericht ist in Form eines vertraulichen Rundschreibens allen verantwortlichen chilenischen Sportfunktionären zugeleitet worden. Die chilenischen Militärs heben darin die politische Bedeutung des Auftretens der chilenischen Mannschaft im Ausland hervor, geben ein vernichtendes Pauschalurteil über die sportliche Qualifikation sowie über Disziplin, Urteilsfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein der chilenischen Sportler ab und folgern daraus die Notwendigkeit striktester Kontrolle und militärischer Reglementierung ihrer Mannschaften durch die Funktionäre, gerade auch anläßlich der WM in Deutschland.

Dem Komitee "Solidarität mit Chile" West-Berlin liegt ein Durchschlag dieses Rundschreibens vor. Die Quelle kann leider nicht genannt werden, ebensowenig wie das genaue Aktenzeichen und Datum, weil angenommen werden muß, daß hier durch kleine Unterschiede zwischen den einzelnen Exemplaren die jeweiligen Verteilerstellen kenntlich gemacht worden sind.

Der Bericht lautet (gekürzt):

"1. <u>Begründung</u>

Die im Ausland gegen Chile geschaffene internationale Situation erfordert eine psychologische Vorbereitung der chilenischen Sportler, die uns in den verschiedenen Bereichen des Sports im Ausland vertreten. Sie müssen Träger des neuen Bildes sein, das sich in unserem Vaterland abzeichnet. Ihre Verhaltensweisen müssen unsere gegenwärtige historische und kulturelle Situation widerspiegeln. ... Das Wesentliche ist, daß die chilenische Delegation ein positives Beispiel dafür abgibt, wie unser Volk ist.

2. <u>Psychologische Merkmale des chilenischen Sportlers</u>

... Im Allgemeinen ist der chilenische Sportler unverantwortlich in seinem Betragen und respektiert nicht die im Sport bestehenden Rangordnungen. Er ist in emotionaler Hinsicht ein impulsives Individuum, das seine Gefühle nicht genügend kontrolliert... ohne sich dessen bewußt zu sein, daß sein Verhalten seiner Mannschaft schadet und ein ungutes Bild der Nation gibt, die er vertritt... Man hört nur selten von einer verantwortungsbewußten und selbstkritischen Haltung... Andererseits fällt ein übertriebener Optimismus in Bezug auf die eigenen Fähigkeiten auf...

Dem chilenischen Sportler fehlt es im allgemeinen an Selbstsicherheit. Er kann oftmals technisch dem Gegner ebenbürtig sein, aber wegen seines Gefühls der Unsicherheit scheitert er. Danach kommen die obligaten Entschuldigungen, in denen die Verantwortung auf andere abgeschoben wird.

Im allgemeinen ist der chilenische Sportler wesensmäßig der "ewige Verlierer". Unsere Bevölkerung verlangt sogar nicht einmal mehr Erfolge, sondern nur eine verdienstvolle Bemühung ... All das führt dazu, daß er seine objektive Realität nicht erkennt...



3. <u>Ratsamkeit eines allgemeinen psychologischen Trainings für diese Personen vor ihrer Auslandsreise</u>

All das oben Gesagte macht ein gewisses psychologisches Training unerläßlich. Dieses Training hat mehr das Ziel einer Korrektur als einer Bewußtmachung neuer Verhaltensweisen, weil es praktisch unmöglich wäre, die ungenügenden Normen des Betragens und des Verantwortungsbewußtseins zu ändern, an die sie seit Jahren gewöhnt worden sind. Vor der Reise ist es zunächst nötig, die Spieler über einige Aspekte des Landes zu informieren, in das sie fahren. Man muß ihnen eine Vorstellung vom Publikum und vom Gegner, auf den sie treffen, geben. Es ist notwendig, die Spieler vorzubereiten auf mögliche Publikums-Kundgebungen außersportlicher Art, aufgrund der ganzen antichilenischen Kampagne, die der internationale Marxismus gegen Chile in Gang gesetzt hat. Man muß ihnen ein echtes Bewußtsein der <u>Verant-</u>

wortung geben, die sie übernehmen, sobald sie unser Vaterland vertreten...

Mit diesem verantwortungsbewußten Verhalten verbindet sich untrennbar die Disziplin gegenüber den Ratschlägen und Anweisungen derjenigen, die die Delegation leiten. In Bezug auf diese Leiter der Mannschaft müssen Respekt gegenüber ihrem Rang und Gehorsam gegenüber ihren Anordnungen herrschen. Disziplinlosigkeit muß bestraft werden...

4. Verhaltensregeln auf der Straße, bei Besuchen an öffentlichen Orten, Einladungen, Cocktails etc. und in den Unterkünften

Es ist unerläßlich, daß die Spieler eine eiserne Disziplin, Ordnung und Anstand wahren, sowohl auf sportlichem Gebiet wie in ihren sonstigen Aktivitäten. Sie müssen sich untereinander respektieren, ebenso wie die Rangordnung in Beziehung zu den Sportfunktionären. Diese müssen ebenso wie die Spieler ein angemessenes psychologisches Training erhalten, das es ihnen erlaubt, ihre Leitungsfunktionen gut wahrzunehmen.

Jedes Interview mit den Spielern oder sonstige Tätigkeit dieser Art muß zuvor von den Leitern genehmigt werden, die den Mitgliedern der Mannschaft die dabei zu beachtenden Richtlinien und Verhaltensweisen angeben. Es darf keinerlei Akt des Ungehorsams gegenüber den erlassenen Richtlinien geduldet werden...

5. Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland

Dieses Ereignis erhält für Chile eine große Bedeutung aufgrund der Vorkommnisse anläßlich der Ausscheidungsspiele, in denen das sportliche Geschehen infiziert wurde durch politische Faktoren, die vom Interesse Rußlands geschürt waren. Deshalb erlangt die Beteiligung der chilenischen Mannschaft einen äußerst wichtigen symbolischen Wert...

Chile regelt ausländische Investitionen neu

hjs. HAMBURG, 18. Juli. Die chilenische Regierung hat das Statut für Auslandsinvestitionen verabschiedet. Danach sind Anreize für ausländische Investitionen gegeben, die nach Angaben der Deutsch-Südamerikanischen Bank in Hamburg den inländischen Kapitalanlegern gleichgestellt werden. Die bisher diskriminierende Behandlung (steuerlich oder auch durch Zollvorschriften) wird somit abgeschafft. Dem ausländischen Investor werden sowohl für die Rücküberweisung des Kapitals als auch für den Gewinntransfer Garantien seitens des chilenischen Staates eingeräumt.

Blick durch die Wirtschaft vom 19.7.74

Es ist notwendig, mit der chilenischen Delegation vor ihrer Abreise ein Gespräch zu führen, um die psychologischen Voraussetzungen zu schaffen ... Außerdem muß man die Spieler vorbereiten angesichts der möglichen ablehnenden Reaktionen des Publikums. Damit werden mögliche Beeinträchtigungen der Moral der Spieler vermieden.

Gott schütze Sie
Im Namen des Ministers
gez. Carlos Ashton U.
Korvetten-Kapitän
Direktor."

Preisrätsel

Heute haben wir uns für unsere Leser eine besonders knifflige Frage ausgedacht:

Die folgenden Passagen entstammen der Berichterstattung in ZDF, DDR-Fernsehen und DDR-Radio zu den Protesten gegen die faschistische Militärjunta in Chile während der Fußballweltmeisterschaft.

Finden Sie den Unterschied !

WELCHER TEXT WURDE WO GESENDET -
a) im ZDF
b) im DDR-Radio
c) im DDR-Fernsehen ?

1

"Es gießt in Strömen, wir hoffen, daß das Spiel nicht noch einmal, wie zu Beginn der 2. Halbzeit, unterbrochen werden muß, als einige jugendliche Demonstranten den grünen Rasen betraten."

2

"Immer noch feuern die von starken Polizeikräften geschützten chilenischen Schlachtenbummler ihre hoffnungslos zurückliegende Mannschaft mit - Venceremos, wir werden siegen - an."

3

"Das Spiel wurde durch einige Demonstranten unterbrochen, die Sicherheitskräfte sorgten aber schnell für Ordnung."

Bevor Sie sich über diesem - wie wir zugeben müssen recht delikaten - Problem graue Haare wachsen lassen:
Die Lösung finden Sie auf S. 63

Aufruf zur Solidarität
zum Jahrestag des Militärputsches am 11. September

Zum Jahrestag des Militärputsches in Chile soll verstärkt die Situation in diesem Lande und der Widerstand des Volkes gegen die faschistische Junta ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt und die Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk verstärkt werden. Deshalb schließen wir uns dem untenstehenden Aufruf der westdeutschen Chile-Komitees an und fordern unsere Leser auf, Diskussionen und Veranstaltungen in Schule, Betrieb und Kirchengemeinde zu organisieren und über die Situation in Chile zu informieren.

Materialvorschläge:

Chile-Nachrichten; zu beziehen durch das Chile-Komitee Berlin

Lateinamerika Heute; siehe Hinweis im iz Nr. 34, S. 54

Blätter des iz3w Nr. 28, 29, 30, 31, 34, 35

Spezielle Informationen kann man erhalten bei:

Chile-Komitee Hamburg, 2 Hamburg, Bornstr. 2

Chile-Komitee Freiburg, c/o AStA d. Universität, 78 Freiburg, Bertoldstr. 26

Chile-Komitee Berlin, c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzerstr. 8

AELA München, c/o AStA UNI, 8 München 40, Leopoldstraße.

Am 11.September 1973 stürzte das chilenischen Militär mit Hilfe des CIA in einem blutigen Putsch die Regierung der Unidad Popular. Während dieser Regierung hatte eine starke revolutionäre Entwicklung eingesetzt: Die Arbeiter besetzten die Fabriken. Sie organisierten die Produktion und die Verteilung der Waren selbst, indem sie begannen, sich ihre eigenen Machtorgane zu schaffen. Die armen Landarbeiter versuchten, das Land gemeinsam unter eigener Planung zu bebauen. Gegen diese Bewegung, die den Aufbau des Sozialismus vorantreiben wollte, richtete sich der Putsch der Junta.

Heute leben aufgrund der wirtschaftlichen Maßnahmen der Junta, wie Zurückgabe der besetzten Betriebe an die alten Besitzer, Preistreiberei und Lohnstopp die Arbeiter und Bauern unter dem Existenzminimum. Um diese äußerste Ausbeutung abzusichern, ist die Junta gezwungen, die Arbeiterklasse in völliger Rechtlosigkeit zu halten.

Mit grauenhaften Methoden werden Arbeiter, Bauern, Angestellte und Intellektuelle mit Hilfe amerikanischer und brasilianischer Experten, sowie ehemaligen SS-Offizieren eingekerkert, verfolgt, gefoltert und ermordet, wobei durch den Aufbau eines Repressionsapparates seit Anfang 1974 die Unterdrückung gezielter verläuft.

Die von der Junta unterdrückten Massen sind jedoch nicht bereit, sich diesem politischen und sozialen Joch zu unterwerfen. Inzwischen sind in Chile im Untergrund Widerstandskomitees entstanden, die versuchen, den Widerstand zu organisieren. Vereinzelte Streik- und Flugblattaktionen, Boykottmaßnahmen in der Produktion oder die Zerstörung von militärischen Objekten sind die ersten Ansätze.

Die Militärdiktatur übt die Unterdrückung in Chile aus, um die Bedingungen für Investitionen insbesondere des ausländischen Kapitals zu schaffen. Aus diesem Grund haben zum Beispiel die Farbwerke Höchst den Putsch der Militärs nachdrücklich begrüßt. Die BRD-Regierung hat schon während der Regierung der Unidad Popular die Interessen dieser deutschen Konzerne vertreten. Sie nimmt auch jetzt eine doppelzüngige Haltung ein, indem sie einerseits den Putsch gelegentlich "moralisch" verurteilt, andererseits ständig alles tut, um die Junta finanziell zu unterstützen. Der Sturz der Junta wird dadurch erleichtert, daß es gelingt, die Unterstützung durch die BRD-Regierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse abzublocken.

- FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE
- KEINE UNTERSTÜTZUNG DER JUNTA DURCH DIE BUNDESREGIERUNG UND DIE WESTDEUTSCHE KAPITALISTENKLASSE
- FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER CHILENISCHEN ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BAUERN
- FREIHEIT FÜR DEN CHILENISCHEN GEWERKSCHAFTSVERBAND CUT
- FÜR UNEINGESCHRÄNKTE AUFNAHME ALLER FLÜCHTLINGE IN DIE BRD
- FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG FÜR ALLE POLITISCHEN FLÜCHTLINGE IN DER BRD
- NIEDER MIT DER MILITÄRJUNTA
- SOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN WIDERSTAND

Für den Erfolg des Widerstandes ist es von großer Bedeutung, inwieweit es gelingt, die Junta wirtschaftlich, politisch und diplomatisch zu isolieren und den entstehenden chilenischen Widerstand international durch eine breite Solidaritätsbewegung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund stellt sich in der BRD die Aufgabe, gerade im Hinblick auf den 11.September alle unsere Energien zusammenzufassen, um unsere Solidarität mit dem chilenischen Widerstand nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen.

In England, Italien, Holland und Australien (1 Stundenlohn für Chile, Boykott militärischer Produktion für Chile) haben Arbeiter und Angestellte beispielhaft gezeigt, wie man den chilenischen Widerstand aktiv unterstützt. Wir rufen die Gewerkschaftsmitglieder auf, solche Aktionen zu diskutieren und ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die unterzeichnenden westdeutschen Chile-Komitees rufen deshalb zur Durchführung einer Chile-Woche vor dem 11.September auf, an deren Ende als Höhepunkt eine nationale Demonstration stattfinden soll. Die Chile-Komitees fordern alle Parteien und politischen Organisationen, Gewerkschaften, kirchliche Verbände und humanitäre Organisationen auf, alles in ihren Kräften stehende zu tun, am 14.9.1974 eine einheitliche Demonstration durchzuführen.

Zentrale Kontaktadresse für alle Aktivitäten:

Koordinierungsausschuß der westdeutschen Chile-Komitees
c/o Volpert Beyer, 6 Frankfurt,
Sömmeringstr.9, Tel. 0611/55 58 55.

Dort kann man erfahren, welche Chile-Komitees in der Nähe des Heimatortes arbeiten, die die Durchführung von Veranstaltungen mitunterstützen können. Von dort sind ebenfalls Hinweise auf geeignete Chile-Filme zu erhalten.

Ideologiekritik 12

"Ein armes Land ist arm, weil es arm ist."

Zur Kritik eines Teufelskreises der Unterentwicklung

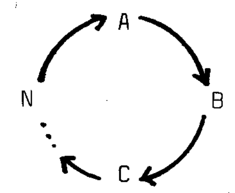
I. Vorbemerkung

In Heft 19 (Okt. 1972) der "blätter des iz3w" sind wir im Beitrag "Ideologiekritik 1" schon einmal auf einen Teufelskreis (circulus vitiosus) eingegangen. Damals haben wir aber nur einen Aspekt des Teufelskreises behandelt, und zwar das Verhältnis von volkswirtschaftlicher Ersparnis zu volkswirtschaftlicher Investition. In diesem Beitrag soll nun dieser Teufelskreis insgesamt einer kritischen Beurteilung unterzogen werden.

II. Zur Struktur von Teufelskreisen im allgemeinen

"Wenn ein Mann arm ist und nicht genug zu essen hat, wird er bald unterernährt sein. Das wird seinen Gesundheitszustand verschlechtern. Da er nun physisch schwächer wird, läßt auch seine Arbeitskraft nach, was anderer- seits bedeutet, daß er ärmer wird. Das wiederum bedeutet, daß er noch weniger zu essen hat, usw."

Dieses von Ragnar Nurkse stammende Beispiel zeigt die typische Struktur eines Teufelskreises: die einzelnen Faktoren verursachen andere Faktoren und werden selbst wieder von diesen Faktoren verursacht. Die Kausalkette weist - allgemein formuliert - die Struktur A ⟶ B ⟶ C ⟶ ... N ⟶ A ⟶ ... auf, wobei die Buchstaben die einzelnen Verursachungsfaktoren darstellen sollen. Eine solche Kette von Einflußgrößen läßt sich in Form eines Ringes wiedergeben, weshalb man auch von "zirkularer Kausation" (kreisförmiger Verursachung) spricht. (1)

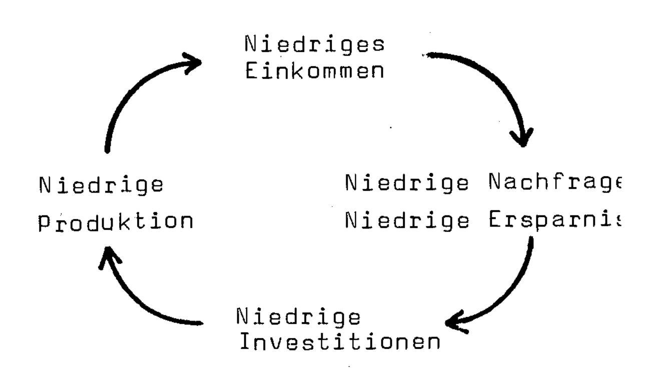


Ein solcher Kreis wird dann zum Teufelskreis, wenn die einzelnen Größen sich in negativer Richtung selbst verstärken (einen kumulativen Prozeß nach unten bilden). Im obigen Beispiel: der arme Mann wird - auf dem Wege über Unterernährung, verschlechterte Gesundheit, physische Schwächung und nachlassende Arbeitskraft - noch ärmer, noch unterernährter ... (2).

Es kann im folgenden nicht darum gehen, die zirkulare Verknüpfung von Faktoren als solche zu kritisieren (denn solche kreisförmigen Verursachungsketten können in der Realität vorkommen), sondern es muß vielmehr darum gehen, einen bestimmten Teufelskreis der Unterentwicklung auf seine Aussagekraft hin zu überprüfen. Vorweggeschickt sei noch, daß die Teufelskreise der Unterentwicklung nicht einmal von ihren Erfindern und Verwendern als völlig unüberwindbar angesehen werden. Mit der Bezeichnung zirkularer Verursachungsketten als Teufelskreise wollen sie lediglich zum Ausdruck bringen, daß die Durchbrechung solcher Kreise in Richtung auf eine Verbesserung der Situation ganz besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt ist. Wären Teufelskreise prinzipiell nicht überwindbar, dann wäre jede weitere Diskussion zwecklos.

III. Darstellung und Kritik des grundlegenden Teufelskreises der Unterentwicklung

1) Darstellung





Bei diesem circulus vitiosus handelt es sich zwar nur um einen von vielen der in der Literatur beschriebenen Teufelskreise (3), aber es ist der wichtigste und der allgemein als grundlegend anerkannte. (Für ihn fand Ragnar Nurkse die in der Überschrift des Artikels wiedergegebene Kurzformulierung).

Dieser Teufelskreis beansprucht zu erklären, warum das Pro-Kopf-Einkommen (4) in vielen Ländern der Dritten Welt auf einem niedrigen Niveau verharrt (kaum ansteigt bzw. sogar absinkt).

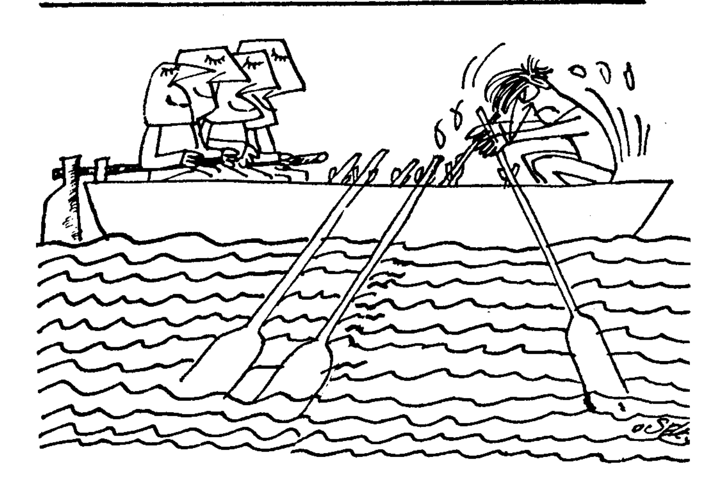
2) Kritik der im Teufelskreis verwendeten Begriffe

a) Zusammenfassung unterschiedlicher Teilgrößen

Die im Teufelskreis verwendeten Begriffe sind zusammengefaßte (sog. aggregierte oder makroökonomische) Größen. In diesen Größen sind die innerhalb eines Landes bzw. eines Volkes zustande gekommenen Einzelbeiträge zusammengefaßt. So umfaßt der Begriff des "niedrigen (Pro-Kopf-)Einkommens" z.B. in Iran ebenso das Einkommen des Schahs aus den persischen Ölverkäufen wie das Einkommen eines Tagelöhners in Teheran. So umfaßt der Begriff der "niedrigen Nachfrage" z.B. in Indonesien ebenso die Nachfrage des Ölgenerals Sutowo nach Privatflugzeugen (für seine wochenendlichen Amüsierausflüge nach Hongkong) wie die Nachfrage der Bauersfrau auf Sumatra nach Salz. So umfaßt der Begriff der "niedrigen Produktion" z.B. in Brasilien ebenso den Bau eines 180 000-Mann Fußballstadions in Alagoas im Nordosten wie die Herstellung einfacher Sandalen zu erschwinglichen Preisen.

Ähnliche Beispiele lassen sich für die übrigen im Teufelskreis verwendeten Begriffe anführen. Diese Beispiele sollen zum Ausdruck bringen, daß die im Teufelskreis verwendeten Begriffe über alle gesellschaftlichen Unterschiede hinweg aggregiert sind. Nach Art und Entstehung ganz unterschiedliche Teilgrößen werden in einem Begriff zusammengefaßt. (Die Einkommen des Schahs einerseits und des Tagelöhners in Teheran andererseits entstehen auf ganz unterschiedliche Weise und werden auch ganz anderen Verwendungszwecken zugeführt.)

Das festzustellen ist nun keineswegs unerheblich, weder für die Erklärung von Unterentwicklung, die der Teufelskreis bieten will, noch für eine auf seiner "Analyse" aufbauende Politik zur Durchbrechung des Teufelskreises. Das wird deutlich, wenn man diesen hoch-aggregierten Teufelskreis genauer untersucht, indem man fragt, in welcher Weise die verschiedenen gesellschaftlichen Klassen den üblen Wirkungen des Teufelskreises ausgesetzt sind. Man wird dann zumeist finden, daß sich innerhalb des für das ganze Volk ermittelten (aggregierten) Teufelskreises ein durchaus sehr positiver Entwicklungskreis der herrschenden Klasse eben dieses Volkes verbirgt. Diese Gruppe der Bevölkerung kann ihren Anteil am Einkommen, der Nachfrage, der Ersparnis sowie der Bestimmung über Investitionen und der Verfügungsgewalt über die Produktionsergebnisse erhöhen und trotzdem kann sich insgesamt (für das ganze Volk gesehen) ein Teufelskreis ergeben (wenn der positive Entwicklungskreis der obersten Schicht nur wenige Prozent der Bevölkerung umfaßt und deswegen in der Zusammenfassung möglicherweise nicht "durchschlägt").



Wir sitzen alle im selben Boot!

Es kann sogar der Fall eintreten, daß die im Teufelskreis enthaltenen Größen insgesamt eine (mäßige) positive Entwicklungsrichtung aufweisen (wachsendes Pro-Kopf-Einkommen etc.), daß sich aber trotzdem die Lage der Masse des Volkes verschlechtert. Das ist dann der Fall, wenn die herrschende Klasse sich das Wachstum selbst vollkommen aneignet. So weist z.B. das Pro-Kopf-Einkommen Brasiliens seit einigen Jahren durchaus beachtliche Zuwachsraten aus und dennoch sind die Reallöhne der brasilianischen Arbeiter teilweise erheblich gesunken. (5)

So gesehen, wird also die Aussage des Teufelskreises sehr zweifelhaft, denn in ihm sind nach Gesellschaftsschichten ganz unterschiedliche Entwicklungstendenzen im Wege einer Durchschnittsbildung zusammengefaßt. Es wird dabei so weit aggregiert, "bis alle gesellschaftlichen Katzen grau sind" (Wolf-Dieter Narr), d.h. bis alle gesellschaftlichen Unterschiede im Durchschnitt verschwinden. Und damit wird dann zwangsläufig eine Harmonie der Interessen der verschiedenen Klassen vorgetäuscht. Denn die in einer Entwicklungsstrategie zu beeinflußenden Größen (= die im Teufelskreis enthaltenen Faktoren) sind ja offenbar für alle Bevölkerungsgruppen gemeinsame Zielgrößen. (Es gibt im Teufelskreis eben nur Faktoren, die "für das

ganze Volk" gelten).

Und die Ideologiebildung durch Aggregatbildung ist praktisch sehr folgenreich:

Bp. 1: Man darf den Reichen in der Dritten Welt nichts von ihrem Reichtum wegnehmen (z.B. durch ein progressives Steuersystem). Denn nur die Bezieher hoher Einkommen können viel sparen, während die Armen auch dann nicht sparen könnten, wenn man die meist extrem ungleiche Verteilung des Volkseinkommens in der Dritten Welt etwas zu ihren Gunsten verändern würde. Denn schließlich braucht man - laut Kausalbeziehung des Teufelskreises - alle nur möglichen Ersparnisse, um möglichst hohe Investitionen tätigen zu können. Und wenn die Reichen dann ihr Geld nicht zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stellen, sondern z.B. lieber teure Luxuskonsumgüter importieren, nun gut, dann hat man eben Pech gehabt. Dann muß man eben versuchen, diese Leute davon zu überzeugen, auf ihr Luxusspielzeug zu verzichten und lieber Investitionen zu tätigen.



Bp. 2: Kapitalzuflüsse aus dem Ausland sind - laut Teufelskreis - prinzipiell günstig zu beurteilen. Denn sie stellen ja Investitionen dar, für die im Herkunftsland die notwendigen Ersparnisse aufgebracht wurden. Damit sind also Kapitalzuflüsse im Rahmen der Entwicklungshilfe und in Form vor Unternehmensgründungen multinationaler Konzerne bestens gerechtfertigt.

Bp. 3: Auch die Produktion von Panzern, Gewehren und Kriegsschiffen in den Ländern der Dritten Welt ist - laut Teufelskreis - günstig. Brotgetreide hin, Panzer her, Produktion ist Produktion, im Begriff "Produktion" des Teufelskreises verträgt sich das alles ganz gut: beides hat seinen Marktpreis, man kann es zusammenfassen.

Ohne großen Aufwand an Phantasie lassen sich weitere derartige Beispiele finden.

b) Die im Teufelskreis verwendeten Begriffe sind Geldgrößen

Schon in den Beiträgen "Ideologiekritik 1" (Heft 19, Okt. 72) und "Ideologiekritik 4" (Heft 23, März 73) wurde die Ausschließlichkeit der Verwendung von monetären, also von Geldgrößen bei der Analyse von Problemen der Entwicklungsländer kritisiert. Die im Teufelskreis enthaltenen Faktoren werden durchweg als in Geld ausgedrückte Größen verstanden und verwendet. Damit wird aber die Analyse von vornherein auf den Bereich der (mehr oder weniger funktionsfähigen) Geldwirtschaft beschränkt (und damit auf die Industrie, den Dienstleistungssektor und die "modernen" Teile der Landwirtschaft). Der traditionelle Selbstversorgungsbereich der Landwirtschaft, der weitgehend naturalwirtschaftlich organisiert ist (also außerhalb des Geldkreislaufs der Volkswirtschaft), bleibt unberücksichtigt. Genau in diesem Bereich aber lebt die Masse der Menschen in der Dritten Welt, vor allem in Afrika und Asien (in geringerem Maße in Lateinamerika) und in diesem Bereich wird sich das Schicksal der Völker der Entwicklungsländer entscheiden. Der Lösung der Agrarfrage, nicht der um jeden Preis zu beschleunigenden Industrialisierung, kommt bei der Lösung des Entwicklungsproblems Priorität zu. (6)

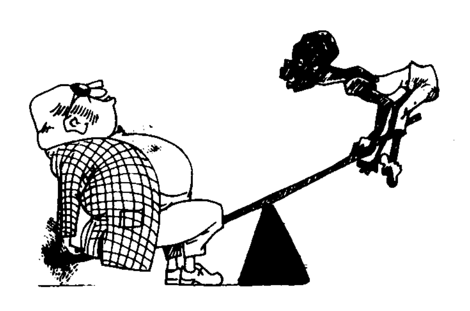
Der letztlich entscheidende ökonomische Bereich der Entwicklungsländer wird vom Teufelskreis einfach unterschlagen. Dabei ist es nun aber keineswegs so, daß in diesem Sektor nicht auch produziert, investiert und gespart würde. Nur: das geschieht dort real, in naturalwirtschaftlicher Form, also nicht durch das Geld vermittelt. Sparen, das heißt allgemein: Teile des Arbeitsergebnisses gehen nicht in den Konsum, vollzieht sich hier als Mehrarbeit. Wenn diese Mehrarbeit z.B. in der sorgfältigeren Unkrautvernichtung auf dem Feld besteht, dann ist diese Ersparnis gleichzeitig eine Investition, die sich in größeren Ernteerträgen (= gesteigerte Produktion) niederschlägt. Es sind dieselben wirtschaftlichen Sachverhalte angesprochen, die auch im Teufelskreis enthalten sind, nur daß sie hier in anderer (eben in nicht-monetärer) Form vorkommen. Indem der Teufelskreis sich aber auf den geldwirt-

schaftlichen Bereich beschränkt und den naturalwirtschaftlichen Bereich vernachlässigt, wird seine Aussagefähigkeit weiter eingeschränkt und weiter ideologisiert. Dies ist Ergebnis der unkritischen Übertragung unseres in Geldbegriffen sich vollziehenden ökonomischen Denkens: die Hilton-Perspektive vieler "Entwicklungsexperten".

3) Zur Aussagefähigkeit des Teufelskreises: Zusammenfassung und Schlußbemerkung

Die Erfinder und Verwender dieses Teufelskreises treten mit dem Anspruch auf, die Ursachen der fortwährenden Unterentwicklung klarzumachen. Diesen Anspruch können sie nicht einlösen. Sie verwenden hoch-aggregierte Begriffe, in denen alle gesellschaftlichen (Klassen-)Unterschiede verschwinden (7) und mit denen somit eine Harmonie der Interessen vorgetäuscht werden soll. Mit solchen Begriffen kann man nichts begreifen. Ökonomische und politische Macht und Herrschaft haben im Modell dieses circulus vitiosus keinen Platz. Weder die internen herrschenden Klassen noch die bestimmenden Kräfte des internationalen Systems kommen in der "Analyse" des Teufelskreises als Faktoren der Verursachung und Verlängerung von Unterentwicklung ins Blickfeld. Gäbe es keine die Massen in der Dritten Welt niederhaltende Herrschaft, warum z.B. sind dann die meisten Regimes in der Dritten Welt bis an die Zähne bewaffnet, ohne von äußeren Feinden bedroht zu sein?

Die Verwendung angeblich rein technischer von Herrschaftsverhältnissen abstrahierender und hoch-aggregierter Begriffe macht sowohl die analytische Aussage des Teufelskreises wie auch die aufgrund dieser Aussage formulierte Entwicklungsstrategie zur Ideologie.



Dieses Urteil wird zusätzlich erhärtet durch die Einsicht, daß die im Teufelskreis betrachteten Größen sämtlich dem geldwirtschaftlichen Sektor entstammen, daß also der weite Bereich der landwirtschaftlichen Naturalwirtschaft unterschlagen wird. Was von diesem Teufelskreis bleibt, ist eine oberflächliche und teilweise zweifelhafte Beschreibung der Schwierigkeiten des Versuchs, das Pro-Kopf-Einkommen unter privatwirtschaftlichen Bedingungen zu erhöhen. (8) Unter privatwirtschaftlichen Bedingungen deswegen, weil nur unter diesen Bedingungen das niedrige Ausgangsniveau des (Geld-)Einkommens und die daraus sich ergebende niedrige (kaufkräftige) Nachfrage schon ausreichen, das ganze System auf seinem niedrigen Niveau zu halten. Privatwirtschaftliche Produktion kommt ja nur dort zustande, wo bereits kaufkräftige (und damit eine Gewinnerzielung ermöglichende) Nachfrage existiert; privatwirtschaftliche Produktion ist in Art und Ausmaß Reaktion auf schon vorhandenes (Geld-) Einkommen. Deswegen auch stehen die Strategen der Privatwirtschaft in der Dritten Welt dem Heer der (einkommenslosen) Arbeitslosen und der (einkommensschwachen) Unterbeschäftigten so hilflos gegenüber. Als Absatzmarkt sind diese Leute völlig uninteressant (also wird für sie auch nicht produziert) und als Arbeitskräfte kann man nur einen ganz kleinen Teil von ihnen "gebrauchen". Die große Masse ist aus privatwirtschaftlicher Sicht nichts anderes als eine unnütze Belastung des Landes (und evtl. eine politische Gefahr). Wenn man sich den Teufelskreis daraufhin anschaut, wird man keine Stelle finden, an der das Millionenheer der Arbeitskräfte ohne produktive Beschäftigung "gefragt" wäre. Diese in Form von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung brachliegenden Produktivkräfte müßten (und könnten) aber mobilisiert werden, wenn eine Entwicklung in Gang kommen soll. (9) Warum diese Mobilisierung nicht zustande kommt, welche Kräfte es sind, die eine solche Mobilisierung bis heute verhindern und damit die Unterentwicklung stabilisieren, dazu bleibt dieser Teufelskreis jeden Hinweis schuldig. Er ist im Gegenteil so angelegt, daß die Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge verstellt wird. Der Teufelskreis ist damit ein Beispiel für jene Ideologiebildung, die "den Prozeß des ökonomischen Denkens zu einem Qualvollen Vorgang der schrittweisen Berichtigung verfehlter Grundannahmen gemacht hat." (Werner Hofmann)

fh

Anmerkungen

1) Schon vor vielen Jahren war es das Verdienst Gunnar Myrdals, den Begriff der "zirkularen Kausation" in die Gesellschaftsanalyse eingebracht zu haben. Myrdal wandte sich damit ausdrücklich gegen jene herrschende Meinung, daß allen gesellschaftlichen Prozessen eine selbsttätige Gleichgewichtstendenz innewohne. Diese insbesondere

von der ökonomischen Theorie vertretene Gleichgewichtsidee (die sich angeblich exemplarisch in der Tendenz zum Marktgleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zeigen läßt) wurde (und wird) dazu verwendet, eine grundsätzliche Harmonie der Interessen von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu behaupten.

2) Umgekehrt sind auch kreisförmige Verursachungsketten möglich, die in positiver Richtung wirken. Man braucht etwa nur das obige Beispiel umzukehren: "Wenn ein Mann reich ist..."

"Als die Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges zu Ende gingen, war das größte politische Einzelproblem, das es zu lösen gab, das Kolonialproblem. Wenn der Westen damals versucht hätte, den Status quo im Kolonialbereich aufrechtzuerhalten, so wäre eine gewaltsame Revolution unvermeidlich und eine katastrophale Niederlage unausweichlich gewesen. Die einzige Politik, die noch Erfolg versprach, war die, den entwickelteren Völkern von jenen 700 Millionen die Unabhängigkeit zu bringen."

John Foster Dulles (ehemaliger US-Außenminister, in seinem Buch: Krieg oder Frieden, Wien-Stuttgart 1950, S. 84)

3) Einem Schüler von H.W. Singer gelang es in seiner Dissertation, 79 Teufelskreise der Unterentwicklung zu entdecken und zu beschreiben.

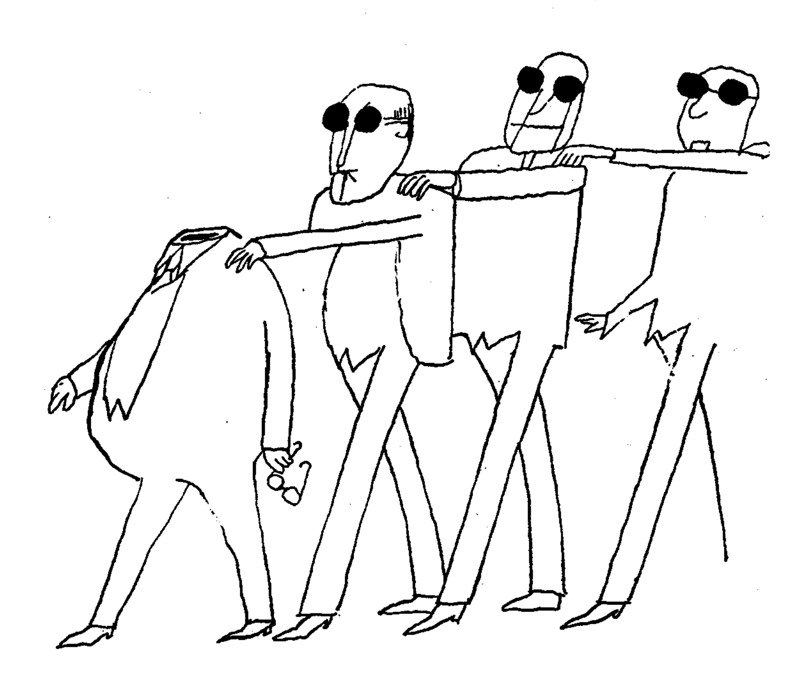
4) Das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes wird ermittelt, indem das gesamte Einkommen eines Landes (das Volkseinkommen) geteilt wird durch die Anzahl der Bewohner dieses Landes. Hinterher ist dann jeder gleich arm bzw. reich.

5) Vgl. Anm. 4 des Beitrags "Ideologiekritik 2" in Heft 20 (Nov./Dez. 72), S. 12.

6) Vgl. zu dieser sich auch im liberalen Lager sich zunehmend durchsetzenden Erkenntnis z.B. Gunnar Myrdal: Die Landwirtschaft und die Revolution in der Weltwirtschaft, S. 7-21, in: ders., Aufsätze und Reden, Frankfurt 1971 (Edition suhrkamp 492). Diese Einsicht durchzieht im übrigen das gesamte Werk Myrdals, soweit es sich auf die Dritte Welt bezieht, insbesondere auch sein Hauptwerk "Asian Drama", das unter dem Titel "Asiatisches Drama" (Frankfurt 1973) nun auch in einer gekürzten deutschen Fassung vorliegt. Vgl. auch den in vieler Hinsicht lesenswerten Aufsatz von H. Priebe, Entwicklung von der ländlichen Basis her, S. 9-56, bes. S. 12f und 19f; in: O. Matzke und H. Priebe, Entwicklungspolitik ohne Illusionen, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1973 (Kohlhammer-Verlag).

7) Im übrigen ist auch der eingangs wiedergegebene Teufelskreis des armen und unterernährten Mannes nicht ganz so "gesellschaftslos", wie er sich auf den ersten Blick darstellt. Denn die Armut hat ja nur dann Unterernährung zur Folge, wenn es in der betreffenden Gesellschaft keine soziale Gewährleistung des materiellen Existenzminimums gibt. Das aber ist keine Selbstverständlichkeit.

8) Zweifelhaft auch innerhalb des privatwirtschaftlichen Rahmens, etwa was die Bestimmung der Investitionen durch die Ersparnis angeht. Die heutige auf die Privatwirtschaft bezogene Investi-



tionstheorie bestimmt das Verhältnis zwischen Ersparnis und Investition genau umgekehrt: die Investitionen schaffen sich - gegebenenfalls über Zwangssparprozesse in Form steigender Preise für Konsumgüter - die zu ihrer Finanzierung notwendige Ersparnis selbst. Die Investitionsentscheidungen sind also die bestimmenden, nicht die bestimmten Größen.

9) So kam Lester B. Pearson einmal zu der erstaunlichen Schätzung, daß nur 20 % der natürlichen Hilfsquellen und gar nur 10 % der menschlichen Produktionskapazitäten in den Entwicklungsländern voll ausgeschöpft werden. In: The Crisis of Development, London 1970, S. 105 (Pall Mall Press).

Justiz und Befreiungskampf

Grundgesetz und Rechtsprechung im Dienste der US-Kriegspolitik

In über 70 Städten der Bundesrepublik führten Ende März dieses Jahres örtliche Indochina-Komitees und politische Organisationen eine Kambodscha-Solidaritätswoche durch. Sie hatte das Ziel, nicht nur über die fortgesetzte Angriffstätigkeit der USA in Kambodscha zu informieren, sondern auch den Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes zu propagieren und zu unterstützen. Der politischen Unterstützung diente insbesondere die Forderung nach der sofortigen Anerkennung der GRUNK (Königliche Regierung der nationalen Einheit Kambodschas) als der legalen Vertretung des kambodschanischen Volkes durch die Bundesregierung und dem Abzug aller US-Truppen aus Indochina. In einer Straßensammlung wurden insgesamt 15 000,- DM zur materiellen Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes gesammelt und an die Delegation der GRUNK in Paris abgeführt.

In mehreren Städten reagierten die Behörden - in einer offensichtlich zentral koordinierten Aktion - auf diese Aktionen mit einer Reihe von Sammlungsverboten. So lehnte es mit Verfügung vom 14.3.1974 die Stadt Heidelberg ab, dem Antrag auf Genehmigung der Straßensammlung zu entsprechen. Sie berief sich dabei u.a. auf den im baden-württembergischen Sammlungsgesetz vorgesehenen Ablehnungsgrund einer Verletzung von Recht und Ordnung durch die beabsichtigte Verwendung des Sammlungsertrages: Die Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes sei keine friedliche Zielsetzung und verstoße damit gegen die Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Gegen diese Ablehnung beantragte das Indochina-Komitee Heidelberg beim Verwaltungsgericht Karlsruhe eine einstweilige Anordnung gegen die Stadt Heidelberg, um diese zur Genehmigung der Sammlung zu zwingen. Das Indochina-Komitee argumentierte dabei u.a. folgendermaßen: Die Sammlung zur "Unterstützung des gerechten Kampfes des kambodschanischen Volkes gegen die US-Aggression" verletze nicht die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Aus einer Vielzahl von Presseinformationen ergebe sich, daß das kambodschanische Volk, das sich unter der Führung der Nationalen Einheitsfront Kambodschas die Königliche Regierung der nationalen Einheit Kambodschas gegeben habe, sich in einem gerechten Verteidigungskrieg gegen die von außen gegen das kambodschanische Volk geführte Aggression zur Wehr setze. Diese Aggression sei völkerrechtswidrig. Demgegenüber sei die Verteidigung des Volkes gerecht. Dies bedeute für den vorliegenden Antrag, daß die Unterstützung des gerechten Kampfes nicht gegen Recht und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland verstoßen könne.

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe lehnte diesen Antrag mit Beschluß vom 19.3.1974 ab. (1) Die Begründung dieses Beschlusses wirft ein bezeichnendes Licht auf die herrschende Rechtsordnung in der BRD; der entscheidende Teil hat folgenden Wortlaut:

> Nach der ausdrücklichen Absicht des Antragstellers soll der Sammlungserlös der Unterstützung des Kampfes des "kambodschanischen Volkes", d.h. hier der sog. "Roten Khmer", gegen die Regierung in Phnom Penh und ihre Truppen, die der Antragsteller als Statthalter der USA bezeichnet, dienen. Wie aus der beigefügten Klageschrift vom 18.3.1974 zu ersehen ist, versteht der Antragsteller diese Unterstützung nicht als humanitäre Hilfe. Er will durch finanzielle Hilfe den in Kambodscha ausgetragenen Kampf der Roten Khmer fördern, also Geld zur Ermöglichung weiterer kriegerischer Aktionen beisteuern.
>
> Nach Art. 26 des Grundgesetzes sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig. Diese Norm richtet sich gegen jedermann. Die hier genannten Handlungen umfassen Akte der Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung ebenso wie die private Tätigkeit von einzelnen oder Vereinigungen jeder Art (vgl. Hamann-Lenz, Komm. z. GG, 3. Aufl., Anm. B I zu Art. 26, v. Mangoldt-Klein, Bonner Grundgesetz, 2. Aufl., S. 683). Der Krieg in Kambodscha stört, ja verhindert das friedliche Zusammenleben der Völker in Indochina. Die finanzielle Unterstützung kriegerischer Aktionen einer Seite in diesem Krieg ist eine Handlung, die das friedliche Zusammenleben der vom Krieg betroffenen Völker stört. In diesem Zusammenhang will und kann die Kammer nicht zu der

Frage Stellung nehmen, ob und für welche Seite der Krieg in Kambodscha ein sog. gerechter Krieg ist. Art. 26 GG erschöpft sich nicht darin, lediglich die Führung eines Angriffskrieges und seine Unterstützung für verfassungs- und rechtswidrig zu erklären. Andererseits geht es hier nicht um Handlungen zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, ihres Gebietes und ihrer Bewohner vor kriegerischen Angriffen. Das Verbot der Friedensgefährdung in Art. 26 GG verpflichtet jedermann in der Bundesrepublik, sich nicht aktiv von deutschem Boden aus in kriegerische Aktionen fremder Völker einzumischen. Nichts anderes aber beabsichtigt der Antragsteller mit der geplanten Sammlungsaktion. Mit Recht hat daher die Antragsgegnerin dem Antrag auf Genehmigung der Straßensammlung nicht entsprochen.
(...)

gez. Dr. Richter
gez. Fischer
gez. Heß
(Az III 91/74)

Was verbirgt sich hinter der 'Neutralität' des Gerichts?

Die Artikel des Grundgesetzes, auf die sich das Gericht stützte, um die geplante Straßensammlung zu illegalisieren, hat den Wortlaut: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." (Art. 26 I GG) Um sich nun nicht zu der Frage äußern zu müssen, "ob und für welche Seite der Krieg in Kambodscha ein gerechter Krieg ist" und trotzdem das von vornherein feststehende Sammlungsverbot juristisch zu rechtfertigen, geht das sich neutral und friedliebend gebende Gericht über die Frage hinweg, w e r in friedensstörender Absicht handelt, w e r in solcher Absicht angreift und wer angegriffen wird. Uninteressant ist also in diesem Zusammenhang, daß nicht die Armee des kambodschanischen Volkes in Washington einmarschiert ist, sondern die US-Armee in Kambodscha, daß es die USA sind, die den verbrecherischen Krieg in Indochina angezettelt haben und daß es für das Volk in Kambodscha nicht Frieden geben kann, solange diese Truppen und die durch sie am Leben erhaltene Marionettenregierung nicht zum Abzug gezwungen sind.

Die 'neutrale' Logik des Gerichts liest sich dagegen so: Nicht die USA stören und verhindern das friedliche Zusammenleben der Völker, sondern schlichtweg "der Krieg in Kambodscha"; Parteinahme für das kambodschanische Volk und gar seine Unterstützung verstößt damit gegen die Verfassung: Wer irgendeine kriegführende Seite unterstützt, handelt friedensfeindlich.

So jedenfalls argumentiert das Gericht, wenn es darum geht, mißliebige antiimperialistische Aktivitäten mit einem Federstrich für illegal zu erklären. Schon eine solche Art von 'neutraler' Argumentation - wäre sie ehrlich gemeint - bedeutete tatsächlich eine eindeutige Parteinahme: Sie stellt das Opfer eines Angriffskrieges gleich mit dem Angreifer, der die ganze technische Überlegenheit seiner Kriegsmaschinerie einsetzt und vor der Bombardierung dichtbesiedelter Wohngebiete nicht zurückschreckt, um mit dieser Gleichsetzung die Völker, die um ihr Leben und ihre Freiheit kämpfen, ebenso wie alle, die für diese Völker Partei ergreifen, zu bezichtigen, sie würden "das friedliche Zusammenleben der Völker stören".

So wird auch deutlich, worauf diese Norm der Unterlassung "friedensstörender" Handlungen tatsächlich zielt:

Art. 26 I GG - der sich formal an Privatpersonen wie an die Bundesregierung richtet, wenn er "friedensstörende" Handlungen verbietet - wird bereits durch den nachfolgenden Art. 26 II entscheidend "präzisiert": "Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."



Eben diese Rechtsordnung, aufgrund deren das Karlsruher Gericht die Unterstützung des gerechten Kampfes des Kambodschanischen Volkes um seine nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung mit einem Federstrich für illegal erklärt, gestattet es so gleichzeitig der Bundesregierung,

- das faschistische Iran-Regime mit Waffen zu beliefern, die gegen den Unabhängigkeitskampf des Volkes in Oman und Dhofar am persischen Golf eingesetzt werden (vgl. blätter des iz3w 24/73, S. 45 und 31/74, S. 29)
- die portugiesische Kolonialmacht fortgesetzt mit Waffen und Munition für ihren Kolonialkrieg in Portugal zu beliefern und die Genehmigung zur Ausstattung der Munitionsfabrik Trafaria in Portugal zu erteilen (vgl. die ausführlichen Berichte in iz3w 34/74)

- Schwertransporter-Schlepperfahrzeuge für den Transport von Panzern an die Südafrikanische Republik zu liefern, die insbesondere für den Fall eines Angriffs der SAR auf das Volk von Mozambique eingesetzt werden können (siehe iz3w 35/74)
- die Kriegführung der USA in Indochina durch massive 'Devisenausgleichszahlungen' zu subventionieren und das Thieu-Regime zu unterstützen.

Daß die Bundesregierung ständig für jeweils eine der kämpfenden Seiten Partei ergreift und mit Wirtschaftshilfe und Waffenlieferungen die Regimes in Südvietnam und Portugal ganz massiv in ihrer Kriegführung unterstützt, daß von westdeutschem Boden aus Bayer Entlaubungsmittel für die Kriegsführung in Vietnam, KHD Kriegsmaterial für die Südafrikanische Republik liefert und daß die Menschen, vor allem aber Ausländer aus den betroffenen Ländern, der massivsten Bespitzelung und Repression bis zur Auslieferung an die Geheimdienste der faschistischen Regimes in ihren Heimatländern unterworfen sind, wenn sie gegen diese tatsächlich gegen das "friedliche Zusammenleben der Völker" gerichtete Politik der Bundesregierung auftreten - das ist die Wirklichkeit, die hinter der 'neutralen' und 'humanitären' Begründung dieses Urteils steht, eine Wirklichkeit, die nicht erst in der Rechtsprechung der Gerichte, sondern schon im Wortlaut des Grundgesetzes gerechtfertigt wird. So dürfte es auch den Karlsruher Richtern nicht schwerfallen, bei einer Klage gegen die ganz offensichtliche Unterstützung der BRD-Regierung und westdeutscher Konzerne für die Kriegführung Portugals, des südvietnamesischen Regimes oder Israels ihre 'neutrale' und 'humanitäre' Argumentation sehr schnell aufzugeben; sie würde nämlich - in diesem Wortlaut - auch den genannten Aktivitäten von Regierung und Konzernen die rechtliche Grundlage nehmen.

Wie verhalten wir uns in dieser 'Rechts'-lage?

Ohne Zweifel war es richtig und notwendig, daß das Indochina-Komitee Heidelberg in dieser Lage a u c h den Weg vor das bürgerliche Gericht nahm und versuchte, juristisch gegen das Sammlungsverbot vorzugehen. Wir müssen jedoch erkennen, daß es illusorisch ist, sich von dieser Justiz die "Gerechtigkeit" der eigenen Ziele attestieren lassen zu wollen: Der "Gerechtigkeitsgehalt" des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und seiner Unterstützung hat mit dem "Gerechtigkeitsgehalt" des Verwaltungsaktes einer Behörde, mit dem Gerechtigkeitsbegriff, wie er in der Rechtsordnung der BRD festgelegt ist, recht wenig gemeinsam. Es ist sinnlos, die Justiz von der Gerechtigkeit der eigenen Sache überzeugen zu wollen, wenn ganz eindeutig erkennbar ist, daß es - wie in diesem Falle - dem Gericht einzig und allein um die Illegalisierung mißliebiger Aktivitäten der antiimperialistischen Kräfte geht. Wichtiger ist, der Justiz und den Behörden klar zu machen, daß jeder Versuch, die Unterstützung der Befreiungskämpfe zu verhindern, nur neuen Widerstand erzeugt und die Anstrengungen verstärkt.
So reagierte das Heidelberger Komitee auch richtig, indem es an die Öffentlichkeit ging und bei einer Protestkundgebung gegen das Sammlungsverbot, die eine gute Resonanz fand, in kurzer Zeit 450,- DM sammelte: Die Stadtverwaltung zog es vor, nicht einzuschreiten, weil sie guten Grund hat, einer ö f f e n t l i c h e n Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Wo immer eine hinreichend große Zahl von Menschen für eine gerechte Forderung eintritt, werden die Behörden sehr schnell lernen, solche Aktivitäten hinzunehmen. Das ist zugleich für uns die einzige Möglichkeit, unser demokratisches Recht wirklich durchzusetzen, die gerechten Ziele der unterdrückten Völker in der Dritten Welt aktiv zu unterstützen.

Wir veröffentlichen deshalb hier die Konten, auf die Spenden zur Unterstützung der Völker in Kambodscha, Vietnam und den portugiesischen Kolonien überwiesen werden können:

SPENDENKONTO VIETNAM
Bezirkssparkasse Heidelberg
Nr. 130 24 50
- Die Spenden werden regelmäßig an die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) der Republik Südvietnam überwiesen -

SPENDENKONTO KAMBODSCHA
Bezirkssparkasse Heidelberg
Nr. 437 50 92
- Die Spenden werden regelmäßig an die Regierung der nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) überwiesen -

SPENDENKONTO FÜR DIE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IN DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIEN
Postscheckkonto Aktion Dritte Welt, Sonderkonto "Technische Hilfe", PSchA Karlsruhe Nr. 11500 - 754
- Die Spenden werden jeweils für Projekte der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien eingesetzt - vgl. den Aufruf auf Seite 64.

ge

Anmerkung

1) Die Entscheidung ist auszugsweise abgedruckt und kommentiert in: Kritische Justiz, 2/1974, S. 209 ff. Vgl. auch: Indochina Information (Hrsg. Indochina-Komitees Frankfurt/Hamburg/Göttingen/Heidelberg/Kiel/Mannheim/Wiesbaden), Nr. 4/1974, S. 7 f

Materialhinweise

Afrika

Guinea-Bissao

Über die Lage auf den Kapverdischen Inseln - Bericht an das Entkolonisierungskomitee der UNO, 970. Sitzung in New York am 29. März 1974, herausgegeben vom Informationsbüro der PAIGC, April 1974; Hrsg. der Deutschen Übersetzung: Komitee Südliches Afrika, 69 Heidelberg, Postfach 2184

Wiedergabe der Rede von Monteiro Duarte (PAIGC) vor dem Entkolonialisierungskomitee der UNO. In ihr zeigt Duarte die historischen Gründe für die Einheit Guinea-Bissaus mit den Kapverdischen Inseln auf, berichtet über die portugiesische Kolonialpolitik auf den Kapverden und zeigt die Haltung der PAIGC in dieser Frage auf.

Die Republik Guinea-Bissau in Zahlen - Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der Republik Guinea-Bissau, Febr.ar 1974: Hrsg. der Deutschen Übersetzung: Komitee Südliches Afrika, 69 Heidelberg, Postfach 2184

Statistische Daten zur Entwicklung des Ausbildungs- und Gesundheitswesens, der Volksläden und der Wirtschaft in der Republik Guinea-Bissau in den letzten fünf Jahren.

Zu bestellen bei:

Solidaritätskomitee Freies Afrika
8 München, Luisenstr. 66

Namibia

pro africa project papers I und II
"AKTION NAMIBIA FARM"

Inhalt:

- Geschichtliche Entwicklung Namibias von der deutschen Kolonialzeit bis heute
- Notizen aus Namibia
- Augenzeugenbericht über das Sozial- und Gesundheitszentrum der SWAPO in Zambia
- "Die Geschichte des alten Mannes" - authentischer Lebensbericht eines SWAPO-Mitglieds
- Stenographische Protokolle - SWAPO im Bundestag
- und anderes

Die beiden bebilderten Broschüren finden Verwendung in einer in Koordination mit der SWAPO durchgeführten Kampagne zur materiellen Unterstützung eines im Aufbau befindlichen Sozial- und Gesundheitszentrums für namibische Flüchtlinge in Zambia.

Die Broschüren (bitte 1,50 DM in Briefmarken beilegen) sowie weiteres Informations- und Aktionsmaterial (kommentierte Diaserien, Fotos, Zahlkarten etc.) sind erhältlich bei:
Pro Africa e.V., 63 Gießen, Crednerstraße 22, Tel. 0641/78 462, Postscheck Köln 400-508

SAR

Südafrika - Unterdrückung und Widerstand
Broschüre des Solidaritätskomitees Freies Afrika, ca. 100 Seiten, Preis DM 3,-- (erscheint im Oktober)
Die Broschüre erhält im wesentlichen: Situationsbericht Südafrika (Apartheid, Homelands, Wirtschaft, Terror, Unterdrückung) - Geschichte Südafrikas - Entwicklung der Gewerkschaften - Verbindung BRD-Südafrika - Geschichte des Widerstands - Neue Entwicklung des Widerstands
SOKOFA, 8 München, Luisenstr. 66

Ausstellung zum südlichen Afrika

8 Tafeln, 1,20 x 1,90 m, großformatige Bilder zu: Aufbau in den befreiten Gebieten in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau; Unterdrückung und Widerstand in Südafrika, Namibia und Zimbabwe. Die Ausstellung kann innerhalb und außerhalb geschlossener Räume aufgestellt werden. Zur Deckung der Unkosten (Holz, Photographien usw.) Ausleihgebühr DM 50,-- und Versand pro Woche.

Vorderasien

Befreiungskampf in Oman und Dhofar

Der bewaffnete Kampf des Volkes in Dhofar gegen britische und iranische Truppen und den 1970 von Großbritannien zur Macht gebrachten Sultan wird in der westdeutschen Presse weithin totgeschwiegen. Unter dem Titel "Solidarität mit dem Befreiungskampf in Oman und Dhofar" veröffentlichte die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Freiburg, jetzt eine Broschüre, die Hintergründe, Perspektive und gegenwärtigen Stand des Befreiungskampfes in diesem Gebiet im Südosten der arabischen Halbinsel, das vor allem durch umfangreiche Erdölreserven bedeutend ist.

Neben der Darstellung der Geschichte des Kampfes enthält die Broschüre in ihrem ersten Teil Informationen zum sozioökonomischen Hintergrund, dem Einfluß ausländischer Interessen und der besonderen Rolle des Iran in dieser Region. Eine bündige Zusammenfassung der Thesen im Aufsatz Mao Tsetungs "Über die neue Demokratie" und die Darstellung des politischen Programms der PFLOAG (Volksfront zur Befreiung Omans und des arabischen Golfes), ergänzt durch den Text einer programmatischen Rede des Generalsekretärs der nationalen Front der DVR Südjemen, A.F. Ismail, bieten eine gute Einführung in die Strategie der "neudemokratischen Revolution" in den halbfeudalen und halbkolonialen Ländern.

Obwohl die Darstellung im 1. Teil insgesamt etwas unübersichtlich wird, ist die 22seitige Broschüre besonders durch die Zusammenstellung von konkreter Information und theoretischen Texten für eine gründliche Einarbeitung wertvoll. Sie kann zum Preis von 0,50 DM bezogen werden über GUV, 78 Freiburg, Herrenstr. 53.

ge

Cumo Akif Kerimli: KURDISTAN

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das bisher selbständige Kurdistan unter die Staaten Türkei, Persien, Irak, Syrien und UdSSR aufgeteilt. Für die türkischen Kurden (aber nicht nur für sie) begann damit eine Zeit der Unterdrückung und Ausbeutung. Kerimli belegt dies anhand von umfangreichem Material und kommt zu dem Schluß: "Kurdistan wurde... von der türkischen Nationalbourgeoisie absichtlich rückständig gelassen und ist noch unterentwickelter als die restliche Türkei. Alles, was für die Kurden getan wurde, diente nur zu ihrer Ausbeutung, Kontrolle und Assimilierung." (S. 21)

Der zweite Teil dieser 43-seitigen Broschüre enthält eine Dokumentation von Zeitungsberichten zur jüngsten Entwicklung in Kurdistan.

Bezugsquelle:
ESG, 61 Darmstadt, Frankfurter Str.10

Iran - Report März 74

Die neueste Ausgabe des Iran-Reports enthält u.a. längere Berichte über die Verstärkung des BRD-Engagements im Iran, sowie über die Folterungen von politischen Häftlingen.

Der Iran-Report erscheint in zwangloser Folge. Er ist zu beziehen bei: CISNU, 6 Frankfurt 16, Postfach 16 247.

Rezension von:

LESEBUCH DRITTE WELT, Eine Auswahl von Texten aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern für den Unterricht, herausgegeben von H.G. Schmidt u.a., Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1974, 356 Seiten, DM 16,--.

Dies Lesebuch enthält fast 100 Gedichte, Erzählungen und Berichte von Autoren aus der Dritten Welt. Es besteht aus den drei in sich geschlossenen Teilen: Afrika, Südasien und Lateinamerika. Jeder Teil enthält neben den literarischen Texten auch einen Abschnitt "Hintergrund", in dem "der Zusammenhang mit den politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen hergestellt" werden soll (S. 7).

Wozu kann dies Lesebuch dienen? Die Herausgeber antworten darauf: "Literatur kann also dem Leser Wirklichkeit bewußt machen, sie kann die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Erkenntnis erlangt wird, sie kann aufklären, informieren, Modellsituationen entwerfen und Realisationsmöglichkeiten aufzeigen. Sie kann allerdings auch das genaue Gegenteil von alldem erreichen, je nachdem, welches Interesse der Autor eines literarischen Werkes verfolgt." (S. 118)

Die hier angesprochene Doppelfunktion läßt sich an den Beiträgen dieses Lesebuchs verdeutlichen:

Die Artikel der Teile Afrika und Lateinamerika berichten (mehr oder weniger deutlich) von Situationen, in denen Abhängigkeit oder Ausbeutung zum Ausdruck kommt. Auch die Organisation des Widerstandes wird in einigen Erzählungen thematisiert. Der "Hintergrund" zu diesen Teilen bringt zusätzliches Material, das die historische Entwicklung und die Ursachen der Abhängigkeit aufzeigt.

Der Teil Südasien fällt demgegenüber deutlich ab: Im "Hintergrund" werden nur Fakten zur Unterentwicklung dargestellt, ohne nach ihren Ursachen zu fragen. Auch die literarischen Beiträge (aus Indien und Pakistan) eignen sich kaum, um Ausbeutung und Abhängigkeit sinnlich erfahrbar zu machen. Daher ist als Ergänzung zu diesem Teil unbedingt weitere Hintergrundsinformation notwendig. Dazu eignet sich z.B.: Phil Schönbäck, Ursachen sozio-ökonomischer Stagnation unterentwickelter Länder am Beispiel Indiens (zu beziehen bei iz3w).

Abgesehen von diesen Einschränkungen liefert dies Lesebuch mehr als nur eine Reihe von "fremdartigen" bzw. "exotischen" Geschichten. Die Mehrzahl der Beiträge ist vielmehr geeignet, auch schon Schülern (ab Klasse 5) Eindrücke von Ausbeutung und Unterdrückung in Ländern der Dritten Welt zu vermitteln.

wawi

Lateinamerika

Brasilien

Die AGG, Projektbereich Dritte Welt, hat eine neue Broschüre "Nordostbrasilien, zum Beispiel Caninde-" herausgebracht.
Am Beispiel der "municipio Caninde" versucht sie, die Probleme des Nordostens Brasiliens darzustellen und Entwicklungsansätze aufzuzeigen. Die Broschüre liefert keine Hintergrundsinformationen und ist deshalb nur für Spezialisten geeignet, die die vielen Tabellen und Zahlen eventuell auswerten können.

Zu bestellen bei:
Arbeitsgemeinschaft der kath. Studenten- und Hochschulgemeinden, Projektbereich "Dritte Welt",
53 Bonn
Rheinweg 34
Tel. 23 40 21

Chile

"Krieg und Leichen -
immer noch Hoffnung der Reichen"

Dia-Serie mit ca. 30 Bildern zum Putsch in Chile (die Bilder sind dem Chile-Schwarzbuch des Pahl-Rugenstein-Verlages entnommen) mit einem Textvorschlag verleiht gegen Erstattung der Versandkosten der Arbeitskreis Entwicklungspolitik, c/o Winfried Cordi, 72 Tuttlingen, Balingerstr. 89.

Fremdarbeiter

"journal G"

Zeitschrift zu Problemen ausländischer Arbeitnehmer, 4-5 mal jährlich, 60-70 Seiten A 4, einzeln DM 3,50, Abo DM 18,--

Materialien, Analysen, Pressedokumentation, unentbehrliches Hilfsmittel für alle, die sich mit Problemen der ausländischen Kollegen befassen

Probenummer incl. Porto (DM 4,-- in Briefmarken) an den Herausgeber:

Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer
7 Stuttgart I
Schlosserstraße 36

Sonderdruck I liegt vor: Bibliografie "Ausländerliteratur" - 600 Titel - DM 4,--

Und hier die Lösung des Rätsels auf S. 51:

(1) DDR - Radio
(2) ZDF - Kommentator Schneider
(3) DDR - Fernsehen (dort wurde zudem in der zweiten Aufzeichnung die störende Aktion herausgeschnitten: Die 2. Halbzeit begann mit einem Einwurf)

HABEN SIE DEN UNTERSCHIED GEFUNDEN ?

SPENDENAUFRUF

Materielle Hilfe für die Befreiungs-bewegungen im südlichen Afrika

Aufgrund der laufend bei uns eingehenden Spenden für die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien konnten wir DM 3 610,-- an die angolanische Befreiungsbewegung MPLA als Beitrag zur Finanzierung eines Rehabilitationszentrums der MPLA zur Versorgung und Wiedereingliederung Schwerverletzter überweisen. Die Unterstützung dieses Projekts geschieht auf ausdrücklichen Wunsch der MPLA, den diese auf einer Konferenz mit den europäischen Solidaritätsgruppen im April dieses Jahres in Oxford äußerte.

Angesichts der Erfordernisse und Schwierigkeiten des Aufbaus in den befreiten Gebieten kommt dieser direkten materiellen Unterstützung für die Arbeit der Befreiungsbewegungen große Bedeutung zu: "... der Gesundheitsdienst ist ein politischer Faktor ersten Ranges für die Konsolidierung unserer befreiten Regionen und für die Entwicklung unseres Kampfes" (A. Cabral). Denn der Befreiungskampf bedeutet nicht nur die militärische Bekämpfung der portugiesischen Kolonialmacht, sondern auch die Bemühung um den Aufbau sozialer und politischer Strukturen, die den Bedürfnissen der Völker in den Kolonien dienen. (Im iz 16/1972 hatten wir bereits über die Arbeit des Gesundheitsdienstes der MPLA in den befreiten Gebieten berichtet.)

Auch weiterhin wollen wir zur Aufbauarbeit der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien beitragen, indem wir - wie derzeit das Rehabilitationszentrum der MPLA - jeweils nach den aktuellen Erfordernissen ein konkretes Projekt auf dem Gebiet des Gesundheits-, Schul- und Informationswesens unterstützen. Wir fordern deswegen alle unsere Leser auf, auch weiterhin Spenden für den Aufbau in den befreiten Gebieten zu überweisen - sei es per einmalige Einzahlung oder einen Dauerauftrag.

Wegen der hohen Kontoführungsgebühren bei der Bank für Gemeinwirtschaft haben wir ein

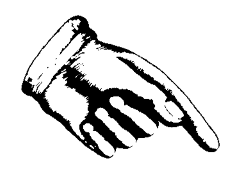
neues Spendenkonto

eingerichtet:
Spenden zur Unterstützung der jeweils im iz bekanntgemachten Projekte der Befreiungsbewegungen zahlen Sie bitte in Zukunft auf das eigens hierfür eingerichtete Konto

> POSTSCHECKKONTO AKTION DRITTE WELT, FREIBURG, SONDERKONTO "TECHNISCHE HILFE" Nr. 11500 - 754.

Beachten Sie die diesem Heft beigelegte Zahlkarte!

Unsere Österreichischen und Schweizer Leser können ihre Spenden - bitte unbedingt mit dem Vermerk "Technische Hilfe" - auf unsere dortigen Geschäftskonten überweisen.



Wenn Sie monatlich einen festen Betrag auf dieses Spendenkonto überweisen möchten, können Sie mit nebenstehendem Formular einen

Dauerauftrag

einrichten.
Der genannte Betrag wird dann von Ihrer Bank automatisch regelmäßig überwiesen; Sie können diesen Auftrag bei Ihrer Bank jederzeit auflösen.

Schneiden Sie das ausgefüllte Formular bitte aus und schicken Sie es an:

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328

Dauerauftrag

an die ______________________
(Bank/Sparkasse)

Ich bitte Sie, von meinem Konto
Nr. ____________ bei Ihnen monatlich
zum ____. jedes Monats den Betrag von
DM ______ abzubuchen und auf das Postscheckkonto Aktion Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328, Sonderkonto Technische Hilfe Nr. 11500 - 754 zu überweisen.
Der Auftrag soll erstmals ausgeführt werden zum ____ 1974 und endet auf Widerruf.

______________ ______________
(Ort) (Datum)

____
(Unterschrift des Kontoinhabers)